

ARBEIT

DER ZUKUNFT

Benjamin Mikfeld

DIGITALE TRANSFORMATION UND DIE ARBEITSWELT DER ZUKUNFT

DISKURSE ÜBER DEN WANDEL VON WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT UND ARBEIT
IM DIGITALEN ZEITALTER

Diskussionspapier aus der Kommission „Arbeit der Zukunft“

Mai 2017



Der Autor

Benjamin Mikfeld, Diplom-Sozialwissenschaftler, Leiter der Abteilung „Grundsatzfragen des Sozialstaates, Zukunft der Arbeitswelt und der sozialen Marktwirtschaft“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Das Working Paper gibt ausschließlich persönliche Bewertungen und Einschätzungen des Autors wider.

Zu dieser Publikation:

Die Arbeitswelt wird sich in den kommenden ein bis zwei Jahrzehnten fundamental verändern. Auf Initiative der Hans-Böckler-Stiftung beschreibt die Kommission „Arbeit der Zukunft“ Herausforderungen und Perspektiven für die Gestaltung der Arbeitswelt. Im Juni 2017 veröffentlicht sie ihren Abschlussbericht, der Impulse für die Debatten in Politik, Gewerkschaften und Unternehmen geben soll.

Das vorliegende Diskussionspapier ist Teil einer Reihe von Papieren, die begleitend zur Kommissionsarbeit erscheinen und von verschiedenen Mitgliedern der Kommission „Arbeit der Zukunft“ verfasst werden.

© 2017 Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Inhalt

1. Einführung.....	4
2. Erweiterter Diskurskontext: Megatrends und Diskurse über Wirtschaft, Werte und Demokratie	10
2.1 Megatrends: Globalisierung, Demografie, Wertewandel.....	10
2.2 Diskurse über Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand	23
2.3 Diskurse über die Demokratie	39
3. Diskurse über die Digitalisierung.....	49
3.1 Diskurs „Gesellschaftsoptimierung durch Digitalisierung“	52
3.2 Diskurs „Industrie 4.0 und smarte Produktion“	58
3.3 Diskurs „Digitale Kontroll- und Monopolmacht“	63
3.4 Diskurs „Gesellschaftliche Differenzierung“	71
3.5 Diskurs „Digitale Dezentralisierung und Demokratisierung“	75
4. Diskurse (digitaler) Arbeit.....	79
4.1 Diskurs „Die Arbeit in der digitalen Transformation benötigt mehr Freiheit und Flexibilität“	85
4.2 Diskurs „Gute (digitale) Arbeit und neues Normalarbeitsverhältnis“	88
4.3 Diskurs „New Work“	94
4.4 Doppeldiskurs „Ende der traditionellen Erwerbsarbeit“	101
5. Diskursprojekte und Diskursallianzen und einer modernen Wirtschafts- und Arbeitspolitik.....	107

1. Einführung

Seit einigen Jahren wird „die Digitalisierung“ neben der Globalisierung oder dem demografischen Wandel als ein wesentlicher „Megatrend“ angesehen, der weitreichende Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft hat. Die Digitalisierung wurde in der jüngeren Vergangenheit teils als „Gesamtrend“, vor allem aber in Bezug auf die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und demokratischen Auswirkungen in vielen publizistischen Debattenbeiträgen, aber auch auf Konferenzen, in wissenschaftlichen Studien und in politischen Positionspapieren verhandelt.

Der vorliegende Text geht der Frage nach, wie sich „die Digitalisierung“ in öffentlichen und fachlichen Diskursen und in politischen Diskursen über die Arbeitswelt widerspiegelt und inwieweit das Leitbild der „Guten Arbeit“ und das Prinzip der Mitbestimmung in diesen Diskursen gestützt oder herausgefordert werden.

Er orientiert sich dabei am Konzept einer „strategieorientierten Diskursanalyse“ bzw. einer „strategischen Diskursführung“¹, das den Versuch unternimmt, konkurrierende, aber auch sich überschneidende politische Diskurse über einen Trend oder ein Thema zu sortieren und auf dieser Basis Optionen für eine Diskursführung „in eigener Sache“ aufzuzeigen. Der hier verwendete Diskursbegriff zielt also in der Regel nicht auf *den* Diskurs über z. B. die Digitalisierung (im Sinne einer gesellschaftlichen Diskussion), sondern *die* Diskurse über die Digitalisierung ab. Der Ausgangsgedanke ist: Der Raum des Politischen ist durchzogen von politischen Diskursen, die miteinander um Deutungshoheit ringen. Über politische Diskurse wird verhandelt, was Bürgerinnen und Bürger für „wahr“ und „angemessen“ halten. Diskurse sind als Deutungsmuster sozialer Realität stets umkämpft und eine politische Machtressource. Entgegen anderer in der jüngeren Zeit verstärkt in der Politikforschung verwendeter Ansätze wie der Analyse von „Frames“ oder „Narrativen“ versteht der hier vertretene Ansatz Diskurse nicht nur als Texte, sondern betont die diskursprägende und -stabilisierende Bedeutung von Dispositiven, Institutio-

1 Zur Definition und den theoretischen Grundlagen: Turowski/Mikfeld 2013

nen oder sozialen Praktiken, auch wenn diese nicht immer explizit herausarbeitet, aber zumindest mitgedacht werden. Mit politischen Diskursen sind solche gemeint, die von Akteuren (Regierungen, Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Wissenschaft, Netzwerken der Zivilgesellschaft, Unternehmen etc.) geführt werden und die auf eine breite Öffentlichkeit zielen, um bestimmte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gestaltungsvorstellungen, Problemlösungen und Ideen gegen konkurrierende Vorstellungen hegemonial durchzusetzen. Im Kern geht es um ein Ringen um die Frage des Gemeinwohls. Politische Diskurse versuchen, Forderungen, Ereignisse und Handlungen im Sinne politischer Weltbilder (Grundwerte und entsprechender Zielvorstellungen) zu erklären und zu rechtfertigen, sie gründen auf politischen Werten und Interessen.

Da es sich bei den gegenwärtigen Digitalisierungsdiskursen um vergleichsweise „junge“ Phänomene mit vielen Schnittmengen und letztlich einen dynamischen gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess im Werden handelt, wird in diesem Text ein etwas reduziertes Analysemuster der erwähnten strategischen Diskursanalyse verwendet. Entgegen einer Analyse zum Beispiel der wirtschaftspolitischen Diskurse, die über Jahrzehnte geführt und formiert wurden (Kapitel 2), lassen sich mit Blick auf die Digitalisierung keine vergleichbar abgrenzbaren *Diskurswelten* mit einem kohärenten historisch gewachsenen Ensemble aus theoretischen Paradigmen, Narrativen, Institutionen der Wissensproduktion und -vermittlung, Dispositiven und Diskursrepräsentanten oder eine Sedimentierung von Diskursebenen (u. a. nach solchen, die eher grundsätzliche Fragen auf der Metaebene verhandeln und solche, die konkrete Policy-Aspekte thematisieren) identifizieren.

Gleichwohl lassen sich einigermaßen kohärente Diskurse erkennen, deren Kern in positiver Hinsicht ein „zentrales Versprechen“ mit Blick auf das Gemeinwohl oder in negativer Hinsicht eine „zentrale Kritik“ steht. Als Elemente dieser Diskurse können zudem wichtige Topoi sowie eine bestimmte Semantik und Schlüsselbegriffe identifiziert werden.

Daher sollen diese „Analyseeinheiten“ zunächst kurz erläutert werden.

Unter dem *Diskurskontext* ist die politische Sphäre, in der zu analysierende Diskurse entstehen und geführt werden, zu verstehen. Der Diskurskontext ist gewissermaßen der Resonanzkörper, in dem die politischen Diskurse widerklingen. In dieser Analyse ist der Diskurskontext die deutsche Öffentlichkeit und ihre Verhandlung von Digitalisierung und Arbeit unter Einbeziehung von Trends und Themen, die Bezüge zu diesen beiden Themen haben.

Ganz offenkundig unterscheiden sich politische Diskurse hinsichtlich ihres „Tiefgangs“, ihres Zeithorizonts oder ihrer Grundsätzlichkeit. So ist

es ein Unterschied, ob in einer Kommune über den Gewerbesteuerhebesatz gestritten wird oder in der (inter-)nationalen Arena über die Frage, ob das kapitalistische Wachstumsmodell noch zukunftsfähig ist. Politische Diskurse können sehr konkret auf der Policy-Ebene angesiedelt sein oder grundlegende gesellschaftliche Narrative und „Meta-Fragen“ verhandeln. Die hier analysierten Diskurse sind zwischen diesen Ebenen zu verorten und werden als *Paradigmen-Diskurse* bezeichnet. Sie stellen eine Brücke zwischen konkreten (politischen) Forderungen und „tieferliegenden“ theoretischen Deutungen und Narrativen dar.

Teilelemente von Diskursen sind wiederkehrende Argumentationsmuster, die auch als *Topoi* bezeichnet werden. Diskursanalytiker bezeichnen Topoi als „Argumentationsmuster, die nicht immer in gleicher Weise sprachlich materialisiert werden müssen, die aber in vielen Texten als immer wieder ähnlich vorkommende, aber nur interpretativ zu erschließende gleiche, auf Plausibilität zielende Herstellung von Sachverhaltszusammenhängen vorkommen.“² Ihre Analyse ist bedeutsam, weil „sie Aspekte mit einander verbinden können, die keineswegs als notwendig miteinander verbunden betrachtet werden müssen. Sie stellen mit anderen Worten Relationen her, die für die Konstruktion von Wirklichkeiten von entscheidender Bedeutung sind.“³

Auch ist die Wortebene als „kleinste Einheit“ der Analyse bedeutsam. Auf dieser Ebene können als besondere Kategorien der politischen Sprache unterschieden werden: *Schlüsselwörter* (sie drücken einen komplexen Zusammenhang in einem Wort aus (Nachhaltigkeit, Frieden, Globalisierung), *Fahnenwörter* (sie haben einen integrierende und mobilisierende Wirkung auf die eigene Gruppe und möglichst auch darüber hinaus („Soziale Gerechtigkeit“, „Energiewende“, „Leitkultur“) und *Stigmawörter* (sie dienen der Abwertung des Gegners bzw. seiner Anliegen so sollen beispielsweise die Begriffe „Klientelpolitik“ oder auch „Klientelpartei“ sowohl den Akteur als auch seine Inhalte als nicht am Gemeinwohl orientiert darstellen). Eine besondere Rolle in der politischen Sprache spielen *Metaphern*. Indem wir mit Metaphern eine bestimmte Sache bezeichnen, strukturieren wir auch das Denken über diese Sache. „Für das menschliche Verstehen sind sie von zentraler Bedeutung. Sie spielen auch eine Schlüsselrolle, wenn es um die Konstruktion sozialer und politischer Realitäten geht.“⁴ Mit einer Metapher wird eine komplexe Sache reduziert, bestimmte Elemente werden aktiviert, andere werden ausgeblendet, wobei sich das Ganze unterbewusst abspielt und kaum hinterfragt wird. Meta-

2 Wengeler/Ziem 2010, S. 343

3 Landwehr 2009, S. 119

4 Lakoff/Johnson, 2011, S. 183

phern sind Ausdruck gesellschaftlicher Normen und Werte. Sie wirken jedoch zugleich auf unser Denken und Handeln zurück.

Zudem sollte noch der Begriff der *Diskursallianz* erläutert werden. Die strategieorientierte Diskursanalyse zielt darauf ab, sich einen Überblick über das politisch-diskursive Spielfeld zu verschaffen. Dabei geht es auch darum, politische Potenziale für mögliche Diskursallianzen zu identifizieren: Welche (neuen) Ideen und Sichtweisen gibt es, die vom Rand in den Mainstream geführt werden können? Wer teilt bestimmte Ziele und Wertvorstellungen? Welche Narrative werden von wem geteilt bzw. welche Gemeinsamkeiten und Konflikte bestehen auf den einzelnen Diskursebenen? Andererseits gilt es, die politisch-kulturellen Trennlinien, die „Lock-Ins“ und strukturkonservierenden Dispositive zu erkennen. Welche Akteure haben welche Interessen und wer blockiert den gewünschten Wandel? Welche gesellschaftlichen Gruppen sind zwischen dem „Alten“ und dem „Neuen“ hin- und hergerissen, können aber prinzipiell gewonnen werden? Diskursallianzen addieren nicht einfach konkurrierende Diskurse, sondern sie vergrößern die Schnittmengen zwischen im politischen Raum benachbarten Diskursen. Wenn solche Allianzen ein bestimmtes Maß an Bedeutung und Kohärenz aufweisen, kann aus ihnen ein eigenständiger Diskurs bzw. eine entsprechende Diskurswelt erwachsen. Gleichwohl entstehen neue Diskursallianzen auch nicht zufällig, sondern sie sind Ergebnis eines mehr oder weniger bewussten strategischen Wirkens von Akteuren, die sich für sozialen und politischen Wandel einsetzen. Erforderlich sind strategische Akteure und Change Agents in Politik, Zivilgesellschaft und Staat.

Für die vorliegende Ausarbeitung wurden öffentlich zugängliche Textdokumente über die Digitalisierung und die Arbeitswelt aus dem deutschsprachigen Diskurskontext⁵ verwendet, wobei der zugrunde gelegte Textkorpus etwas umfangreicher ist als die zitierten Quellen. Die verwendeten Zitate und Verweise dienen vor allem zur Illustration der Diskurse.

Da Diskurse über ein Thema oder einen Trend niemals völlig zu lösen sind von Diskursen über andere Themen und Trends macht es Sinn, den erweiterten Diskurskontext darzustellen. In Kapitel 2 werden zum einen andere „Megatrends“, die immer auch in ihrem Zusammenwirken mit dem Trend der Digitalisierung gesehen werden müssen, benannt. Zudem werden aufgrund der großen Nähe zum hier im Mittelpunkt stehenden Gegenstand (Paradigmen-)Diskurse über Wirtschaft, Wachstum, Wohlstand und Demokratie kurz dargestellt. Dabei können einige zentrale Themen der jüngeren Vergangenheit nur cursorisch behandelt werden, die für sich genommen eigene Diskursanalyse wert wären, wie z. B. die Diskurse über

5 Der hier ins Deutsche übersetzte, diskurspolitisch wirksame Text einschließt.

Ungleichheit und Verteilung, die Diskurse über Freihandelsabkommen oder auch die globale Finanzkrise. Leserinnen und Leser, die vor allem am zentralen Thema dieses Papiers interessiert sind, können dieses Kapitel jedoch überspringen.

Das Kapitel 3 stellt zentrale (Paradigmen-)Diskurse über die Digitalisierung dar. Wie erwähnt muss angesichts der Aktualität des Trends einschränkend hinzugefügt werden, dass hier eine hohe Dynamik in der Verschiebung und Sortierung der Diskurse nicht ausgeschlossen ist. Beispielhaft ist zu nennen, dass die anfängliche Euphorie über die demokratischen Potenziale des Internet angesichts der Zunahme von „Hasskommentaren“ in den sozialen Netzwerken, „Fake News“ und Social Bots deutlich abgenommen und sich teils in ihr Gegenteil verkehrt hat. Doch ist im Wesentlichen unumstritten, dass wir angesichts der erheblichen technologischen Dynamik am Beginn einer weit reichenden Transformation stehen. Die Digitalisierung wirft eine Reihe wirtschaftlicher, aber auch juristischer, gesellschaftspolitischer Grundsatzfragen auf. In den Digitalisierungsdiskursen werden zahlreiche, teils sehr grundsätzliche Aspekte verhandelt. Es geht um Wachstum und Wettbewerb, um Macht und Beteiligung, um Verteilung und Gerechtigkeit, um Generationenverhältnisse, aber auch grundlegende ethische Fragen. Auf Basis des verwendeten Materials lassen sich im Wesentlichen fünf Diskurse identifizieren:

- „Gesellschaftsoptimierung durch Digitalisierung“
- „Industrie 4.0 und smarte Produktion“
- „Digitale Kontroll- und Monopolmacht“
- „Gesellschaftliche Differenzierung“
- „Digitale Dezentralisierung und Demokratisierung“

In Kapitel 4 werden schließlich vier (Paradigmen-)Diskurse über Arbeit herausgearbeitet, die in ihren Grundzügen überwiegend nicht neu sind, die aber nun auch Elemente der Digitalisierungsdiskurse in sich aufnehmen. Diese sind:

- „Die Arbeit in der digitalen Transformation benötigt mehr Freiheit und Flexibilität“
- „Gute (digitale) Arbeit und neues Normalarbeitsverhältnis“
- „New Work“
- Doppeldiskurs „Ende der traditionellen Erwerbsarbeit“

Abschließend werden in Kapitel 5 ein kurzes Resümee und mögliche Schlussfolgerungen für eine Diskursstrategie im Sinne einer modernen Arbeitspolitik formuliert. Dabei zeigt sich einerseits und wenig überraschend, dass die diskursive Verhandlung von „Megatrends“ auch Ausdruck von historisch gewachsenen Diskurswelten wie einer „konservativ-

liberalen“ oder einer „arbeitnehmerorientiert-sozialstaatlichen“ ist. Andererseits liegen die Digitalisierungsdiskurse auch teilweise quer zu den bekannten Diskurswelten oder gesellschaftlichen Grundströmungen. So lassen sich das Unbehagen über die „Macht der Plattformmonopole“, die Auswirkungen von Big Data und Künstlicher Intelligenz oder die vermuteten Automatisierungspotenziale neuer Technologien nicht in Deckung mit den „klassischen“ Topoi und Deutungsmustern bringen. Es kann also vermutet werden, dass die Digitalisierung tradierte Diskurse in Bewegung bringt und sich Optionen für neue Diskursallianzen und gesellschaftliche Formierungen bieten. Verhandelt wird auch entlang des Topos und teilweise des konkreten Begriffs der „Transformation“, wer oder was Treiber der Veränderung ist und in welche wünschenswerte Richtung sich diese bewegt. Sind die Bürger Objekt einer technologisch-ökonomischen Transformation oder selbst Subjekte einer demokratisch gestalteten Transformation?

Insofern wird abschließend ein Plädoyer formuliert, sich diese Entwicklungen weiter genauer anzuschauen, und es werden einige mögliche Diskursprojekte für eine arbeitnehmerorientierte Wirtschafts- und Arbeitspolitik im Sinne einer „demokratischen Transformation“ vorgeschlagen.

2. Erweiterter Diskurskontext: Megatrends und Diskurse über Wirtschaft, Werte und Demokratie

2.1 Megatrends: Globalisierung, Demografie, Wertewandel

Um den Diskurskontext abzustecken, werden zunächst drei ausgewählte „Megatrends“, die in die Diskurse über Digitalisierung und Arbeit hineinwirken, betrachtet. Der Begriff geht auf John Naisbitt zurück. Megatrends sind für ihn „ganz neue Richtungen, die unser Leben verändern.“¹ Diese Megatrends werden diskursiv verhandelt. Es geht auch hier um die Deutungshoheit darüber, was wirklich „neu“ ist, um Quantität und Qualität der Veränderungen, welche Chancen und welche Risiken erkennbar sind, welche politischen Weichenstellungen erforderlich sind und wer Gewinner und wer Verlierer sein wird. Das „Trend Compendium 2030“ der Unternehmen- und Strategieberatung Roland Berger nennt beispielsweise sieben Megatrends: Den demografischen Wandel, die ökonomische Globalisierung, die Ressourcenverknappung, den Klimawandel, die technologische Entwicklung, den Trend zur globalen Wissensgesellschaft und die globale Kooperation.² Einen Bezug zu Diskursen über Digitalisierung und Arbeit haben vor allem die Megatrends der Globalisierung, des demografischen Wandels sowie des Wertewandels. Der Megatrend der „Wissensgesellschaft“ wird in den Diskursen über Digitalisierung und Arbeit selbst aufgegriffen.

1 Naisbitt 2015, S. 3

2 Roland Berger 2016

Diskurse über die Globalisierung

Einer der wohl wichtigsten „Welterklärungsbegriffe“ der letzten zwei Jahrzehnte ist die „Globalisierung“. Wurde in früheren Zeiten in Bezug auf die Intensivierung ökonomischer Austauschbeziehungen über nationale Grenzen hinweg von „Internationalisierung“ gesprochen, gewann ab den 1990er Jahren der Globalisierungsbegriff an Bedeutung. Unter „Globalisierung“ werden verschiedene – miteinander verschränkte – Entwicklungen verstanden. Erstens: Die ökonomische Globalisierung, im Sinne eines intensivierten Austausches von Waren, Dienstleistungen Kapital und Arbeitskraft. Zweitens: Die Zunahme und das wachsende Bewusstsein für globale Krisen. Drittens: Die kulturelle Globalisierung, u. a. im Sinne einer Herausbildung einer Kulturindustrie mit globalen Absatzmärkten und die durch das Internet mögliche gewordene globale Vernetzung von Personen und die Entstehung globaler sozialer Netzwerke. Viertens und als Folge der drei vorgenannten Faktoren, die Zunahme globaler Migration. Fünftens: Die politische Globalisierung, der Wandel des Nationalstaates und die Verlagerung politischer Entscheidungen auf supranationale Institutionen und Governance-Strukturen.

Der **Pro-Freihandelsdiskurs** wurzelt maßgeblich in einer seiner „Urbegründungen“, David Ricardos Theorem der „komparativen Kostenvorteile“, das besagt, dass jedes Land sich auf die Produktion der Güter konzentrieren solle, die es im Vergleich zu anderen Ländern relativ günstiger herstellen kann. Freihandel sei per se von Vorteil, weil er die internationale Arbeitsteilung optimiere und neben dem Handel auch den Frieden unterstütze. Das zentrale Versprechen dieses Diskurses ist die Steigerung des Wohlstands durch die Zunahme der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen. Folglich wird der Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen gefordert, ab den 1980er Jahren international auch von Organisationen wie der OECD und dem IWF vorangetrieben und in Institutionen wie der WTO verbindlich fixiert. Diese Marktfreiheit solle sich nicht nur auf Güter und Dienstleistungen erstrecken, sondern auch auf Kapital. Folglich wurden Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft und die Finanzmärkte liberalisiert. Diese Entwicklung wurde diskurspolitisch durch Erzählungen wie der von den „effizienten Märkten“, der besseren Risikostreuung, der „Demokratisierung“ der Kapitalmärkte, der Eigentümerinteressen („Shareholder Value“) oder der nachhaltigen Alterssicherung durch Kapitalanlage gestützt.³ Dieser Diskurs verweist in Nationen mit Leistungsbilanzüberschuss wie Deutschland auf die „Exporterfolge“, aber

3 Deutschmann 2017

darüber hinaus auch auf sinkende Preise für Konsumgüter sowie ökonomische Aufholprozesse in Schwellenländern: „Wäre den chinesischen Arbeitern wirklich geholfen, wenn Apple seine iPhones nicht mehr in China fertigen ließe?“⁴ Neben dem Topos der „Freiheit“ spielt der „Wettkampf-Topos“ eine wichtige Rolle. Die Globalisierung habe zur Folge, dass Wettbewerber aufholen und es einen ausweichlichen Wettbewerbs- und Innovationsimperativ für alle gäbe: „Die Globalisierung schwinge“, so Thomas Straubhaar, den „Taktstock“ und führe „zu einem nicht endenden Anpassungsdruck.“⁵

Die **kritischen Freihandels- und Globalisierungsdiskurse**, weisen viele theoretische Stränge bzw. wirtschaftliche, ethische, ökologische, politische Begründungen auf. Einig ist man sich erstens in der zentralen Kritik, dass der Freihandel bzw. der globalisierte Kapitalismus zumindest nicht per se zu mehr Wohlstand führe und die positiven Wirkungen nach Sektoren, Nationen und Regionen sehr unterschiedlich verteilt würden. Dani Rodrik weist darauf hin, dass eine Bilanz des Freihandels die „gesellschaftlichen Kosten“ nicht berücksichtige.⁶ Ebenso sei der Freihandel keine Win-Win-Situation, sondern produziere Gewinner und Verlierer: „Je offener eine Volkswirtschaft ist, desto schlechter wird das Verhältnis zwischen Effizienzgewinn und Umverteilungsverlusten.“⁷ Stiglitz und Greenwald verweisen darauf, dass die Aufholprozesse gerade der asiatischen Länder nicht auf offenem Freihandel basierten, sondern einer strategischen Industriepolitik und gezielten Öffnung der Märkte: „Die Fortschritte in der modernen Wirtschaftstheorie haben die althergebrachte Hypothese auf den Kopf gestellt: Mittlerweile geht sie davon aus, dass Freihandel nicht wünschenswert ist.“⁸ Der zweite Konsens der Globalisierungskritik besteht in der Schwächung der demokratischen Einflussnahme. Als „neuen Konstitutionalismus“ bezeichnet Bieling die „Genese einer markt- und wettbewerbszentrierten Form inter- beziehungsweise transnationaler Rechtsstaatlichkeit, die Effizienz, Disziplin, und Investorenvertrauen belohnt, gleichzeitig aber derartige wirtschaftliche Kernfragen einer demokratischen politischen Kontrolle und Einflussnahme tendenziell entzieht“.⁹ Ein dritter - auch weitgehend geteilter Aspekt - ist die Kritik am globalen ressourcenintensiven Wachstumsmodell, das auf Dauer nicht tragfähig

4 Piper 2015

5 Straubhaar 2013, S. 83

6 Rodrik 2011, S. 86

7 ebd., 2011, S. 94

8 Stiglitz/Greenwald 2014, S. 323

9 Bieling 2014, S. 43

sei.¹⁰ Eine seit den 2000er Jahren bedeutsamere Form der Globalisierungskritik ist die Auseinandersetzung mit den globalen Finanzmärkten, die eine neue Form des Finanzmarktkapitalismus¹¹ thematisiert. In Deutschland war dies bis Mitte der 2000er Jahre vor allem eine Fachdiskussion der kritischen Sozialwissenschaften und NGOs wie attac. In der breiten Öffentlichkeit fand diese Diskussion in zwei Aufmerksamkeitswellen statt: Dies war zum einen die im Jahr 2004 vom damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering angestoßene „Heuschreckendebatte“, die vor allem die negativen Auswirkungen der Praxis von Finanzinvestoren auf Unternehmen zum Inhalt hatte. Die zweite Welle vollzog sich ab 2007 im Zuge der globalen Finanzkrise und richtete sich stärker auf „die Macht der Banken“ und ihre Praktiken.¹² Dabei wurden „Finanz(markt)kapitalismus“ oder „Finanzialisierung“ jedoch nicht selten als analytisch unpräzise „Umbrella-Begriffe“ einer „Epochenbeschreibung“ eingesetzt, die vor allem einer normativen Anklage des Neoliberalismus dienten.¹³

In den letzten Jahren gewannen zudem **wirtschaftsnationalistische Diskurse bzw. eine nationalistische Globalisierungskritik** an Bedeutung. Ihr sichtbarer und extremster Ausdruck sind rechtspopulistische Bewegungen und Diskurse, ebenso der Wahlsieg Donald Trumps in den USA und der Volksentscheid für den Brexit Großbritanniens. Wirtschaftsnationalismus wird von Callaghan und Hees allerdings etwas breiter definiert: „Kennzeichnende Motive sind unter anderen die rhetorische Bezugnahme auf das nationale Interesse, auf bestimmte nationale Leistungen, identitätsstiftende kollektive Erfahrungen oder gemeinsame kulturelle Werte - etwa eine 'nationale Wirtschaftskultur' oder einen bestimmten nationalen Charakter. Typisch sind auch die Beschwörung nationaler Überlegenheit, Einheit und Autonomie sowie der nationalen Macht und Wettbewerbsfähigkeit.“¹⁴ Die Autorinnen unterschieden verschiedene Spielarten des Wirtschaftsnationalismus, u. a. liberale und protektionistische, die sich jedoch alle durch den „Anruf einer bestimmten nationalen Gemeinschaft“ auszeichnen. Der Bedeutungsgewinn wirtschaftsnationalistischer und neoprotektionistischer Akteure und Regierungen wird auch als regressive „Gegenbewegung“ der benachteiligten Unter- und Mittelschich-

10 u. a. Klein 2014

11 u. a. Windolf 2005

12 Hickel 2012

13 Faust/Kädtler/Wolf 2017, S. 12ff.

14 Callaghan/Hees 2013, S. 3

ten in Reaktion auf den globalisierten Kapitalismus bzw. als politische „Wiederkehr der Verdrängten“¹⁵ gewertet.

Die Diskurse über die Globalisierung wurden in jüngster Zeit unter anderem in der Auseinandersetzung über das zwischen der EU und den USA geplante Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP sowie auch das Abkommen CETA zwischen der EU und Kanada öffentlich erkennbar. Gerade weil es bei TTIP in erster Linie um den Abbau von nicht-tarifären Handelsbeschränkungen geht und die Abkommen als völkerrechtliche Verträge von der Exekutive weitgehend geheim ausgehandelt werden, wurden die Verhandlungen zum Gegenstand heftiger Diskussionen, die sich vor allem um die Fragen bewegten, welchem Interesse das Abkommen diene und ob demokratisch ausgehandelte soziale und ökologische Standards damit zur Disposition stünden. Die diskurspolitische Auseinandersetzung über Freihandelsabkommen einschließlich der verhandelten ideologischen Aspekte und hochkochender Hoffnungen und Ängsten wären eine eigene Diskursanalyse wert. An dieser Stelle sollen nur zwei symbolische Zitate aus Zeitungskommentaren der Illustration dienen. Die Bewertung von TTIP aus der Sicht der Befürworter kann mit einem Zitat aus der „Welt“ zusammengefasst werden, die das Abkommen als „das bedeutendste transatlantische Vorhaben dieses Jahrhunderts, ein Werk von größter Wichtigkeit. Politisch und ökonomisch“ bewertet.¹⁶ Auch die Position der Kritiker lässt sich mit einem Zeitungskommentar aus dem Tagesspiegel zusammenfassen. TTIP sei der „Inbegriff des kulturellen Verfalls des Abendlandes, der Preisgabe all dessen, was an Deutschland lebenswert ist, und der kompletten Kapitulation vor dem neoliberalen Finanzkapital US-amerikanischer Ausprägung.“¹⁷

Diskurse über den demografischen Wandel

Ebenso wie die Globalisierung ist der demografische Wandel seit einigen Jahrzehnten ein Dauerbrenner der politischen Diskurse. In den Demografiediskursen spielen vor allem die (teils hoch emotionalen) Themen der Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft sowie der Einwanderung eine zentrale Rolle. Darüber hinaus werden weitere Themen verhandelt wie die Zukunft und Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme (v.a. Alterssicherung, Gesundheit, Pflege), die Sicherung der Fachkräftebasis, die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft, der Strukturwandel der Wirt-

15 Streeck 2017

16 Schuster 2014

17 Sirleschtov 2015

schaft sowie die Auswirkungen auf die Regionen, die Infrastruktur und Daseinsvorsorge, die Infragestellung des „verfassungsrechtliche(n) Leitbild(es) der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“¹⁸ und somit ein zu erwartendes „downgrading, das die Lebensqualität der Bürger empfindlich trifft.“¹⁹ Die Bundesregierung beschreibt die Herausforderung in ihrer Demografiestrategie wie folgt: „Die demografischen Veränderungen und ihre Folgen sind in Deutschland seit vielen Jahren in nahezu allen Lebensbereichen spürbar. Ihre Ursachen sind in erster Linie die kontinuierlich steigende Lebenserwartung, das dauerhaft niedrige Geburtenniveau und die wachsende nationale und internationale Mobilität. Diese drei demografischen Dauertrends führen dazu, dass sich die Bevölkerung in ihrer Struktur bereits gewandelt hat und laufend weiter verändern wird.“²⁰

Der „Spiegel“ hat dem Thema im Jahr 2015 unter dem Titel „2030 – Deutschland, deine Zukunft“ eine vierteilige Serie gewidmet und kommt zu einem differenzierten Urteil: „Es gibt für die neuen deutschen Realitäten bislang nur dunkle Wörter: Schwund, Rückbau, Schrumpfung; und doch muss daraus kein allgemeiner Niedergang werden.“²¹

Die Demografie-Diskurse unterscheiden sich im Wesentlichen in der Frage, ob der demografische Wandel als eine *zentrale* Herausforderung unserer Gesellschaft betrachtet wird oder eher um ein „Nebenproblem“. „Die Debatten um unsere demografische Gegenwart und Zukunft produzieren schrille Töne. Fatalistische Lust am Untergang und herablassende Beschwichtigungen wechseln einander ab.“²² Vor allem der den demografische begleitende „apokalyptische Diskurs“ dient als Begründung für weitreichende politische Forderungen: „Wird ein Satz mit ‚Angesichts des demografischen Wandels ...‘ eingeleitet, dann scheinen sich genauere Erläuterungen zu erübrigen.“²³

Problematisiert wird der demografische Wandel vor allem im erwähnten, tendenziell „apokalyptischen“ **Diskurs „Demografische Katastrophe“**. Die zugespitzte Benennung dieses Diskurses rechtfertigt sich durch die Semantik, die von den Protagonisten selbst verwendet wird. Es ist die Rede von einer „Katastrophe“²⁴ oder einer „Rentenzeitbombe“²⁵ deren „Sprengkraft“ für Gesellschaft und Wirtschaft unterschätzt werde. In seiner

18 Kersten/Neu/Vogel 2012, S 49

19 ebd., S. 76

20 BMI 2015, S. 6

21 Der Spiegel 12/2015, S. 32

22 Kersten/Neu/Vogel, 2012, S. 7

23 Weber 2016

24 Knauß, 2014

25 Nahrendorf 2015

extremeren Ausprägung ist in diesem Diskurs der Topos des „Aussterbens der Deutschen“ in Verbindung mit „anti-malthusianischen Gefahrenszenarios und apokalyptischen Untergangsängsten“²⁶ präsent. Seine Wurzeln reichen mindestens bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts und legitimierten nicht zuletzt die Bevölkerungspolitiken der NS-Zeit.²⁷ Der Topos vom „Aussterben der Deutschen“ kam zuletzt im sehr erfolgreichen Buch „Deutschland schafft sich ab“²⁸ von Thilo Sarrazin zu neuer Wirkung. Auch wenn die „Bevölkerungspolitik“ ein zentrales Anliegen dieses Diskurses ist, vertritt die Mehrheit der Protagonisten keinen derart „völkischen“ Ansatz. Gewarnt wird jedoch mit Verweis auf die „Tragfähigkeitslücke“ der öffentlichen Finanzen vor einem Zusammenbruch des Rentensystems oder einer Herrschaft der Alten über die Jungen („Methusalem-Komplott“²⁹). Die als zu gering kritisierte Geburtenrate wird als „Gebärstreik“³⁰ interpretiert. Dieser Diskurs hat zuweilen einen kulturpessimistischen Einschlag und macht den gesellschaftlichen Wertewandel und feministische Emanzipation für den Rückgang der Geburtenrate mitverantwortlich. Dementsprechend befürwortet er biopolitische Strategien zur Förderung von Kindern und Familien, wie einem Wahlrecht von Geburt an. Die Demografie wird als „Kostentreiber“ für den Sozialstaat gesehen, nötig sei unter anderem eine Förderung von Mehrkindfamilien zur „Entschärfung der demografischen Bombe“.³¹

Mit dem vorgenannten Diskurs überlappend, doch etwas weniger rückwärtsgewandt und drastisch in der Analyse ist der **Diskurs der „Generationengerechtigkeit“**, der ab den späten 1990er Jahren sehr erfolgreich war.³² Dieser Diskurs thematisiert vor allem Themen der sozialen Sicherung, der fiskalischen Tragfähigkeit aber auch der ökologischen Nachhaltigkeit. Ihm zufolge müsse die Gerechtigkeitsfrage in der vertikalen Dimension ergänzt werden um eine horizontale Dimension zwischen der jungen und der älteren Generation, wobei letztere nicht „auf Kosten der Jüngeren“ – so ein beliebter Topos – leben dürfe. Der „Generationenvertrag“ müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden. Dem Diskurs kann durchaus ein Einfluss auf die Rentenreform 2001 und somit einer Neugewichtung zwischen gesetzlicher Rentenversicherung und privater Altersvorsorge zugeschrieben werden. Auch die im Jahr 2009 beschlossene

26 Bryant 2011, S. 40

27 ebd.

28 Sarrazin 2010

29 Schirrmacher 2004

30 Knauß 2014

31 Schuknecht 2015

32 Vgl. Nullmeier 2004

„Schuldenbremse“ im Grundgesetz wurde als Beitrag zur Generationengerechtigkeit begründet und kann als Ergebnis dieses Diskurses angesehen werden. Zentral ist der Topos der Nachhaltigkeit, in dem sozialpolitische, fiskalische und ökologische Begründungen zusammengeführt werden. Zeitweise war er der Nukleus einer Diskursallianz von politischen Akteuren der jungen Generation. So forderten im Jahr 2006 zahlreiche jüngere Bundestagsabgeordnete mehrerer Fraktionen mit Verweis auf die öffentliche Verschuldung, die ökologische Nachhaltigkeit und nötige Zukunftsinvestitionen die Aufnahme des Ziels der Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz: „Bei Verteilungskonflikten zwischen den die Gegenwart bestimmenden Partikularinteressen haben die nicht repräsentierten künftigen Generationen und die schwach repräsentierte junge Generation das Nachsehen. Es ist gerade im Interesse der künftigen Generationen, dass Politik eine langfristige Ausrichtung erhält.“³³

Auch der **pragmatische Demografiediskurs** sieht die demografische Entwicklung als große, teils auch die zentrale Herausforderung, verzichtet aber auf apokalyptische Aussagen und die Politisierung eines Generationenkonflikts. Zum einen bestreitet der Diskurs einige Thesen der Alarmisten und verweist auf die Fehlerhaftigkeit von Langfristprognosen und die Ignoranz gegenüber der gesellschaftlichen „Dynamik von Anpassungsmechanismen“³⁴ gegenüber solchen Trends. Zum anderen ist er stärker auf konkrete Problemlösungen ausgerichtet und versucht gesellschaftliche Kompromisse für die Zukunft der Sozialversicherungen und die lokale Infrastruktur in demografischen „Problemregionen“ zu finden. Gerade in der Digitalisierung wird hier eine Chance gesehen (z. B. Telemedizin oder Automatisierung als Antwort auf den Fachkräftemangel). Stimmen dieses Diskurses erkennen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Wohlfahrtsstaat an, plädieren aber nicht für einen Rückbau, sondern halten in einer Zeit, in der Konflikte nicht über mehr Wachstum zu lösen seien eine „Politisierung des Wohlfahrtsstaates“ und „politische Präferenzentscheidungen“ für erforderlich, die sozialen Ausgleich und Verteilungsgerechtigkeit sicherstellen.³⁵

Von diesem Diskurs wiederum nicht klar abzugrenzen ist der **relativierende Demografiediskurs**. Gerade bei den Themen der sozialen Sicherung und der öffentlichen Haushalte akzentuieren die Repräsentanten stärker die vertikale Verteilungsfrage. Verwiesen wird darauf, dass bei

33 Deutscher Bundestag 2006, S. 2

34 Straubhaar 2016

35 Kersten/Neu/Vogel 2012, S. 128

steigender Produktivität auch höhere Sozialausgaben finanzierbar seien. Der Staat sei verantwortlich für die soziale Sicherung, auch die Lebensstandardsicherung im Alter und eine funktionsfähige Infrastruktur zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Kosten müsse die Gesellschaft tragen und die Finanzierung sei „gerecht“ über eine höhere Besteuerung (oder auch höhere Sozialversicherungsbeiträge) zu finanzieren. In jüngster Zeit wurde vor allem die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze („Rente mit 67“) als Rentenkürzung kritisiert.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass zu den Demokratiediskursen selbstverständlich auch die an dieser Stelle außer Acht gelassene Auseinandersetzung um Migration gehört, wobei sich hier maßgeblich der auf unterschiedlichen Motiven basierende Diskurs der „Willkommenskultur“ und der Diskurs der „Überfremdung“ bzw. „Islamisierung“ antagonistisch gegenüberstehen.

Diskurse über den Wertewandel

Dass sich im sozialen und ökonomischen Strukturwandel auch Kultur und Wertemuster verändern, ist unumstritten. Schwieriger ist es jedoch, eindeutige „Megatrends“ zu identifizieren, die wiederum Gegenstand von Diskursen sind. Denn erstens steht die Sozialforschung hier vor methodischen Problemen. Was genau sind „Werte“, wie werden diese erhoben und vor allem welche Bedeutung haben bestimmte Wertebegriffe in den sozialen Milieus? So zeigt eine Milieustudie des Delta-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung, dass Begriffe wie „Gerechtigkeit“ oder „Freiheit“ in den sozialen Milieus sehr unterschiedliche Bedeutungen aufweisen.³⁶ Auch gibt es keinen widerspruchsfreien Trend in Richtung „moderner“ bzw. postmaterieller Werte, sondern eher eine Entwicklung in Richtung Wertesynthesen im Sinne einer „Vereinigung gegensätzlich erscheinender Werte.“³⁷ Zweitens vollziehen sich „Wertediskurse“ stark in Zyklen und Moden, die wiederum, da maßgeblich über (Qualitäts-)Medien vermittelt, einen Bias in Richtung der akademischen Mittelschichten aufweisen. Drittens ist ein Teil der „Werteforschung“ Gegenstand von PR-Strategien von Publizisten, Unternehmen oder Thinktanks. Viele Studien und Beiträge scheinen hier einer aufmerksamkeitsökonomischen Logik zu folgen: Es gilt, einen vermeintlich neuen Trend zu identifizieren und öffentlichkeitswirksam zu verkaufen. Gemein haben viele Diskurse des Wertewandels

36 Wippermann 2011

37 Klages 2001, S.10

eine Reflexion von gesellschaftlicher Pluralisierung, Differenzierung oder Ungleichheit und den Versuch der Interpretation der „Heterogenitätsdynamik“.³⁸ Für das Thema dieses Diskussionspapiers sind vor allem die folgenden ausgewählten – eng zusammenhängenden – Wertediskurse von Belang.

Der **Diskurs der „verunsicherten Mitte“** thematisiert Ängste und Spannungen der modernen Wohlstandsgesellschaft. Angesichts des Bedeutungsgewinns (rechts-)populistischer Kräfte und Deutungsmuster ist dieser Diskurs auch ein soziologisch und sozialpsychologisch geprägter Versuch der Ursachenanalyse mit besonderem Blick auf die soziale Mitte. Der Sozialforscher Heinz Bude diagnostiziert eine „Atmosphäre der Angst in der deutschen Mittelschicht, die sich wie ein leises Rauschen unmerklich, aber trotzdem unleugbar ausbreitet.“³⁹ Als Symptome und Ursachen sieht er u. a. Orientierungsverlust, das Zerbrechen des „organischen Zusammenhangs von Autonomiestreben und Gemeinschaftsbindung“,⁴⁰ das Auseinanderdriften von Milieus der gesellschaftlichen Mitte und einen politischen Kontrollverlust der „Niemandsherrschaft“. ⁴¹ Auch Byung-Chul Han stellt die „Angst“ ins Zentrum seiner Analyse: „Viele sind heute von diffusen Ängsten geplagt, Angst zu versagen, Angst zu scheitern, Angst abgehängt zu werden, Angst einen Fehler zu machen oder eine falsche Entscheidung getroffen zu haben. Wir leben längst in einer Gesellschaft der Angst.“⁴² Der Marktforscher Stefan Grünewald wiederum thematisiert die „Erschöpfung“ der Gesellschaft und das Gefühl einer „kafkaesken Krisenpermanenz.“⁴³ Der Werkstolz weiche dem „Erschöpfungsstolz.“⁴⁴ Da die Zweifel gegenüber der kapitalistischen Maximierungskultur wachsen würden, sei die „Landlust“ ein „Gegenentwurf zu einer globalisierten Welt.“⁴⁵ Die Verunsicherung wird als Gegenreaktion auf die Beschleunigung und Globalisierung gewertet: „Die Deutschen haben Angst, in einer globalisierten Welt, in der Schwellenländer auf dem Vormarsch sind, irgendwann nicht mehr mithalten zu können.“⁴⁶ Auch die bereits erwähnte Milieu-Studie des Delta-Instituts zeichnet das Bild einer auseinander driftenden Gesellschaft. In den vergangenen Jahren seien folgende Entwicklungen

38 Kersten/Neu/Vogel 2012, S.106

39 Bude 2014, S. 72

40 ebd., S. 73

41 ebd., S. 119

42 Han, 2013

43 Grünewald, 2013, S. 16

44 ebd., S. 19

45 ebd., S. 65

46 Becker, L., 2015

prägende Erfahrungen der verschiedenen Milieus der Mitte gewesen: ein wachsender Druck, zumindest den erreichten sozialen Status zu erhalten, eine Zunahme von individueller Leistungsorientierung, wobei man aber auch die Grenzen dieser Strategien durchaus erkenne sowie die Erfahrung von Benachteiligung trotz Leistung. Die Mitte habe darauf mit einer stärkeren Orientierung an bürgerlichen Tugenden und einer Abgrenzung nach unten reagiert. Ab 2010 sei eine stärkere „Bifurkation“ (also Gabelung) der Mitte festzustellen: In Teilen der Mitte der Trend zu mehr „Konstanz, Verlässlichkeit und Orientierung“, in anderen Teilen eine „strategische Selbstmodellierung“ im Sinne einer hohen Flexibilität, um Marktchancen zu erkennen und zu ergreifen. Dies bestätigt frühere Diagnosen, dass sich im Zuge einer sich verändernden Arbeitswelt eine neue Konfliktlinie herausbilde. Peter Glotz sprach schon 1999 von „Kulturkämpfen im digitalen Kapitalismus“ und wachsenden Konflikten zwischen Milieus der „Beschleunigung und der Entschleunigung“⁴⁷, wobei die Beschleuniger angeführt werden von der modernen Arbeitnehmergruppe der „Symbolanalytiker“. Auch Robert Castel thematisiert die Individualisierung als Konfliktthema. Er unterscheidet zwischen „Individuen im Übermaß, die sich in ihrer Subjektivität einkapseln und dabei vergessen können, dass sie in einer Gesellschaft leben“, und „bloßen Individuen“, denen die Voraussetzungen für gesellschaftliche Unabhängigkeit fehlen.⁴⁸

Eng verwandt mit dem vorgenannten Diskurs ist der **Diskurs über den Wertewandel in der Arbeitswelt**, dessen Themen und Topoi auch im Kapitel 4 aufgegriffen werden. Ausgehend von den Trends der Tertiarisierung, der Zunahme von Wissensarbeit und der Feminisierung der Arbeitsgesellschaft bestätigen viele Befragungen und Studien den anhaltend hohen Stellenwert von Arbeit. Laut einer Studie des WZB und der „ZEIT“ geben 92 Prozent der Männer und 88 Prozent der Frauen an, dass es ihnen „sehr wichtig ist“ und dass es allen Menschen wichtig sein sollte, erwerbstätig zu sein. Die Deutschen sind „megaabhängig von der Arbeit“, so die Autorin Jutta Allmendinger. Zugleich sei die Gesellschaft weniger von Pflichtgefühl geprägt. Unabhängigkeit und ein selbstbestimmtes Leben würden wichtiger.⁴⁹ Viele Studien belegen, dass die klassischen Ansprüche an Sicherheit des Arbeitsplatzes und leistungsgerechte Entlohnung eine anhaltend hohe Bedeutung haben, allerdings neue Ansprüche nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zeitlicher Souveränität aber auch Partizipation und Beteiligung hinzukommen.⁵⁰ Vester,

47 Glotz 1999, S. 131

48 Castel 2011, S. 21

49 Allmendinger 2016, Rudzio 2016

50 u. a. BMAS 2015b

Teiwel-Krüger und Lange-Vester sprechen von einer Kompetenzrevolution, die zu einem Bedeutungsgewinn von Werten wie Selbstverwirklichung, Fachkönnen, Verantwortung und steigenden Ansprüchen an berufliche Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten führe. Sie erkennen einen „neuen Arbeitnehmertypus“. Dabei handele es sich um „höher qualifizierte Spezialisten, denen es nicht allein um Einkommen und Arbeitszeiten, sondern auch um die Autoritäts- und Anerkennungsverhältnisse im Betrieb geht.“⁵¹ Strittig ist, ob der „neue Geist des Kapitalismus“⁵² bzw. Werteorientierung des „unternehmerischen Selbst“ einen hoch individualisierten, sich selbst ökonomisierenden und eigennutzorientierten Arbeitnehmertypus hervorbringe. Für die große Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss dies wohl verneint werden. Zwar gäbe es „Rationalitätsansprüche“ bezogen auf die konkrete Berufs- und Arbeitslogik. Diese seien jedoch Ausdruck eines „Ethos, bei dem sich die Identifikation mit einer konkreten Arbeits- und Leistungslogik aufs engste mit direkten Beteiligungsansprüchen verschränkt und das sich bei angelernten Arbeiterinnen oder einfachen Angestellten ebenso findet wie bei hoch qualifizierten Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeitern.“⁵³ Hürthgen und Voswinkel verweisen ebenfalls auf die hohe Bedeutung von Anliegen wie Leistungsgerechtigkeit, Würde und Beteiligung. Sie weisen jedoch darauf hin, dass Wünsche noch keine Ansprüche seien. Dazu würden sie erst, wenn sie einhergehen mit einer Vorstellung von gesellschaftlicher Normalität; es müsse beispielsweise als normal gelten, eine leistungsgerechte Bezahlung einzufordern und zu erhalten. Außerdem müsse die Arbeitswelt als so gestaltbar betrachtet werden, dass angenommen werden könne, Ansprüche tatsächlich durchsetzen zu können. Viele Erwerbstätige in der Arbeitnehmermitte sehen diese „Normalität“ zwar für sich persönlich gegeben, sind aber verunsichert, ob ihre eigene noch mit der gesellschaftlichen Normalität identisch ist. Zudem spiele die Lebensorientierung, die „Haltung zur Welt“ eine entscheidende Rolle.⁵⁴ Auch eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zeigt, dass die deutsche Arbeitnehmerschaft in Bezug auf ihre Werteorientierung differenziert zu sehen ist. Die Studie identifiziert sieben „Wertewelten“, die sich hinsichtlich wichtiger Dimensionen wie „Leistung“, „Stabilität“, „Selbstentfaltung“ und „Gemeinwohl“ unterscheiden. Eine mögliche Erklärung für gegenwärtige Spannungen in unserer Gesellschaft liefert die Studie mit der Einteilung in drei Grundströmungen. Die „Vergangenheitsorientierten“ blicken sehr positiv auf die Nachkriegsjahrzehnte. Heute hingegen beklagen

51 Vester/Teiwel-Krüger/Lange-Vester 2007, S. 23

52 Boltanski/Chiapello 2006

53 Tullius/Wolf, 2015, S. 500

54 Hürthgen/Voswinkel, 2016

sie Druck und soziale Kälte bei der Arbeit, berufliche Unsicherheit und Arbeitsverdichtung bei gleichzeitig sinkenden Einkommen. Sie befürchten, dass sich dies in der Zukunft noch verschärfe. Die „Gegenwartsorientierten“ sehen die Arbeitswelt tendenziell positiv und hoffen auf kleinere Verbesserungen durch die Digitalisierung und soziale Kompromisse, die durch Interessenvertretungen ausgehandelt werden. Eine kritische Bewertung der als starr und bürokratisch empfundenen Gegenwart, aber auch früherer Jahrzehnte, nehmen die „Zukunftsorientierten“ vor. Sie hegen Hoffnungen auf die Arbeitswelt 2030, die ihnen mehr individuelle Arbeitsgestaltung und kreative Arbeit ermöglichen könne.⁵⁵

Die in den beiden vorgenannten Diskursen thematisierten Trends und Widersprüche spiegeln sich auch im **Diskurs über die „Generation Y“**. Schon die Doppeldeutigkeit des Begriffs – als Nachfolge der von Douglas Coupland benannten „Generation X“ und die englische Aussprache des „Y“ als „why“ – verweist auf eine Generation der Widersprüchlichkeiten. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass wir in den 90ern und 00ern eine wahre Flut an Generationen(selbst)etikettierungen („Generation Golf“ etc.) erlebt haben, die meist ein Bias in Richtung höher qualifizierter Mittelschichten ohne Migrationshintergrund aufwiesen. Die Generation Y (oder auch „Millennials“) bezeichnet die ab etwa 1980 geborenen, die als erste mit digitalen Technologien aufgewachsen sind. Ihre Selbstzuschreibungen beziehen sich meist auf ihre Erfahrungen als „digital natives“ oder das Spannungsfeld von Arbeit und Leben und ein neues Verständnis von Karriere und Status: „Der Generation Y geht es nicht um ein entweder Sinn oder Geld, sondern um ein sowohl als auch. Wir wollen alles. Außer Hochdruck.“⁵⁶ Koppetsch sieht die Haltungen und Wertorientierungen der jüngeren Generation der nach 1975 Geborenen als Ausdruck und Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels der Mittelschicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland⁵⁷. In Reaktion auf Globalisierung, Rückbau des Sozialstaates und Sicherheitsverlust gäbe es keinen Glauben mehr an ideologische Großklärungen. Stattdessen würde sich diese Generation auf eigene Kräfte und die Bindung an Familien und Freunde konzentrieren. Sie habe den „neuen Geist des Kapitalismus“ verinnerlicht, lehne aber zugleich Überbietungswettbewerb und unproduktive Konkurrenz ab. Kennzeichnend sei eine „allgemeine Hinwendung zu konservativen Werthaltungen und Lebensmustern.“⁵⁸ Hurrelmann und Albrecht ziehen die Grenze ab den 1985 geborenen, rücken aber ebenso die Kri-

55 BMAS/nextpractice, 2016

56 Dark Horse 2014, S. 175

57 Koppetsch 2014, S. 38

58 ebd., S. 42

senerfahrungen ins Zentrum: „Nichts ist mehr sicher. Und: Es geht immer irgendwie weiter.“⁵⁹ Die Generation Y sei gekennzeichnet durch eine „eigenwillige Mischung aus Pragmatismus, Trotz, Selbstbezug, Kosten-Nutzen-Denken und verhaltenem Optimismus.“⁶⁰ Gegenüber Arbeitgebern habe sie eine „neue Anspruchshaltung“. Arbeit sei immer auch Selbstentfaltung, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei ihr wichtigstes Projekt, das sich auch in „Überschneidungen und Verwischungen zwischen traditionellen männlichen und weiblichen Verhaltensmustern“⁶¹ äußere. Allerdings habe die Generation keinen Anspruch das System zu verändern (siehe auch Kapitel 4 – Diskurs „New Work“). Die „evolutionäre Revolution ist ‚heimlich‘ weil die Generation Y weder öffentlich ein Programm verkündet noch diejenigen mit Einfluss in der Gesellschaft anderweitig von ihren Plänen in Kenntnis setzt.“⁶²

2.2 Diskurse über Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand

Die Auseinandersetzung über den Megatrend der Digitalisierung und der Zukunft der Arbeitswelt lässt sich nicht losgelöst betrachten von der Frage, welche wirtschaftspolitischen Probleme und Grundsatzfragen diskursiv verhandelt werden. Daher werden an dieser Stelle zumindest kurzrissig die zentralen Diskussionslinien und wirtschaftspolitischen Diskurse referiert. In jüngerer Zeit wurden in den wirtschaftspolitischen Diskursen im Wesentlichen die folgenden Fragen verhandelt.

Erstens, die Stellung der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb. In Anbetracht der vergleichsweise guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage Deutschland sind Deutungen von einer verlorenen oder wieder zu gewinnenden Wettbewerbsfähigkeit des „Standortes Deutschland“ – wie sie im letzten Jahrzehnt mit Buchtiteln wie „Ist Deutschland noch zu retten“⁶³ oder „Deutschland. Abstieg eines Superstars“⁶⁴ vorherrschten – in den Hintergrund getreten. Spätestens seit der Finanzkrise wurde der industrielle Sektor in Deutschland als „Wachstumslokomotive“ oder „Leistungsmotor der deutschen Volkswirtschaft“⁶⁵ betrachtet. Die Innovations- und auch Exportstärke der industriellen Kernsektoren wie Au-

59 Hurrelmann/Albrecht, 2014, S. 8

60 ebd., S. 203

61 ebd., S. 235

62 ebd., S. 201

63 Sinn 2003

64 Steingart 2005

65 Vassiliadis 2013, S. 14

tomobilbau, Maschinenbau oder Chemie gelten gemeinhin als Basis der wirtschaftlichen Stärke aber auch der vergleichsweise schadlosen Überwindung der globalen Finanzkrise. Es „sei gut, dass wir in Deutschland immer auf unsere Industrie gesetzt haben“, lautet ein Satz, den Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik oft sprechen. Kaum in den öffentlichen Debatten präsent sind allerdings politische Betrachtungen des komplexen Zusammenspiels von nationalen „Innovationsystemen“ im internationalen Wettbewerb und der staatlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen von Innovation, sieht man von abstrakten Verweisen auf Bildung, Forschung und Infrastruktur ab. In der internationalen Diskussion verweist Mazzucato auf die unverzichtbare staatliche Vorleistung des Staates (v.a. durch strategische Grundlagenforschung und Risikoübernahme) und darauf, dass Innovationen nicht nur auf „Erfindergeist“ oder unternehmerischen Erfolg zurückzuführen sind: „Um die zentrale Rolle des Staates Risikoträger im modernen Kapitalismus zu verstehen, ist es wichtig den ‚kollektiven Charakter‘ von Innovationen anzuerkennen.“⁶⁶ Auch Stiglitz und Greenwald argumentieren, dass eine „Ökonomie des Lernens“ nicht ein Einklang zu bringen ist mit dem neoklassischen Modell: „Dieses Modell lässt nicht nur außer Acht, dass Ressourcen für Lernen, Forschung und Entwicklung bereitgestellt werden müssen, sondern es geht auch davon aus, dass alle Unternehmen die besten Methoden anwenden und es daher für sie nichts gibt, was sie lernen müssten.“⁶⁷ Die Instrumente der Wirtschaftspolitik einschließlich der Handelspolitik, der Finanzpolitik, der Industriepolitik, aber auch die Begrenzung und Gestaltung des „geistigen Eigentums“ müssten auf eine lernende Volkswirtschaft ausgerichtet werden.

Umstritten ist zweitens die Bewertung des hohen Leistungsbilanzüberschusses der deutschen Volkswirtschaft. Während einige darin den Ausdruck der deutschen Wirtschaftsstärke sehen, argumentieren andere, dass nicht alle Länder eine Exportstrategie fahren können und Deutschland damit auch auf Kosten anderer wirtschaftet. Gefordert werden demzufolge höhere Lohnzuwächse, auch um die Importe z. B. aus anderen Ländern der Eurozone zu erhöhen und somit die Leistungsbilanz auszugleichen. Die Ungleichgewichte in der Europäischen Union und vor allem der Eurozone wiederum wirken hinein in eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die „richtige“ Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa, die Niedrigzinspolitik der EZB und die Zukunft des Euro. In Folge der globalen Finanzkrise und der nachfolgenden Schuldenkrise in einigen europäischen Ländern hat vor allem die deutsche Bundesregierung auf eine „Austeri-

66 Mazzucato 2014, S. 243

67 Stiglitz/Greenwald 2014, S. 425

tätspolitik“ gegenüber Schuldenländern orientiert. Deutschland, so ein ständig wiederholter konservativer Topos, habe durch Sozialreformen der Agenda 2010 und die Einführung einer Schuldenbremse in Grundgesetz „seine Hausaufgaben gemacht“. Es rückte die Frage in den Mittelpunkt, ob Deutschland für die Schulden anderer Euro-Staaten mit aufkommen müsse. Die „Transferunion“ wurde als Stigmawort erfunden, um eben dies abzulehnen. Anzustreben sei eine „Stabilitätsunion“. So gelang am Ende auch die Umdeutung der Folgen der Krise, die ihren Anfang als Krise auf den Finanzmärkten hatte, in eine Schuldenkrise, nicht zuletzt im Interesse der Banken, denen der Journalist Wilfried Herz eine aktive Rolle bei der Diskursführung zuschreibt: „Rückblickend ist es wohl der größte PR-Coup aller Zeiten, dass es den Bankenvertretern gelungen ist, die Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise umzuetikettieren.“⁶⁸

Drittens: Die aktuell positive ökonomische Lage Deutschlands geht jedoch einher mit einer schwachen Investitionsquote. In besonderer Weise war es der DIW-Präsident Marcel Fratzscher, der in seinem Buch „Die Deutschland-Illusion“ auf die Investitionslücke aufmerksam gemacht hat: „Es gibt keinen Automatismus, der hohe Exporte und gute Wettbewerbsfähigkeit in Wohlstand für alle Menschen eines Landes verwandelt.“⁶⁹ Kritisch sieht er vor allem die unzureichenden Investitionen in Wissen bzw. den immateriellen Kapitalstock und dass die Unternehmen mehr sparen als investieren. Lars Feld, Mitglied des Sachverständigenrats, wiederum bestreitet eine private Investitionslücke. „Die Vorstellung, deutsche Unternehmen säßen wie Dagobert Duck auf einem Berg von Gold und seien nicht in der Lage, diese Mittel vernünftig zu investieren, ist falsch. Die deutschen Unternehmen können immer noch durch Investitionen im Ausland höhere Erträge erzielen. Wenn die Bundesregierung möchte, dass die Privatwirtschaft stärker im Inland investiert, sollte sie die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern.“⁷⁰ Ebenso wie die unzureichenden privaten Investitionen beklagt Fratzscher eine öffentliche Investitionslücke. Die Debatte über die Investitionsentwicklung führte zur Einrichtung einer Kommission beim Bundeswirtschaftsministerium, die im Jahr 2015 ein Gutachten vorgelegt hat.⁷¹ Eng verbunden mit der Diskussion über die öffentlichen Investitionen ist die Auseinandersetzung über die Finanz- und Haushaltspolitik. Mit der Einführung der „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz und dem europäischen Fiskalpakt wurde eine „solide Haushaltspolitik“ als gegenüber allen anderen Zielen der Finanz- und Haushaltspolitik festgeschrieben. Die „schwarze Null“, also ein Haushalt

68 Herz 2012

69 Fratzscher 2014, S. 52

70 Feld 2014

71 BMWi 2015

ohne Neuverschuldung, wurde als Ziel der amtierenden Bundesregierung formuliert. Dies wird wiederum von kritischen Ökonomen als Mit-Ursache für die öffentliche Investitionsschwäche und Ausdruck einer Austeritätspolitik gesehen.

Die Diskussionen über den Leistungsbilanzüberschuss und die öffentlichen Einnahmen wiederum verweisen viertens auf die Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik und die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. So beklagte der inzwischen verstorbene Historiker Hans-Ulrich Wehler eine „neue Umverteilung“, demzufolge die Schere von Einkommen und Vermögen immer weiter auseinanderklaffe.⁷² Marcel Fratzscher sieht einen „Verteilungskampf“, der schon heute durch eine Wirtschaftspolitik verstärkt werde, die „immer stärker darauf ausgerichtet ist, Einkommen, Vermögen und Privilegien den einflussreichsten gesellschaftlichen Gruppen zuzuteilen, ohne das langfristige Interesse der Gesellschaft als Ganzes zu wahren.“⁷³ International hat vor allem der große Erfolg des Werks „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty⁷⁴ aber auch weiterer renommierter Beiträge⁷⁵ die Debatte über die ungleiche Entwicklung von Kapital und Lohnneinkommen befeuert, in der neben empirischen Verteilungsdaten auch Themen wie Armut, Reichtum und Macht, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie die Frage nach der Gültigkeit grundlegender (u. a. meritokratischer) Prämissen der sozialen Marktwirtschaft verhandelt werden. Die ökonomisch ausgerichtete Ungleichheitsforschung weist darauf hin, dass es in fast allen OECD-Ländern ab etwa 1980 eine Wende zu mehr Ungleichheit gab, wenn auch nicht überall so dramatisch wie im angelsächsischen Kapitalismus (UK, USA) und analysiert die Faktoren, die im historischen Vergleich zu mehr oder weniger Ungleichheit geführt haben. Zu den negativen Faktoren gehören u. a. die Explosion von Spitzengehältern, eine hohe Kapitalkonzentration, die zudem vererbt wird, Steuersenkungen und Sozialkürzungen, eine hohe Arbeitslosigkeit, der hohe politische Einfluss und die Exit-Möglichkeiten (Steuerflucht) von Reichen, aber auch kulturelle Entwicklungen wie die assortative Partnerwahl (der Arzt heiratet nicht mehr die Krankenschwester, sondern eine andere Ärztin). Als positive Faktoren werden – neben Kriegen und Inflation – genannt: Institutionen der Primär- und Sekundärverteilung wie starke Sozialpartnerschaft, ein wirksames Steuer- und Transfersystem und eine breite Verteilung des Kapitals sowie eine gesellschaftliche Bewältigung des technologischen und wirtschaftlichen Strukturwandels. Soziologisch ausgerichtete Ansätze thematisieren die sozial-

72 Wehler 2013

73 Fratzscher 2016, S. 20

74 Piketty 2014

75 Atkinson 2016, Milanovic 2016

strukturellen Konsequenzen. So diagnostiziert Steffen Mau einen „Umschlag von einer Leistungs- in eine Besitzgesellschaft.“⁷⁶ Sighard Neckel spricht von einer neuen „Oligarchie“ und einer „Refeudalisierung der Gesellschaft“.⁷⁷ Kritiker der Ungleichheitsdiagnose verweisen auf die positive ökonomische Entwicklung, die steigende Erwerbstätigkeit, die deutlich höhere Ungleichheit bzw. ein geringes Wohlstandsniveau in früheren Phasen oder darauf, dass diese eher ein „subjektives“ Problem sei. Clemens Fuest argumentiert, dass die Ungleichheit international abgenommen habe. Er gesteht eine wachsende Ungleichheit in den Industrieländern zu, aber verweist auf die egalisierende Wirkung des Staates: „Aber letztlich kommt es auf die verfügbaren Einkommen an, also die Einkommen nach Steuern und Transfers, die jeder tatsächlich ausgeben kann. Der Sozialstaat federt die zunehmende Ungleichheit ab.“⁷⁸ Verhandelt wird die Frage der Ungleichheit auf vier Ebenen. Auf einer normativen Ebene geht darum, was eine „gerechte Verteilung“ ist und ob es überhaupt ein Politikziel sei, diese herzustellen. Auf der empirisch-methodischen Ebene werden die Verlässlichkeit von Datenquellen, die Aussagekraft von Indikatoren sowie der in die Betrachtung zu ziehende Zeitraum strittig verhandelt. Auf der kausalen Ebene stellt sich die Frage nach den Ursachen von Ungleichheit (u. a. Globalisierung und technologischer Wandel, unzureichende Bildung, Lohnspreizung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, veränderte Präferenzen und Erwerbsbiografien). Auf der politischen und funktionalen Ebene schließlich geht es um die ökonomischen Auswirkungen von Ungleichheit und etwaige Konflikte zwischen Verteilungspolitik und anderen Politikzielen.

Fünftens wird in wirtschaftspolitischen Diskursen immer auch die Diskussion über die ökologische Tragfähigkeit unseres Wirtschaftsmodells in einer wachsenden Weltwirtschaft aufgerufen. Das wesentliche Spannungsfeld verläuft entlang der Auseinandersetzung, ob technologische Innovationen die wesentliche Antwort auf die ökologischen Herausforderungen sein können oder eine Abkehr vom Wachstumsparadigma erforderlich ist.

Der Ansatz der Nachhaltigkeit ist sechstens auch ein wesentlicher Begründungsstrang für das Bemühen um eine neue Definition von „Wohlstand“ und die Kritik, dass das Bruttoinlandsprodukt nicht hinreichend sei, um diesen zu messen. In den letzten Jahren wurden viele wissenschaftliche Expertisen und politische Konzepte erstellt, um einen mehrdimensionalen Ansatz der Wohlstandsmessung zu realisieren. In Deutschland

76 Mau 2015, S. 43

77 Neckel 2016, S. 170

78 Fuest 2017

wurde in der letzten Legislaturperiode eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages eingerichtet, die unter dem Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität- Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ einen umfangreichen Bericht und einen Vorschlag für eine neue Wohlstandsmessung vorgelegt hat.⁷⁹

Und siebtens bündeln sich diese Themen im Zusammenwirken mit den Megatrends in der Frage nach der Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Das Spektrum reicht von der Thematisierung der deutschen Volkswirtschaft als internationale Erfolgsstory bis zu Forderungen nach einer grundlegenden „sozial-ökologischen Transformation“ unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Zwischen diesen Polen artikuliert sich eine Ungewissheit, ob das Narrativ und Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ noch zukunftstauglich sei. Die Bertelsmann-Stiftung bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: „Die Soziale Marktwirtschaft ist die große Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, das Fundament des Wirtschaftswunders, der Gegenentwurf zur Planwirtschaft und zum entfesselten angelsächsischen Kapitalismus gleichermaßen. Über Jahrzehnte bot sie Wirtschaft und Gesellschaft ein verlässliches Leitbild – doch das droht verloren zu gehen. Der Bundesrepublik kommt die gemeinsame Erzählung abhanden.“⁸⁰

Verhandelt werden diese Themen in den nachfolgenden wirtschaftspolitischen Diskursen. Diese werden an anderer Stelle v.a. hinsichtlich ihrer Interpretation der globalen Finanzkrise ab 2007 ausführlicher dargestellt.⁸¹

Diskurs „Marktfreiheit und schlanker Staat“

Dieser Diskurs steht in der Tradition liberalen Denkens. Sein zentrales Versprechen lautet: „Mehr Marktfreiheit ermöglicht mehr Wachstum und mehr Chancen für jeden Einzelnen.“ Das Versprechen des vor allem von wirtschaftsliberalen und konservativen Akteuren in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien propagierten Diskurses zielt auf Forderungen nach Privatisierung und Liberalisierung. Da der Markt als die natürliche Ordnung angesehen wird, wird Marktversagen als Problem weitgehend ausblendet. Problematisiert wird zum einen die blockierte Wachstumsdynamik durch (Sozial-) Staat und Fortschrittspessimismus, zum anderen das Staatsversagen und die Staatverschuldung (das „Über die Verhältnisse-Leben“). Wirtschaftswachstum gilt als umfassender Problemlöser: Die

79 Deutscher Bundestag 2013

80 Brinkmann/Dierks/Schmidt 2016, S. 11

81 Mikfeld 2012

sozialen und ökologischen Herausforderungen sollen mit Wachstum beantwortet werden, da mehr Wachstum auch zu Innovationen führe und letztlich allen zugutekomme. Die Wachstumsemphase ist auch als strategische Gegenposition zur Wachstumskritik in Teilen der Bevölkerung und der Politik zu verstehen. Ihr liegt eine Steigerungslogik bzw. ein lineares Fortschrittsverständnis zugrunde, das zunächst einmal durch nichts beschränkt wird. Der Markt als Entdeckungsverfahren löse alle wesentlichen Probleme, umgekehrt wird dem Staat eine „Anmaßung des Wissens“ unterstellt. Als die beste Sozialpolitik gelten mehr Marktanreize für Erwerbstätigkeit („Sozial ist, was Arbeit schafft“). Staatliche Eingriffe würden nur zu Marktverzerrungen und Umverteilung zu neuen Ungerechtigkeiten führen. „Leistung“ ist diesem Diskurs zufolge stets Ergebnis des Marktes. Die Einschränkung des Marktes durch politische Eingriffe wird als Beschränkung der Marktfreiheit betrachtet. So kritisiert Dorothea Siems Reformen der gegenwärtigen Großen Koalition im Bund wie den Mindestlohn oder die Mietpreisbremse als „Einschränkung der Freiheit zugunsten eines vermeintlich höheren Ziels.“⁸² Udo di Fabio befürchtet, dass solche Eingriffe die gewerblichen Kräfte im Land lähmen und die Politik in eine Verflechtungsfalle führen: „Der Staat als Unternehmer ist wie ein Schiedsrichter, der nach dem Ball tritt“.⁸³

In narrativer und normativer Hinsicht ist dieser Diskurs eng verbunden mit der liberalen Idee der Marktfreiheit und des Besitzindividualismus, aber auch mit dem (monetaristisch beeinflussten) deutschen Stabilitätsmythos. Zentrale Topoi sind die „Marktfreiheit“, der zufolge Eingriffe in Marktprozesse als „Zwang“ und Einschränkung bürgerlicher Eigentums- und Freiheitsrechte angesehen werden und die „Marktgerechtigkeit“, die Leistung belohne: „Ohnehin ist die Annahme, Gleichheit lasse sich herstellen, indem man (unverschuldete) Ungleichheiten korrigiere, eine Illusion. Denn jede Egalisierung ist Ausgangspunkt und Welle neuer Ungleichheiten ... Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine, heißt deshalb der Wahlspruch derer, für die die Freiheit vor der Gleichheit rangiert“.⁸⁴ Der Diskurs bedient sich insofern auch einer „Entfesselungssemantik“: Stets müssen die eigenverantwortlich handelnden Subjekte von „Zwangsregelungen“ oder „bürokratischen Monstern“ befreit werden. Sozial- und verteilungspolitische Maßnahmen gelten zudem nicht als demokratische Bürgerrechte, sondern als „soziale Wohltaten“, die der Staat (auch aus wahltaktischen Gründen) gewähre. Gegnerische Positionen

82 Siems 2014

83 Di Fabio 2016

84 Hank 2012

werden nicht selten mit Begriffen wie „Sozialneid“ oder „Gleichmacherei“ zu stigmatisieren versucht.

Diskurs „Made in Germany“

Dem Diskurs „Made in Germany“ zugrunde liegen industriepolitisch ausgerichtete Positionen und Interessen, die v. a. auf Erhalt und Modernisierung des deutschen Produktions- und Exportmodells bzw. ökonomische Wettbewerbsfähigkeit abzielen. Da politisch lager- und Interessengruppen übergreifend, ist dieser Diskurs auch eher wenig ideologisch aufgeladen. Im Gegensatz zu anderen Diskursen spielen in diesen Diskurs allgemeine mikro- oder makroökonomische Lehrmeinungen eine etwas weniger ausgeprägte Rolle. Spätestens seit der Finanzkrise ab 2007 wurde der industrielle Sektor in Deutschland als „Wachstumslokomotive“ oder „Leistungsmotor der deutschen Volkswirtschaft“⁸⁵ betrachtet. Die Innovations- und auch Exportstärke der industriellen Kernsektoren wie Automobilbau, Maschinenbau oder Chemie gelten gemeinhin als Basis der wirtschaftlichen Stärke aber auch der vergleichsweise schadlosen Überwindung der globalen Finanzkrise. Es „sei gut, dass wir in Deutschland immer auf unsere Industrie gesetzt haben“, lautet ein Satz, den Vertreter aus Wirtschaft und Politik oft sprechen. Bert Rürup bezeichnet die deutsche Wirtschaftsstruktur als „Glückfall, den es noch nie in der Menschheitsgeschichte gegeben habe“: „unsere Industrie, die Mittelständler sind in ihren Nischen Weltspitze und stellen maßgeschneiderte Produkte her.“⁸⁶ Diese Sichtweise wirkt auch über nationale Grenzen hinaus. „Deutschlands Wirtschaftsmodell könnte für Amerika durchaus ein Vorbild sein. Deutschland hat es geschafft, weiterhin im eigenen Land Produkte herzustellen, die der Rest der Welt kaufen will.“⁸⁷ Dieser Diskurs stellt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die ihr zugrunde liegende Innovationskraft und die von ihr abhängigen Arbeitsplätze ins Zentrum. Sein zentrales Versprechen: „Geht es der deutschen Wirtschaft (Industrie) gut, geht es der Gesellschaft gut.“ Narrativ knüpft der Diskurs „Made in Germany“ an die ersten Nachkriegsjahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland an. Da die Bundesrepublik über keinen politischen Gründungsmythos verfügt, ist der wirtschaftliche Gründungsmythos umso wirkmächtiger.⁸⁸ Industrienaher Kampagnen wie „Land der Ideen“ knüpfen an diesen Mythos an sind darum bemüht, ihn zu verstärken. Auf der gesellschaftlichen Ebene ba-

85 Vassiliadis 2013, S. 14

86 Rürup 2012

87 Fukuyama 2012

88 Münkler 2008, S. 455ff.

siert dieser Mythos auf „Fleiß und Tüchtigkeit der Deutschen“,⁸⁹ dem mittelständischen Unternehmer, der Ingenieurskunst und der qualifizierten Facharbeit. Auf der Produktebene steht noch immer (wenn auch an Bedeutung verlierend) das Auto als Ausdruck von Ingenieurskunst, kollektiver Leistungskraft und kollektiven Wohlstands im Zentrum. Auf der politischen Ebene ist dieser Diskurs mit der Idee der Sozialen Marktwirtschaft verknüpft, aber nicht nur im Sinne einer ordoliberalen Marktordnung, sondern auch eines organisierten Interessenausgleiches zwischen Kapital und Arbeit, also einer „Sozialpartnerschaft“, aber auch einer „Innovationspartnerschaft“. Die Globalisierung „an sich“ wird positiv bewertet. Zwar spielt dieser Diskurs sowohl in den Volksparteien, den Wirtschaftsverbänden als auch den Industriegewerkschaften eine wichtige Rolle, doch es verläuft eine innere Konfliktlinie u. a. entlang der Frage, ob Arbeit eher als Kostenfaktor bewertet wird oder eher als Innovationsfaktor. Die „Digitalausgabe“ dieses Diskurses ist der Diskurs „Industrie 4.0“ (siehe Kapitel 3). Der wichtigste Topos dieses Diskurses ist „Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation“, der auf Seiten der Gewerkschaften auch auf die Formel „Besser statt billiger“ gebracht wurde.

Diskurs „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung“

Dieser Diskurs steht in besonderer Weise in der Tradition bürgerlich-konservativen Denkens. Ordoliberal und sozialetisch beeinflusst, wird marktwirtschaftliche Freiheit mit „bürgerlichem“ Verantwortungsethos verbunden. Sein zentrales Versprechen heißt: „Wir müssen Regeln finden und vor allem Werte stärken, die unsere Marktwirtschaft wieder auf gesellschaftliche Verantwortung verpflichten“. In Folge der Finanzkrise ab 2007 war eine beliebte Deutung, der Kapitalismus sei „aus den Fugen geraten“. Eine Soziale Marktwirtschaft wird als der bewährte Pfad angesehen, allerdings gäbe es gegenwärtig „Auswüchse“. Gefordert wird ein „Ordnungsrahmen“ für die Marktwirtschaft, der aber oft im Ungefähren bleibt: „Wir haben es nicht rechtzeitig geschafft, Regeln zu etablieren, um eine Pervertierung des Systems zu verhindern. Man kann durchaus sagen, dass das kapitalistische System in seiner jetzigen Form nicht mehr in die heutige Welt passt.“⁹⁰

Narrativ und normativ versucht dieser Diskurs (die konservative Variante) der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft weiterzuerzählen und ist

89 Münkler 2008, S. 461

90 Schwab 2012

mit klassischen Topoi wie Freiheit und Verantwortung, Maß und Mitte und dem „ehrlichen Kaufmann“ verknüpft. So sagte Berthold Beitz anlässlich des 200. Jahrestags der Gründung der Firma Krupp: „Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Alfred Krupp und ich entschlossen, es besser zu machen. ... Der ‚moralische Kapitalismus‘ muss die Grundlage unseres wirtschaftlichen Handelns sein.“⁹¹ Es dominiert eine Sprache, die mit Gleichgewichts-Metaphern operiert. Wirtschaft und Gesellschaft (zuweilen auch die Umwelt) müssten wieder in „Balance“ gebracht werden. Nötig sei ein „Mittelweg“ zwischen den Extremen des „reinen Marktes“ und einer Staatswirtschaft. Zwei eher konservative Topoi spielen hier eine besondere Rolle. Zum einen ist dies der Topos von „Maß und Mitte“, so ja auch der Titel eines Werkes von Wilhelm Röpke, einem Vordenker der „Sozialen Marktwirtschaft“, aus dem Jahr 1950.⁹² Dieser Topos wird eingesetzt, wenn es darum geht, sich von bestimmten Extrempositionen abzugrenzen. In ihm zeigt sich aber auch die „konservative Sorge um den Verlust des sozialen und ethischen Maßstabs.“⁹³ Der andere Topos ist „Freiheit und Verantwortung“, der sich vom aggressiv-individualistischen Freiheitsbegriff der Wirtschaftsliberalen ebenso abgrenzt wie von kollektivistischen Positionen und (akzeptierte) Privilegien und Statusunterschiede in einer Gesellschaft an Verpflichtungen bindet.

Diskurs „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“

Dieser Diskurs steht in der Tradition verschiedener Strömungen der Arbeiterbewegung und der sozialen Kapitalismuskritik. Er verbindet Konzepte, die in der nationalen und internationalen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sowie im Marktversagen und in Regulierungsdefiziten des „entfesselten“ Kapitalismus das Kernproblem sehen. Sie werden maßgeblich vertreten in den Gewerkschaften, den Parteien links der Mitte, der sich in keynesianisch und/oder marxistischer (teilweise auch feministischer) Tradition verstehenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. In diesem Diskurs ist das konzeptionelle Spektrum recht breit und reicht von Ansätzen, die im Kern auf einen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Policy-Mix zur Gestaltung der Ökonomie im Sinne eines „guten Kapitalismus“⁹⁴ oder eines „sozialen Wachstums“⁹⁵ abzielen, auch mit industriepolitischen Begründungen, die sich wiederum mit dem Diskurs „Made in

91 Beitz 2011

92 Röpke 1950

93 Münkler 2010, S. 63

94 Dullien/Herr/Kellermann 2009

95 Friedrich-Ebert-Stiftung 2011

Germany“ überschneiden bis hin zu dezidiert kapitalismuskritischen, feministischen und transformativen Vorstellungen, die wiederum in den Diskurs „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum“ übergehen. Es sind im Wesentlichen vier narrative Stränge, an die der Diskurs anknüpft. Erstens spielen in den Gewerkschaften (z.T. auch Parteien) spielen die Errungenschaften, Symbole und Kämpfe der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle. Dementsprechend ist der Diskurs auch stark beeinflusst durch die Gegenüberstellung von antagonistischen Interessen von Kapital und Arbeit, aber auch durch die sozialpartnerschaftliche Tradition Deutschlands. Zweitens findet auch in diesem Diskurs eine (allerdings nicht unumstrittene) Bezugnahme auf die „Soziale Marktwirtschaft“ statt, aber hier eher mit dem Fokus auf die wohlfahrtsstaatlich-keynesianische Tradition des „goldenen Zeitalters“ und die sozialliberale Koalition ab 1969. Die wohlfahrtsstaatlich regulierte Prosperitätsphase nach dem zweiten Weltkrieg wird in diesem Diskurs mit einer gesellschaftspolitischen Aufbruchsstimmung unter Führung der sozialdemokratischen Partei und der Kanzlerschaft Willy Brandts verbunden. Drittens spielt dieser Diskurs auch in den „progressiven“ Strömungen christlicher Soziallehren eine wichtige Rolle. Und viertens knüpft er an der internationalistischen Tradition der politischen Linken an und plädiert für eine Überwindung rein nationaler Sichtweisen u. a. im Sinne eines „Sozialen Europa“ aber auch einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Die Europäische Union als reines Binnenmarktprojekt wird kritisch gesehen, sie solle sich zu einer Sozial- und Wirtschaftsunion wandeln. Gefordert wird eine „stärkere Koordinierung von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedländer mit dem Ziel, die strukturellen Ungleichgewichte im gemeinsamen Währungsraum auszugleichen.“⁹⁶

Im Gegensatz zu den vorgenannten Diskursen bezieht dieser Diskurs deutlich stärker die Interessenperspektive von Frauen, aber auch die globale Dimension mit ein. Um einen sozialen Interessenausgleich, Gleichstellung und internationale Gerechtigkeit erreichen zu können, werden staatliche und supranationale Regeln für Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte, eine progressive Besteuerung von Einkommen und Vermögen sowie die Bereitstellung öffentlicher Güter gefordert.

Seine Kritik und Krisensicht richtet sich in erster Linie gegen die neoliberale Politik und wirtschaftliche Praxis seit den 80er Jahren. Ein wesentliches Problem sieht er darin, dass der globale und finanzmarktgetriebene Kapitalismus und die ihn stützende Politik zur sozialen Spaltung und Aushöhlung der Demokratie geführt habe und so auch Wachstum und „Gute Arbeit“ (siehe Kapitel 4) blockiere: „Der Staat hat viele Jahre wirtschaftspolitischer Demutshaltung gegenüber dem Markt hinter sich, in denen

96 Bofinger, Habermas, Nida-Rümelin 2012

seine hauptsächlichen wirtschaftspolitischen Aktivitäten aus Steuersenkungen, Um- und Abbau des Sozialsystems, Deregulierung und konjunkturpolitischer Enthaltensamkeit bestanden. Er muss nun eine neue, aktivere Rolle finden, an dem sich die Akteure orientieren können.“⁹⁷

Dementsprechend lautet sein zentrales Versprechen: „Wohlstand für alle ist möglich. Aber dafür brauchen wir das Primat demokratischer Politik über die Märkte, einen starken Staat und gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen“. Zentrale Wert und Topoi ist soziale Gerechtigkeit, vor allem im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität. „Regulierung“ ist als Begriff im Sinne einer demokratischen Gestaltung der Wirtschaft positiv besetzt.

Diskurs „Grünes Wachstum“

Der Diskurs „Grünes Wachstum“ ist eine vergleichsweise junge Synthese bzw. Diskursallianz aus Elementen der Diskurse „Made in Germany“ und des ökologischen Nachhaltigkeits-Diskurses der 70er bis 90er-Jahre. Er rückt das Problem der drohenden Klimakatastrophe und der ökologischen Belastung der Welt ins Zentrum, sieht aber die Lösung weniger im Konsumverzicht oder in alternativen Gesellschaftsmodellen und Lebensstilen, sondern vor allem (zumal im globalen Maßstab) in technologischer Innovation. Der Diskurs wird unter Leitbegriffen wie „Grünes Wachstum“, „Green New Deal“ oder „ökologische Industriepolitik“⁹⁸ geführt. Prinzipiell sei die Vereinbarung von Marktwirtschaft und globaler ökologischer Nachhaltigkeit nicht nur möglich, sondern marktwirtschaftliche Innovation sei der zentrale Weg, um Wohlstand für eine wachsende Weltbevölkerung zu ermöglichen. „Grünes Wachstum ist im Wesentlichen das Produkt hoher (und im Vergleich zu heute) steigender Investitionen und einer höheren Innovationsgeschwindigkeit.“⁹⁹ Allerdings wird es als Aufgabe des Staates angesehen, Anreize und Regulierungen einzusetzen, um die nötigen technologischen Pfadwechsel – hin zu mehr Ressourceneffizienz und erneuerbaren Energien – zu realisieren. Erforderlich seien „grundlegende Veränderungen der Produktionsweise“ und eine „Effizienzrevolution“.¹⁰⁰ Argumentativ verfolgt werden zwei Stränge, die in ihrem Zusammenwirken in das Versprechen einer „doppelten Dividende“ münden: Zum einen sollen im internationalen Wettbewerb neue Produkte und Märkte zur Sicherung des Standorts und zum Erhalt bzw. zur Schaffung

97 Horn 2011, S. 253

98 BMU 2006

99 Fücks 2013, S. 335

100 Lemb 2015, S. 19

von Arbeitsplätzen beitragen. Zum anderen sollen diese einen Beitrag zu Lösung der ökologischen Problemlagen leisten und durch die Steigerung der Ressourcenproduktivität auch neue Verteilungsspielräume eröffnen. Deutschland und Europa wird daher im globalen Wettbewerb eine „ökonomische Spezialisierungsstrategie“ empfohlen, die auf eine Innovations- und Marktführerschaft bei Umwelttechnologien, Ressourcenproduktivität und deren Anwendung abzielt. Der Topos des „ökologischen Marktversagens“ legitimiert Eingriffe zugunsten eines ökologischen Strukturwandels. Einige Protagonisten dieses Diskurses hegen jedoch eine Skepsis gegenüber großindustriellen Strukturen und Konzernen. Der Topos des „qualitativen“ oder inzwischen öfter auch „grünen Wachstums“ ist verbunden mit einer Hoffnung auf dezentrale, vernetzte Strukturen, wobei hier Übergänge zum ebenso ökologisch ausgerichteten Postwachstums-Diskurs bestehen. Andere Protagonisten wiederum grenzen sich von diesem Diskurs klar ab und charakterisieren ihn als „Seufzer einer akademischen Mittelschicht, die schon alles hat, was das Herz begehrt.“¹⁰¹

Diskurs „Maßvoller Wohlstand“

Dieser Diskurs steht für einen (wert-)konservativen Strang der Wachstumskritik. Seine Repräsentanten findet man weniger im politischen Raum im engeren Sinne, sondern wohl eher in ökologisch-konservativ orientierten Teilen des Bürgertums, der Kirchen, der Umweltverbände und der Unternehmerschaft. Im Zentrum dieses Diskurses steht ein „konservativer Postmaterialismus“, der seine Gesellschaftskritik aus der Perspektive eines sich als verantwortungsbewusst verstehenden Bürgertums formuliert. Materielle Bedürfnisse und Forderungen werden einer Kritik unterzogen, unabhängig davon, ob es sich um Lohnforderungen der Arbeitnehmer/innen oder die „Gier“ der Manager handelt: „Unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts werden sich viele Menschen damit abfinden müssen, für ihre Leistungen nicht in gewohntem Umfang materiell entlohnt zu werden.“¹⁰² Die Kritik trifft insofern sowohl die Protagonisten eines wachstumsfixierten Wirtschaftsliberalismus, als auch die Gewerkschaften, da beide als Interessengruppen angesehen werden, die einem nicht zukunftsfähigen industriellen Wachstumsmodell anhängen würden. In seiner skeptischen und kulturpessimistischen Ausrichtung weist er Verbindungslinien zu den alarmistischen Demografiediskursen (Kapitel 2.1) auf. „Es muss ein moralisches Prinzip unseres gesellschaftlichen und politischen

101 Fücks 2013, S. 140

102 Miegel 2010, S. 184

Verhaltens und Handelns geben, dass wir jetzt so leben und so entscheiden, damit unsere Nachkommen nach heutigem Erkenntnisstand nicht weniger Lebenschancen haben als wir heute...Dies gilt mit Blick auf die Überlastung der natürlichen Umwelt trotz aller Fortschritte im Umweltschutz gerade im eigenen Land. Es gilt ebenso für das Sozialsystem, für den Generationenvertrag in der Rentenversicherung, für die zulässige Höhe der Staatsverschuldung als Belastung für die Zukunft.¹⁰³ Ähnlich wie der Diskurs „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung“ appelliert dieser Diskurs an bürgerliche Tugenden und bürgergesellschaftliche Eigenverantwortung. Staatliche Regulierungen lehnt er nicht ab, will diese aber auf ein Mindestmaß reduzieren. An die Stelle von Wachstum und Materialismus müssten andere Maßstäbe für Wohlstand treten. Bezug genommen wird hier u. a. auf die so genannte „Glücksforschung“, der zufolge ein Zuwachs an materiellen Wohlstand nicht zu mehr Lebenszufriedenheit führe: „Materieller Wohlstand mag hilfreich sein, für das Lebensglück entscheidend ist er nicht. Infolgedessen ist beides unklug, für den Nichtreichen den Reichen zu beneiden und für den Reichen, sich für glücklicher zu halten.“¹⁰⁴ Auch werden andere Indikatoren für Wohlstand jenseits des BIP gefordert. Die Bedeutung von materiellen Wohlstand und Einkommen wird keineswegs negiert, aber relativiert. Die Gesellschaft müsse sich auf ein „Weniger“ einrichten und neue Maßstäbe und Werte entwickeln. Dabei sei es nötig, das menschliche Bedürfnis nach Anerkennung von materiellen Leistungsanreizen zu entkoppeln. In Zukunft müsse es mehr um „Lebenssinn“ gehen. Der Diskurs operiert mit einer Metaphorik der Krankheit und Abhängigkeit. Das Streben nach Wachstum wird als „Droge“, als „Rausch“ oder auch als „Sucht“ gesehen. Umgekehrt wird der Ausstieg aus dem „Wachstumsdrang“ verknüpft mit bürgerlichen Tugenden der Vernunft, der Verantwortung und des Maßhaltens. Bei aller Kritik an einem auf Wachstum programmierten und angewiesenen Kapitalismus wird jedoch keineswegs die marktwirtschaftliche Ordnung oder die aus ihrer Logik resultierende Ungleichheit infrage gestellt. Im Gegenteil: Aus dem im Prinzip skeptischen Menschenbild wird die Alternativlosigkeit einer auf Konkurrenz und Egoismus basierenden Marktordnung abgeleitet. Dementsprechend zielen die Forderungen auch weniger darauf ab, soziale Ungleichheiten im Rahmen einer nachhaltigen Ökonomie zu überwinden. Während der Umweltverbrauch zu verteuern ist, soll (Dienstleistungs-)Arbeit billiger werden, um Tätigkeiten stärker in den weniger ressourcenintensiven Bereich zu verlagern. Auch der Sozialstaat und dessen Mittelbedarf wird als Wachstumstreiber gesehen und daher kritisch hinter-

103 Glück 2006, S. 39

104 Höffe 2009

fragt. Da die Finanzierung des Sozialstaates auf Wachstum basiert, müsse dieser auf eine Basisabsicherung zurückgeführt werden.

Diskurs „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum“

Dieser Diskurs verbindet ein breiteres Spektrum von Konzepten, die das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsmodell grundlegend problematisieren und es zum Teil auch überwinden wollen.¹⁰⁵ Im Gegensatz zu seinem konservativen wachstumskritischen Gegenspieler ist dieser Diskurs deutlich basisdemokratischer, egalitärer und stellt nicht nur den Wachstumszwang infrage, sondern geht „tiefer“. Getragen wird der Diskurs von einem recht bunt gefächerten Spektrum aus dem parteipolitischen Raum, den Umweltverbänden und Kirchen über globalisierungskritische NGOs bis zur wachstums- und kapitalismuskritischen Wissenschaft. Der zentrale Ausgangspunkt sind die ökologischen Grenzen des Wachstums, die Endlichkeit der Ressourcen, die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Senken und die Einsicht, dass das vorherrschende Wirtschaftsmodell nicht für eine wachsende Weltbevölkerung verallgemeinerbar sei. „Zukunftsfähigkeit bedeutet deshalb, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.“¹⁰⁶ Darüber hinaus wird diese Sichtweise stärker als in allen anderen dargestellten Diskursen mit einer Kritik an verschiedenen Herrschaftsverhältnissen zwischen den Nationen, Klassen und Geschlechtern sowie des Menschen gegenüber der Natur verknüpft. Ein zentraler Topos ist auch hier der „Wachstumswahn“: „Das Versprechen von herrschender Seite, dass alles sich zum Besseren wenden wird, lautet weiterhin: Wachstum, Wachstum, Wachstum.“¹⁰⁷ Die Wachstumsorientierung stehe einerseits der absehbaren Endlichkeit der natürlichen Ressourcen („Peak Everything“) entgegen, sei aber andererseits auch für die Übernutzung menschlicher und sozialer Ressourcen (Statuskonsum, soziale Unterschiede, Konkurrenzdenken, Stress und Burnouts) verantwortlich.¹⁰⁸ Im klaren Gegensatz zum Diskurs „Grünes Wachstum“ formuliert dieser Diskurs erhebliche Zweifel, ob die Bewältigung der ökologischen Herausforderung im gegenwärtigen Wirtschaftssystem möglich ist. Zum einen wird der Wachstumszwang als ein Problem gesehen, das der Logik des Kapitalismus an sich entspringe. Zum anderen wird kritisch diskutiert, ob eine nachhaltige Wirtschaft mit

105 vgl. Adler/Schatzschneider 2010

106 BUND/Brot für die Welt/EED 2008, S. 91

107 Brand 2014

108 Skidelsky/Skidelsky 2012

dem Ansatz einer ökologischen Effizienzsteigerung oder eine relative Entkopplung von Wachstum und Ressourceneinsatz möglich ist, da so genannte Rebound-Effekte (Einsparungen führen zu höherem Konsum) die Folge seien. Als nicht zukunftsfähig wird eine Gesellschaft angesehen, die durch Konsumismus und Individualismus geprägt sei. An Stelle des im BIP gemessenen Wachstums sollen andere Maßstäbe für Wohlstand treten. Wie auch im Diskurs „Maßvoller Wohlstand“ wird der abnehmende Grenznutzen materieller Güter betont bzw. dass ein Zuwachs an materiellem Wohlstand keinen Glückszuwachs ermögliche. Zugleich wird jedoch in gesellschaftlichen Unterschieden ein wesentlicher Treiber für Status- und Luxuskonsum gesehen. In diesem Diskurs kann „Gutes Leben“ bzw. eine glückliche und nachhaltig lebende Gesellschaft daher nur unter der Voraussetzung einer größeren sozialen Gleichheit entstehen. So sieht Jackson im „Abbau sozialer Ungleichheit“ ein strategisches Kernelement.¹⁰⁹ Es gehe daher nicht um ein „Mehr“, sehr wohl aber um eine gerechtere Verteilung. Eine grundlegende – so ein zentraler Topos – „Transformation“ des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsmodells einschließlich seiner soziokulturellen Grundlagen hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise sei unausweichlich. „Wenn man also die Frage nach notwendigen Transformationen in Wirtschaft und Gesellschaft stellt, geht es um nichts Geringeres als um die Frage, ob sich der zivilisatorische Standard, den die Menschen in den frühindustrialisierten Gesellschaften erreicht haben, bewahren lässt oder nicht.“¹¹⁰ Ausgehend von der politischen Transformationstypologie von Wright wird in diesem Diskurs vor allem die staatsferne „Transformation durch Freiräume“ im Sinne bewusst entwickelter „Formen gesellschaftlicher Organisation, die von den herrschenden Macht- und Ungleichheitsstrukturen abweichen“ vertreten.¹¹¹ Aufgrund seiner Ursprünge und Verwurzelung v.a. in den Neuen sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Alternativmilieus ist dieser Diskurs geprägt durch zumindest eine Skepsis gegenüber staatlicher Bürokratie (auch als Herrschaftsapparat) und setzt auf gesellschaftliche Selbstorganisation. Eine große Hoffnung wird darauf gesetzt, einen alternativen Sektor der sozialen und solidarischen Ökonomie zu stärken, vom dem wiederum diskursive Wirkungen auf die Gesellschaft ausgehen sollen. Mit Blick auf die Arbeitsgesellschaft besteht hier eine gewisse Kongruenz mit dem Diskurs vom „Ende der traditionellen Erwerbsarbeit“.

109 Jackson 2011, S. 160

110 Sommer/Welzer 2014, S. 24f.

111 Wright 2017, S. 439

2.3 Diskurse über die Demokratie

Im Zuge des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Wandels der letzten Jahrzehnte hat sich auch eine intensive Debatte über die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems entwickelt. Die Auseinandersetzung über den Zustand und die erwünschte Reichweite der Demokratie ist immer auch ein Konflikt über Menschenbilder, Wertvorstellungen, Gesellschaftskonzepte und nicht zuletzt soziale Interessen. So hängt die Bewertung einer etwaigen „Krise der Demokratie“ u. a. davon ab, ob eher ein minimalistisches oder maximalistisches Verständnis von Demokratie vertreten wird.¹¹² Zugleich stellt sich die Frage, was der vermeintliche Normalzustand der Demokratie ist. Referenzpunkt der Demokratiediskussion sind häufig die 1970er Jahre mit höherer Wahlbeteiligung, höheren Mitgliederzahlen in den (Volks-)Parteien und einer höheren Zufriedenheit mit den politischen Institutionen. Die verschiedenen Demokratie-Diskurse verhandeln zugleich zentrale andere Entwicklungen und Widersprüche, die sich auf den Zustand des demokratischen Systems auswirken.

Dies ist erstens die grundsätzliche Spannung zwischen globalisierter Ökonomie und Demokratie bzw. die Frage, inwieweit demokratische Institutionen noch in der Lage sind, kapitalistische Marktwirtschaften in demokratische Spielregeln „einzubetten“. So steht – in Überschneidung mit den globalisierungskritischen Diskursen (Kapitel 2.1) – die These im Raum, dass die globale Wirtschaftsverfassung in erster Linie die Interessen der Privatwirtschaft schütze¹¹³ bzw. wir es mit einer „Entdemokratisierung des Kapitalismus“ mittels Entökonomisierung der Demokratie“ zu tun haben.¹¹⁴ Zugleich hat mit der Verlagerung von Entscheidungsprozessen auf supranationale Institutionen und Staatenverbünde (wie der Europäischen Union) die Komplexität politischer und demokratischer Prozesse zugenommen und für viele Bürger intransparenter gemacht. Ebenso undurchschaubar sind internationale Governance-Strukturen, die zwar durchaus die Einflussnahme von Interessengruppen ermöglichen, aber demokratisch nur schwach legitimiert und für Bürger kaum transparent sind. Die Entkopplung von Ökonomie und Demokratie wird mit der populären These einer „Postdemokratie“¹¹⁵ auf einen Nenner gebracht. Wichtige Elemente der Postdemokratie-Diagnose, sind die Dominanz der „Märkte“ über die Demokratie, die Zunahme von Machtasymmetrien in der Gesellschaft, die

112 Schäfer 2015, S. 14

113 Fischer-Lescano/Möller, 2012, S. 32

114 Streeck, 2013, S. 28

115 Crouch 2008

wachsende „Inszenierung“ von Politik und der Legitimationsverlust politischer Institutionen.

Die Postdemokratie-These verweist somit auch auf einen zweiten Problemkreis, der als „Krise der Repräsentation“ bezeichnet wird und der sich zum Beispiel in niedrigen Wahlbeteiligungen oder auch einem Vertrauensverlust der politischen Institutionen oder „der Politik“ allgemein äußert. Diagnostiziert wird ein „Ende einer konkurrenzdemokratischen Epoche, in der Wahlen das zentrale Legitimationsmoment für das Handeln der Repräsentanten stiften konnten.“¹¹⁶ Die Ursachen werden sowohl auf Seiten der Repräsentierten als auch auf Seiten der Repräsentanten gesehen. Auf der einen Seite führen Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft zu einer „neuen Ära der Partikularität“.¹¹⁷ So hat die „mechanische“ Identifikation mit Parteien qua Herkunft, Milieu oder Glaube abgenommen. Auch das persönliche Engagement wird reflexiver. Man reiht sich nicht mehr „passiv“ in den großen Zug der Stellvertreterpolitik ein, sondern will sich auch selbst verwirklichen und über eigene Handlungsspielräume verfügen. In jüngerer Zeit waren die Proteste gegen den Bau eines Bahnhofs („Stuttgart 21“), die von einem breiten Spektrum an Bürgern getragen wurden, denen man bislang ein solches Engagement nicht zugeschrieben hatte, Auslöser der Diskussion über erweiterte Beteiligungsansprüche von Bürgerinnen und Bürgern. Verstärkt wurde dies durch das zwischenzeitliche Hoch der Piratenpartei, die u. a. mit dem Anspruch auf „Transparenz“ antraten und mit der „liquid democracy“ einen neuen durch digitale Technologien beförderten beteiligungsorientierten Demokratie-Ansatz ins Gespräch brachten. Blühdorn wiederum geht von einem „Wandel der Partizipation“ aus, die nur einen geringen Aufwand machen dürfe, individualistisch, themenbezogen und spaßbetont sei.¹¹⁸ Die „Politisierung des Privaten“¹¹⁹ wird als Reaktion auf die Entpolitisierung der Ökonomie gewertet. Zugleich ist eine soziale Selektivität demokratischer Beteiligung festzustellen. Gerade sozial benachteiligte Gruppen beteiligen sich weniger an Wahlen und noch weniger an anderen Angeboten demokratischer Beteiligung.¹²⁰ In diesem Zusammenhang wird auch die Entkopplung zwischen politischen Entscheidungsträgern und bestimmten sozialen Gruppen und Interessen thematisiert. Diese Entkopplung äußere sich im Mitgliederrückgang v.a. der „Volksparteien“, der Verwendung einer politischen „Plastiksprache“, aber vor allem darin, dass die Breite der sozialen Interessen nicht mehr politisch repräsentiert werde.

116 Michelsen/Walter, 2013, S. 146

117 Rosanvallon 2010, S. 78

118 Blühdorn, 2013, 190ff.

119 Michelsen/Walter, 2013, S. 93

120 Schäfer 2015

Kritische Theoretiker wie Colin Crouch oder Chantal Mouffe sehen einen Mangel an (parti-)politisch ausgetragenen Konflikten und fehlenden Gegenkräften, die sich der entdemokratisierenden Dynamik des Kapitalismus entgegenstellen. Ihre Kritik richtet sich in besonderer Weise gegen die Sozialdemokratie, die ihrer historischen Rolle und Verantwortung nicht mehr hinreichend nachkomme.¹²¹ Walter und Michelsen diagnostizieren eine „Erschöpfung des Ideals der politischen Gleichheit auf Input- und Outputseite“.¹²² Auch Hartmut Rosa greift dieses Thema in seiner komplexen Resonanztheorie auf: „Die zivilgesellschaftliche Frontlinie verläuft nicht mehr zwischen links und rechts oder zwischen religiös und säkular oder zwischen ökologisch und technizistisch, sondern zwischen ‚Bürgern‘ und ‚Politik‘ und sie lässt sich meines Erachtens kaum anders deuten denn als Ausdruck eines doppelten Resonanzverlustes.“¹²³

Der dritte Themenkreis knüpft an der Repräsentationskrise an und wirft die Frage der „Qualität“ der demokratischen Auseinandersetzung auf, die sich vom Ideal einer sachlich-rationalen und argumentativen Aushandlung entferne. Wesentliche Stichworte sind hier auf der einen Seite die mediale Vereinfachung¹²⁴ und Personalisierung¹²⁵ von Politik. Auch würden bestimmte neue Beteiligungsformen nur das Gefühl von Beteiligung vermitteln, sie seien aber in Wirklichkeit Ausdruck einer „simulativen Demokratie“.¹²⁶ Während auf Seiten der Repräsentanten also eine Zunahme an „Inszenierung“ beklagt wird, werden auf Seiten der Repräsentierten „antipolitische“ Orientierungen und Stimmungen ausgemacht. Es entstünde eine „aggressive Antipolitik“¹²⁷, die der etablierten Politik mit einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüberstehe. Das „Verschwörungsdenken“ werde zum festen Bestandteil der westlichen Kultur.¹²⁸ Dies werde durch die „Filterblasen“ und Empörungswellen der digitalen Kommunikation in sozialen Netzwerken verstärkt (siehe Kapitel 3 – Diskurs „Gesellschaftliche Differenzierung“): „Die Interaktion von Bürgern, wenn ein virales Online-Gerücht auf Facebook oder Twitter losgetreten wird, hat genug Potenzial, die Gesellschaft in einen neuen Zustand von Misstrauen und Wut zu versetzen.“¹²⁹ Norbert Bolz sieht in dieser Entwicklung eine Reaktion auf die „political correctness“ u. a. der Massenmedien: „Die in den Feuilletons

121 Crouch 2008, Mouffe 2007

122 Michelsen/Walter 2013, S. 106

123 Rosa 2016, S. 307

124 Vgl. Dörner 2001

125 Vgl. Rosanvallon 2016

126 Blühdorn 2013

127 Michelsen/Walter 2013, S. 46

128 Saint Victor 2015, S. 24

129 Hofstetter 2016, S. 219

entfaltete Polemik gegen das Postfaktische führt da kaum weiter, denn sie ist im Mythos von den unbezweifelbaren Fakten befangen. Fakten, Daten und Informationen gibt es nicht einfach – sie werden gemacht. Fakten sind immer das Produkt von Selektionen, die auch anders hätten ausfallen können.¹³⁰ Andere Zeitdiagnosen wiederum – und hier schließt sich der Kreis der drei genannten Entwicklungen – sehen einen Zusammenhang zwischen dem postdemokratischen Verlust ökonomischer Handlungskompetenz der Nationalstaaten und einer „großen Regression“¹³¹ im Sinne populistischer Anrufungen nationaler Eigenständigkeit, wirtschaftsnationalistischen Diskursen und kulturell begründeten Grenzziehungen zwischen einem inneren nationalen „Wir“ einem äußeren „Die“: „Die Geschichte lehrt, dass um die Restitution traditionell gewährter Rechte kämpfende Gegenbewegungen progressive Erzählungen und inklusivere, auf Mitbestimmung ausgerichtete Visionen hervorbringen, sich aber auch auf regressivere Modelle und exklusive, plebiszitäre Ideen stützen können.“¹³²

Mit Blick auf die Demokratiedebatte der letzten Jahre lassen sich im Großen und Ganzen fünf Diskurse unterscheiden.

Diskurs „Liberale Marktbürgerdemokratie“

Kerngedanke dieses Diskurses ist, dass Staat und Wirtschaft getrennte Sphären darstellen und sein „Versprechen“, dass das „Heraushalten“ der Politik aus wirtschaftlichen Prozessen und eine zurückhaltende Garantie von sozialen Rechten die individuelle Freiheit sichere. Er ist damit quasi die demokratiepolitische Entsprechung des wirtschaftspolitischen Diskurses der „Marktfreiheit“. Während im Staat politische Bürgerrechte bestehen, gelte dies für die Wirtschaft nicht. Hier wird das Eigentum als bürgerliches Recht geschützt. Ein zentraler Topos ist die „Freiheit“, die hier als negative Freiheit vor staatlichen Eingriffen in Bürgerrechte und Marktprozesse gemeint ist. Der freie Handel wird als die „Natur“ des Menschen angesehen und alle Eingriffe als „künstlich“. Dieser Freiheitsbegriff ist eng mit der Idee des Besitzindividualismus verknüpft, die wiederum tief bis ins Denken des 17. Jahrhunderts verwurzelt ist.¹³³ Sie basiert auf naturrechtlichen Vorstellungen, denen zufolge das Privateigentum des Individuums jeder Gesellschaft vorausgeht. Das Privateigentum ist das „natürliche“

130 Bolz 2017, S. 20

131 Vgl. die Beiträge in Geiselberger 2017

132 Della Porta 2017, S. 60

133 Vgl. Macpherson 1967

Ordnungsprinzip, auf dem Gesellschaft aufbaut. Vertreten wird also das Konzept einer „schwachen Demokratie“. ¹³⁴ Als Gegenbild zur „Freiheit“ wirkt der Topos des „Zwangs“. So beschrieb schon Milton Friedman den Staat in seiner Schrift „Kapitalismus und Freiheit“ als „Zwangsjacke“. ¹³⁵ Politische Rechte können in diesem Diskurs eine starke Rolle spielen, allerdings im Sinne von negativen politischen und bürgerlichen Freiheiten und weniger als positive soziale Rechte. Ob jedoch politische Rechte in Anspruch genommen werden oder nicht, ist diesem Diskurs zufolge ebenso „Privatsache“. Propagiert wird ein „Staat ohne Ideen“. ¹³⁶ Es sei nicht Aufgabe des Staates, kollektive Interessen zu organisieren oder „erzieherisch“ tätig zu werden. Dies sei „Bevormundung“ oder „Volksbeglückung“. In seiner Extremform nimmt dieser Diskurs eine radikal-libertäre Ausrichtung an, die sämtliche Einmischung in „Privatangelegenheiten“ ablehnt. Mit einem schwer auflösbaren Widerspruch ist dieser Diskurs allerdings dann konfrontiert, wenn diese „Privatangelegenheiten“ sich gegen vermeintliche wirtschaftliche Notwendigkeiten richten. Dann werden Bürgerproteste als „Wachstumsbremse“ angesehen. ¹³⁷

Diskurs „Soziale Demokratie“

Der klassische Gegenspieler der Liberalen Marktbürgerdemokratie ist der Diskurs der „Sozialen Demokratie“. In einer engen Definition wird darunter die Programmatik der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien verstanden. Als Demokratie-Diskurs ist dieser aber darüber hinaus wirksam und umfasst als Repräsentanten u. a. auch die Gewerkschaften, christliche Soziallehren und diesen Akteuren nahestehende Wissenschaftler und Intellektuelle. Dementsprechend deckt er sich in großen Teilen mit dem wirtschaftspolitischen Diskurs „Gerechte Verteilung und soziale Regulierung“ (siehe Kapitel 2). Der Sozialen Demokratie geht es nicht um eine Zurückdrängung des Staates, sondern um seine Stärkung und die Demokratisierung auch der wirtschaftlichen Sphäre. Ein Topos ist der „handlungsfähige Staat“. Sein Versprechen ist politische Gleichheit und Teilhabe durch soziale Bürgerrechte. Im Gegensatz zu den meisten der anderen hier aufgeführten Demokratie-Diskursen geht es hier nicht in erster Linie um Formen und Prozesse bzw. Beschränkungen oder Ausweitungen der Demokratie, sondern um ein gesellschaftspolitisches Programm, das eng mit anderen Policy- und Paradigmen-Diskursen (v.a. der

¹³⁴ Barber 1994

¹³⁵ Friedman 2004

¹³⁶ Michéa 2014, S. 35

¹³⁷ Handelsblatt vom 5.4.2012

Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik) verknüpft ist. Dieser Diskurs erkennt die Errungenschaften der bürgerlichen und politischen Bürgerrechte an, will diese aber um soziale Bürgerrechte erweitern¹³⁸ bzw. die bestehenden sozialen Rechte verteidigen. Dieser Diskurs ist stärker als die anderen Diskurse geprägt durch einen „neorepublikanischen Geist“¹³⁹, der politische Gleichheit als normatives Ziel vertritt und Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nicht als isolierte Einzelne, die nur ihre Interessen vertreten ansieht. Demokratie sei nicht nur eine Regierungs-, sondern eine „Lebensform“.¹⁴⁰ Der Topos der „politischen Gleichheit“ zielt nicht nur auf die formelle Rechtsgleichheit ab, sondern auch auf die Voraussetzungen demokratischer Teilhabe (u. a. Bildung). Er propagiert nicht die normative Neutralität des Staates, sondern es sei dessen Aufgabe, Institutionen zu schaffen, die politische Gleichheit und gemeinwohlorientiertes Verhalten befördern. Insofern ist dieser Diskurs auch derjenige unter den Demokratie-Diskursen, der eine positive Begründung der kollektiven Vertretung von Arbeitnehmerinteressen sowie wirtschaftsdemokratischer Errungenschaften wie der Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb vornimmt. Gleichwohl sind einige Repräsentanten dieses Diskurses zurückhaltender gegenüber komplizierten Wahlverfahren, der Ausweitung direktdemokratischer Verfahren oder neuer Beteiligungsformen, gerade weil die Voraussetzungen der demokratischen Beteiligung ungleich verteilt sind: „Deliberative Demokratie lindert nicht die destruktiven Oligarchisierungsprozesse, sondern beschleunigt sie.“¹⁴¹

Diskurs „Expertendemokratie“

Die Lösung komplexer Probleme kann am besten mit unabhängigem Sachverstand sowie einer starken Exekutive gelöst werden. So in etwa lautet das „Versprechen“ des Diskurses der Expertendemokratie. Dieser Diskurs sieht in der Pluralität von Interessen und Meinungen und daraus resultierenden Blockaden ein Problem für „effiziente“ Lösung von „objektiven“ Problemen. Zum einen findet dieser Diskurs seinen politischen Ausdruck in „unabhängigen“ Institutionen wie Zentralbanken oder in strategischen Entscheidungen wie zum Beispiel der Einrichtung von Expertenkommissionen, die auch dem Zweck dienen, bestimmte Entscheidungen an parlamentarischen Mehrheiten vorbei zu legitimieren und durchzusetzen. Andere Beispiele sind Krisen-Expertokratien wie die Einrichtung von

138 Vgl. Marshall 1992

139 Schäfer 2015

140 Negt 2010

141 Merkel 2015, S. 192

parteilosen „technischen Regierungen“ in Italien oder die Einrichtung der „Troika“ aus EU-Kommission, EZB und IWF im Zuge der Eurokrise. Um „objektive“ Probleme zu lösen, werden zuweilen autoritäre Lösungen in Betracht gezogen. So sieht Jorgen Randers, Autor des „neuen Berichtes an den Club of Rome „in der „langsamen Demokratie“ ein Hemmnis auf dem Weg zur Lösung globaler Probleme¹⁴² und erkennt Effizienzvorteile der chinesischen Regierung gegenüber den westlichen Demokratien.¹⁴³

Zum anderen verfügt dieser Diskurs auch über eine gesellschaftliche Basis und Resonanz. Sie kommt zum Ausdruck in populären Topoi „von unten“ wie dem Parlament als „Schwatzbude“ oder „von oben“ einer skeptischen Einschätzung der kollektiven Urteilsfähigkeit der „Massen“, die aufgrund ihrer Eigeninteressen, mangelndem Wissen oder ihrer Emotionen „nicht imstande sind, die Gemeinschaft zu regieren.“¹⁴⁴ Gerade wirtschaftliche Entscheider zeigen oft Unverständnis und Ungeduld gegenüber den Spielregeln und Mechanismen demokratischer Politik. Repräsentanten dieses Diskurses sind zudem Bürger, die aus ihrer Beruflichkeit einen Expertenstatus ableiten. Franz Walter nennt hier den Typus „pensionierter Ingenieur“ mit seinem „ingenieurkratischen Weltbild“. ¹⁴⁵ Aber auch in kritischen Milieus sei eine „Oligarchie von expert citizens“¹⁴⁶ anzutreffen. So dient der Verweis auf den Expertenstatus der Akteure in NGOs und Governance-Strukturen der Legitimierung der politischen Einflussnahme.

Diskurs „Bürgermacht“

Dieser Diskurs hat das Erbe des in den 70er und 80er Jahre im Zuge der Neuen Sozialen Bewegungen entstandenen Diskurses der „Basisdemokratie“ angetreten. Sein zentrales Versprechen ist die Stärkung der politischen Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat, wie es sehr deutlich in einem Zitat aus dem Buch „Bürgermacht“ von Roland Roth zum Ausdruck kommt: „Wenn in diesem Buch von Bürgermacht die Rede ist, geht es um veränderte Machtbalance zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und dem Staat auf der anderen, die zu einer Verbesserung der Qualität des politischen Gemeinwesens beitragen.“¹⁴⁷ Während der Diskurs in früheren Jahrzehnten eine Dominanz

142 Randers 2012a

143 Randers 2012b

144 Ortega y Gasset 1997, S. 7

145 Walter 2013, S. 312f.

146 Walter 2013, S. 311

147 Roth 2011, S. 251

linksliberaler und alternativer Milieus bzw. der Neuen Sozialen Bewegungen war, ist er inzwischen, sowie auch seine Protestformen und Forderungen (wie nach mehr direkter plebiszitärer Demokratie) auch in bürgerlich-konservativen sowie rechtspopulistischen Kreisen präsent. Daher ließe sich zu Recht fragen, ob es sinnvoll ist, von *einem* Diskurs zu sprechen. Gemeinsam ist diesen Teildiskursen der Topos der „Transparenz“, dem ein Misstrauen gegenüber wirtschaftlichen und staatlichen Akteuren und Prozessen zugrunde liegt. Gefordert wird ein Mehr an Offenlegung und Kontrolle. John Keane hat für diese Haltung den Begriff der „monitory democracy“ geprägt.¹⁴⁸ Die repräsentative Demokratie wird als unzureichend angesehen und müsse durch mehr direkte Bürgerbeteiligung und eine plebiszitäre Demokratie ergänzt werden. Neben den Neuen Sozialen Bewegungen ist beispielsweise die Hackerkultur eine weitere Quelle dieses Diskurses, auch weil das Internet neue Möglichkeiten der direkten Beteiligung bietet. Im Zuge der zwischenzeitlichen Popularität der „Piratenpartei“ wurde das Konzept der „liquid democracy“ propagiert. In seiner starken Betonung der negativen Freiheit weist dieser Diskurs durchaus eine Verbindung zum Diskurs der „liberalen Marktbürgerdemokratie“ auf. Gleichwohl geht es seinen Protagonisten nicht nur um den Schutz des „Privaten“, sondern sie zielen auf eine „Transformation von unten“¹⁴⁹ ab. Veränderung erfordere einen „Druck der Basis“ gegen die „Etablierten“. An dieser Stelle ist – wie erwähnt – jedoch zu betonen, dass dieser Diskurs zwei Pole aufweist. Am (tendenziell linksliberalen) Pol herrscht ein „starkes“ Demokratieverständnis vor. Beteiligung habe einen Wert an sich, weil sie die Qualität und Legitimität demokratischer Entscheidungen verbessere. Das Habermas'sche Ideal der Deliberation spielt hier eine wichtige Rolle. Gefordert wird beispielsweise eine Ergänzung der vermeintlich überholten repräsentativen Demokratie durch deliberative Verfahren und eine Einbeziehung der Bürger durch das Losverfahren.¹⁵⁰ Eine aktuelle parteipolitische Neugründung namens „Demokratie in Bewegung“ will die Parteiendemokratie nicht überwinden, aber das Prinzip der Partei erneuern: „Aber wir müssen auch Mitbestimmung neu denken. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist Demokratie zum Mitmachen: ein rund-erneuertes System von Mitbestimmung und Transparenz in der Politik“.¹⁵¹ Trotz der sehr expliziten Verwendung des Begriffs „Mitbestimmung“ fehlt der Bezug auf die Mitbestimmung in der Wirtschaft jedoch.

Der andere, autoritäre, Pol manifestiert sich v.a. in rechtspopulistischen und „antipolitischen“ Bewegungen, in denen eine starke Elitenverachtung

148 Keane 2009

149 Leggewie 2011, S. 118

150 Van Reybrouck 2016

151 <https://bewegung.jetzt/programm/>

u. a. durch Begriffe wie „Volksverräter“ oder „Lügenpresse“ zum Ausdruck kommt. Sie gelte es durch „das Volk“ zu „entmachten“. Gerade im Zusammentreffen von antipolitischen Bewegungen und Webaktivisten sieht Saint Victor eine neue politische Kraft, die das Misstrauen gegen die politischen Institutionen schüre.¹⁵² Das „richtende Volk“¹⁵³ vertrete eine „polizeiliche Vision von Demokratie.“¹⁵⁴ Viele jüngere Ausdrucksformen dieses Diskurses – wie z. B. die Bewegung gegen das Projekt „Stuttgart 21“ aber auch – sind zwischen diesen beiden Polen anzusiedeln. Dass der vermutete Beteiligungsanspruch jedoch nicht zwangsläufig gemeinwohlorientiert ist, demonstriert die Konjunktur des seit 2010 öffentlich verwendeten Begriffs des „Wutbürgers“, der im selben Jahr von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gekürt wurde. Auch wenn manche diesen Typus für eine bloße Erfindung von Kommentatoren¹⁵⁵ halten, so steht er symbolisch für tendenziell konservativen Bürgerprotest und eine NIMBY-Haltung.

Diskurs „Radikale Demokratie“

Gesellschaftlich eher randständig, aber mit einer gewissen Anziehungskraft auf kritische Teile der Intellektuellen und der jungen Generation ist der Diskurs der „radikalen Demokratie“, dessen Versprechen eine „echte“ oder „radikale“ Demokratie im Zuge einer Überwindung des Kapitalismus sowie eines Absterbens des Staates ist. Er steht in der Tradition anarchistischen Denkens und findet seinen aktuellen Ausdruck in Theorien wie dem Postoperaismus aber auch realen Bewegungen wie Occupy. An dieser Stelle soll es nicht darum gehen, die theoretischen Grundlagen und einzelnen Strömungen zu analysieren. Als Gemeinsamkeit lassen sich aber einige Topoi ausmachen. Erstens der Topos der „Staatsherrschaft“, demzufolge der Staat stets ein Instrument der herrschenden Klassen sei und es darum gehen müsse, die Marx'sche Vorstellung zu verwirklichen, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr untergeordnetes Organ zu verwandeln: „Demokratie ist antistaatlich oder gar nicht.“¹⁵⁶ Dies sei nur, so ein weiterer Topos, durch den „Aufstand der Vielen“ denkbar. Nötig sei die „rebellierende Demokratie als Aufstand des Volkskörpers gegen den Staatskörper.“¹⁵⁷ Hardt und Negri sehen in der

152 Saint Victor 2015, S. 33

153 ebd., S. 54

154 ebd., S. 68

155 Giesa 2011, S. 16

156 Abensour 2012, S. 12

157 ebd., S. 26

„Multitude“, einer Vielfalt von Singularitäten das zentrale Subjekt dieses Aufstands.¹⁵⁸ Dieser Aufstand müsse eine permanente Bewegung sein, um der Gefahr zu begegnen, dass sich neue Eliten und Herrschaftsstrukturen herausbilden. Nötig sei, so ein dritter Topos eine „Dezentrierung der Macht“. Erforderlich seien „neue Formen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kommunikativen Unabhängigkeit und Sicherheit, die es uns ermöglichen, das Modell der repräsentativen Demokratie zu überwinden.“¹⁵⁹

158 Hardt/Negri 2004

159 Hardt/Negri 2013, S. 14

3. Diskurse über die Digitalisierung

Der Großdiskurs über den Trend der Digitalisierung geizt nicht mit großen Worten. Die Rede ist vom neuen Zeitalter, der digitalen Revolution oder dem „Second Machine Age“.¹ Nicht selten werden die Giganten der digitalen Ökonomie in eine historische Linie mit den Schlüsseltechnologien der vorhergehenden industriellen Revolutionen gestellt (zum Beispiel: Googles Suchmaschine als Dampfmaschine des 21. Jahrhunderts). Der Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums sieht in dieser technologischen Revolution einen „in der Geschichte der Menschheit beispiellosen Vorgang“.² Auch Politiker können sich der Faszination der Digitalisierung nicht entziehen und heben sie in den Superlativ. So werden Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und EU-Kommissar Günter Oettinger mit der gemeinsamen Aussage zitiert: „In noch nie dagewesener Geschwindigkeit entwickelt sich die größte Revolution der Menschheit. Sie bedroht viele klassische Geschäftsmodelle. Die Digitalisierung kann so zum Scheideweg von etablierten Volkswirtschaften werden.“³

Der Begriff der „Digitalisierung“ beschreibt dabei einen Megatrend, der in alle gesellschaftlichen Sphären hineinwirkt. Er ist somit eine Chiffre für zahlreiche Entwicklungen, die im weitesten Sinne mit der digitalen Vernetzung von Menschen und Dingen zu tun haben. Die „Digitalisierung“ ist somit Gegenstand an Bedeutung gewinnender gesellschaftlicher Diskurse.

In den letzten Jahren haben viele journalistische Berichte sowie empirische Studien die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Wirtschaft analysiert. Ausgehend von Vorreiterbranchen wie der Musikindustrie wird die Prognose formuliert, dass sich kein Unternehmen bei Strafe des Untergangs dieser Entwicklung entziehen könne. Die Rede ist von „Schockwellen“, die in der Unternehmenswelt eine Branche nach der anderen er-

1 Brynjolfsson/McAfee 2014

2 Schwab 2016, S. 9

3 Stuttgarter Zeitung vom 2.12.2014

fasse.⁴ Auch ein Gutachten für den deutschen Juristentag 2016 zur „Digitalisierung der Arbeitswelt“ kommt zu der Einschätzung: „In jedem Fall steht aber außer Frage, dass die Digitalisierung zu tief greifenden Umbrüchen in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens führt.“⁵

Der Megatrend der Digitalisierung sowie die ihn verhandelnden Diskurse haben drei wesentliche Treiber. Der erste ist ein erheblicher Produktivkraftsprung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie weiterer Technologien, die in ihrer Kombination mit IKT neue Produkte, Dienstleistungen und Produktionsprozesse ermöglichen. Im Wesentlichen sind es fünf Entwicklungen, die dem Digitalisierungsschub zugrunde liegen.

- Die erhebliche und bislang exponentielle Leistungssteigerung der Informations- und Kommunikationstechnologie (Prozessoren, Speicher etc.)
- Neue bzw. weiter entwickelte Technologien wie der Smartphones, 3-D-Druck, die Sensorik, Aktorik,ameratechnik oder die Robotik
- Die Vernetzung von Menschen und Dingen im Internet und somit auch die Innovation durch Neukombination von Bestehendem („Internet of Everything“).
- Die durch die Rechenleistung sowie Fortschritte bei Algorithmen echte nutzbare künstliche Intelligenz.
- Sowie „Big Data“ oder „Smart Data“ also die Sammlung und Auswertung großer Datenmengen und Cloud Computing.

Der zweite Treiber hängt unmittelbar mit den technologischen Entwicklungen zusammen, die die Basis für neue Produkte, Dienstleistungen, Wertschöpfungsprozesse und Geschäftsmodelle sind, die aus der Kombination von Vernetzung (Internet der Dinge und Menschen) und Big Data entstehen. Produkte werden „smarter“, stärker auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten, teilweise über das Internet vernetzt und mit neuen Dienstleistungen kombiniert. Die Künstliche Intelligenz gilt als „Zeichen einer stillen Revolution, die fast alles verändern wird. Wie wir arbeiten, wie wir wohnen was wir essen und wie lange wir leben.“⁶

Produktionsprozesse werden durchgängig digitalisiert und vernetzt, was zunächst in Deutschland, inzwischen aber auch international mit dem Leitbild der „Industrie 4.0“ verbunden wird. Es bildet sich ein „globaler Informationsraum“ heraus, der Menschen in einer bislang nicht bekannten

4 Kreimeier 2015

5 Krause 2016, S. 9

6 Buchenau u. a. 2017

Qualität vernetzt und als Quelle für neue Produkte, Dienstleistungen, Wertschöpfungsprozess und des Zugriffs auf Arbeitskraft dient.⁷ Zugleich entstehen im Zuge der „Plattform-Ökonomie“ neue Geschäftsmodelle in „Alles oder nichts-Märkten“, für die drei Voraussetzungen benannt werden: Die Digitalisierung von Informationen, Gütern und Dienstleistungen (und damit sinkende Grenzkosten), Verbesserungen der Telekommunikation und im Transportwesen sowie gestiegene Bedeutung von Netzwerken und Standards.⁸ In diesen Märkten greift der ökonomische Netzwerkeffekt, demzufolge ein Produkt, eine Dienstleistung oder Plattform umso „wertvoller“ ist, je mehr Kunden diese nutzen. Ein Computerbetriebssystem stiftet mehr Nutzen, wenn möglichst viele Kunden es haben. Gleiches gilt für Handelsplattformen oder soziale Netzwerke. Diese Tendenz zur Herausbildung digitaler Monopole wird auch als „Winner takes all“-Phänomen beschrieben. Gerade in Dienstleistungsmärkten entstehen disruptive Angebote, die durch Nutzung von Big Data, individualisierte Werbung, die Einbindung von Konsumenten in die „Ökosysteme“ der Plattformen und effiziente Logistik „Reibungsverluste“⁹ zwischen Angebot und Nachfrage reduzieren.

Der dritte Treiber sind kulturelle Veränderungen, die in einer Wechselbeziehung mit den beiden ersten Treibern stehen. Die Digitalisierung verändert viele Bereiche der Gesellschaft – v.a. die zwischenmenschliche Kommunikation, die Medien, die Arbeitswelt und die Demokratie. Die Generation derer, die von Anfang an mit dem Internet und moderner IKT aufgewachsen sind, wird auch als „digital natives“ bezeichnet (Kapitel 2.1). Es bilden sich neue Kommunikationsformen und Konsummuster heraus, die wiederum auf die Entwicklung von Technologie, Produkten und Geschäftsmodellen zurückwirken. Die Rede ist von einer „Kultur der Digitalität“, die „historisch neue Möglichkeiten der Konstitution und der Verknüpfung der unterschiedlichsten menschlichen und nichtmenschlichen Akteure“ hervorbringt.¹⁰ Dies habe nicht nur zur Folge, „dass alte kulturelle Formen, Institutionen und Gewissheiten erodieren, sondern auch, dass sich neue herausbilden, deren Konturen schon recht deutlich zu erkennen sind, nicht mehr nur in Nischen, sondern in der Mitte der Gesellschaft.“¹¹

Während die hier kursorisch beschriebenen Treiber und Trends im Wesentlichen nicht bestritten werden, sind ihre Auswirkungen auf Wirt-

7 Boes u. a. 2015, S. 61

8 Brynjolfsson/McAfee 2014, S. 187

9 Staab 2016, S. 66

10 Stalder 2016, S. 18

11 ebd., S. 9

schaft, Gesellschaft und Demokratie Gegenstand verschiedener, teils antagonistischer, teils sich überlappender Diskurse.

Sie werfen eine Reihe wirtschaftlicher, aber auch juristischer und gesellschaftspolitischer Grundsatzfragen auf. In den Digitalisierungsdiskursen werden viele Themen und Widersprüche verhandelt, die auch zuvor in den skizzierten Megatrends und Diskursen über Wirtschaft und Demokratie angesprochen wurden. Es geht um Wachstum und Wettbewerb, um Macht und Beteiligung, um Verteilung und Gerechtigkeit, um Generationenverhältnisse, aber auch grundlegende ethische Fragen.

3.1 Diskurs „Gesellschaftsoptimierung durch Digitalisierung“

Maßgebliche Repräsentanten dieses Diskurses sind die Vordenker und Manager der Internetkonzerne. Insofern geht dieser Diskurs im Kern von den Innovationsprozessen und der Kultur des Silicon Valley aus. Das Silicon Valley ist zunächst einmal ein regionales Wirtschaftscluster, das über spezifische Standortvorteile verfügt. Dazu gehören der gewachsene Bestand an IT-Unternehmen und anderer High-Tech-Cluster, exzellente Universitäten (Stanford) mit hoher Talentdichte und Gründungstraining, eine dichte Struktur an Risikokapitalgebern und vor allem ein Innovationsmodell, das auf die schnelle Entwicklung von der Idee zum Produkt ausgerichtet ist. Zentrale, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch diskurspolitisch wirkmächtige Akteure dieses „Ökosystems“ sind die großen IT-Konzerne wie Google/Alphabet, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft („GAFAM“).

Die ideologischen Wurzeln sind aber vielfältiger und werden als „eigenartige Mischung aus esoterischem Hippie-Denken und knallhartem Kapitalismus“¹² beschrieben. Richard Barbrook und Andy Cameron nannten dies 1995 die „kalifornische Ideologie“: „Dieser neue Glaube entwickelte sich aus einer seltsamen Verschmelzung der kulturellen Boheme aus San Francisco mit den High-Tech-Industrien von Silicon Valley. Von Zeitschriften, Büchern, Fernsehprogrammen, Web Sites, News-Groups und Netzkonferenzen unterstützt, verbindet die kalifornische Ideologie klammheimlich den frei schwebenden Geist der Hippies mit dem unternehmerischen Antrieb der Yuppies. Diese Verschmelzung der Gegensätze wurde durch einen tief reichenden Glauben an das emanzipatorische Potenzial der neuen Informationstechnologien bewirkt. In der digitalen

12 Schulz, T. 2015a, S. 85

Utopie wird jeder gut drauf und reich sein.“¹³ Der Diskurs ist eine vergleichsweise neue und vielleicht eine der derzeit einflussreichsten Fortschrittserzählungen unserer Zeit.

Zur Selbststilisierung des „Valley“ gehört auch der ostentative Bruch mit den Arbeitsformen, Statussymbolen und Codes der traditionellen Wirtschaft, der sich zum Beispiel im schlichten grauen T-Shirt des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg symbolisiert, aber auch darin, eine Art besseren Kapitalismus befördern zu wollen: „Das großherzige Silicon Valley möchte das perfekte Gegengift zur Wall Street sein. Während Wall Street die Ungleichheit der Einkommen ständig vergrößert, trage das Silicon Valley dazu bei, die Ungleichheit des Konsums zu verringern. Das heißt, Sie verdienen vielleicht immer weniger als ihr reicher Nachbar, aber Sie beide zahlen auch weniger - und wahrscheinlich gar nicht - für die Musik auf Spotify, für die Suche bei Google oder für lustige Videos auf Youtube.“¹⁴ Die Codes und Stile des Silicon Valley wiederum erlangen auch hierzulande Einzug in die Geschäftswelt: „Überall im Land entstehen Labs, Denkfabriken, Taskforces. Mitarbeiter mit Wollmützen und Kapuzenpullis entern ergraute Bürogebäude.“¹⁵

Topos der Disruption und des guten Monopols: Ein Schlüsselbegriff und -topos ist der hierzulande erst seit einigen Jahren in der breiteren Diskussion verwendete Begriff der „Disruption“, also einer Innovation oder eines Geschäftsmodells, das bestehende Angebote weitgehend vom Markt verdrängt. Für Keese ist er das „Mantra des Silicon Valley“.¹⁶ Protagonisten dieses „neo-schumpeterianischen“ Diskurses machen wenig Hehl aus ihrer Verachtung des Alten und einer Innovation der kleinen Schritte. Sie kritisieren Bürokratien und Schwerfälligkeit, Risikoscheu oder Selbstgefälligkeit. Propagiert werden das Risiko und die ständige, radikale Innovation. Bestehende Institutionen und gesetzliche Regeln stünden dem Fortschritt im Weg und werden infrage gestellt. Zuweilen wird ein Gegensatz zwischen der vermeintlich bürokratischen und langsamen Innovation in Europa und dem „kalifornischen Weg“ gesehen. So stellt der Investor und Unternehmer Peter Thiel in seinem Buch „Zero to One“ auch mit Blick auf die Unterschiede zwischen dem Silicon Valley und Europa den „horizontalen gegen vertikalen Fortschritt“¹⁷ und „Design vor Evolution“.¹⁸ Neue Innovationsmethoden wie das Design Thinking haben ihren

13 <http://www.heise.de/tp/artikel/1/1007/1.html>

14 Morozov 2015

15 Kreimeier 2015

16 Keese 2014, S. 108

17 Thiel 2014, S. 12

18 ebd., S. 79

Ursprung im Silicon Valley. Breit vertreten wird das Konzept des „Minimal Viable Product“: Zunächst werden Produkte mit einer wesentlichen Funktion auf dem Markt gebracht, die Weiterentwicklung erfolgt dann im Markt. Das Winner-Takes-All-Prinzip wird zum Erfolgsprinzip der digitalen Wirtschaft erklärt. Ziel sei es, sich durch eine monopolistische Stellung, dem „perfekten Wettbewerb“ zumindest zeitweise entziehen zu können und so mehr Möglichkeiten zu haben, sich um Produkte und Mitarbeiter zu kümmern. „Kreative Monopolisten bieten ihren Kunden mehr und neuen Optionen, indem sie neue Kategorien schaffen. Sie bereichern die Gesellschaft nicht nur, sie sind auch Motoren des Fortschritts.“¹⁹ Der Anspruch der großen IT-Unternehmen wird in Superlativen formuliert. So bedeute die Google-Maxime des „10x“, dass alles was das Unternehmen mache, müsse „zehn Mal größer, besser, schneller sein als alles vorher Dagewesene.“²⁰ Die Beratungsfirma Infront nennt „fünf apokalyptische Reiter“ der Disruption:²¹

- Aus einem Produkt wird ein Service
- Der Kunde schafft Mehrwert
- Plattformen verdienen mit Daten
- Geschäfte werden entkoppelt
- Aus Massenware wird eine Individuallösung

Thiel nennt ähnliche Eigenschaften, bezieht sie jedoch auf die tendenziell monopolistische Stellung disruptiver Unternehmen: „Jedes Monopol ist einmalig, doch die meisten bringen eine Kombination aus den folgenden Eigenschaften mit: eigene Technologie, Netzwerkeffekte, Größenvorteil und Markenbildung.“²² Die Monopolbildung v.a. bei plattformbasierten Geschäftsmodellen ist ausdrücklich Strategie. „Unter ‚Monopol‘ verstehen wir diejenigen Unternehmen, die auf ihrem Gebiet so gut sind, das kein Konkurrent eine gleichwertige Alternative zu bieten hat.“²³ Dieses Winner-Takes-All-Prinzip und der Anspruch stets der „Beste“ zu sein gilt auch für die Personalrekrutierung. So formuliert Laszlo Bock, Personalchef bei Google die explizite Strategie, „die Besten“ zu gewinnen und den Anspruch, Google auch für den weltbesten Arbeitgeber zu halten.²⁴

Auch in Deutschland ansässige Plattformen übernehmen den Monopolanspruch und den „Sound“ der Unternehmen aus Kalifornien. So formuliert der Essenslieferant „foodora“ auf einer Jobplattform: „Wir sind ein

19 ebd., S. 36

20 Schulz, T. 2015a, S. 16

21 Capital 4/2015, S. 41

22 Thiel 2014, S. 50

23 ebd., S. 28

24 Bock 2016

junges Start-up aus Berlin, das als Lieferservice für exklusive Restaurants die Gastronomieszene erobert. Unser Ziel ist es, die weltweit größte Plattform für Lieblingslokale aufzubauen, denn wir glauben daran, dass Essen mehr als nur ein Grundbedürfnis ist (...) Für seine Restaurantpartner übernimmt foodora alle logistischen Herausforderungen einer eigenen Lieferflotte und ist dank der verkehrsunabhängigen Fahrradkurier besonders umweltfreundlich und schnell. Ein spezieller Algorithmus errechnet dabei die optimale Route zwischen den Restaurants und Kunden und ermöglicht es den Fahrern, den hektischen Großstadtverkehr zu umgehen.“²⁵

Topos der Optimierung der Gesellschaft und des Kundennutzens durch Vernetzung, Effizienz und Transparenz: Das Zitat des Lieferservices verweist auf einen weiteren Topos dieses Diskurses: es gehe stets um den Kunden und für diesen werde alles schneller, einfacher und besser. Mit Blick auf die Zwischenbilanz der Digitalisierung urteilt die Zeitschrift „Economist“, dass es bei den Arbeitnehmern zwar Gewinner und Verlierer gäbe, aber: „Consumers are clear winners“.²⁶ Neben der Technologie selbst ist daher die Optimierung des Vertriebs und der Logistik ein zentrales Thema.²⁷

Der Diskurs begründet einen Zusatznutzen für die Kunden durch neue Technologien, die eine neue Qualität der Transparenz und Effizienz schaffen. Ausgangspunkt ist dabei stets die Kritik an Ineffizienz und Intransparenz bisheriger Lösungen bzw. die unzureichende Perfektion des Menschen an sich, die es durch Technologie und Algorithmen zu optimieren gelte. Die Algorithmen gelten in diesem Diskurs als die Technologie, die mehr Transparenz und Effizienz ermögliche und so das Leben rationaler mache. Algorithmen würden den menschlichen Faktor ausschalten und so – zum Beispiel bei medizinischen Untersuchungen, Kreditvergaben oder der Vorauswahl bei Stellenbewerbern – eine größere Objektivität ermöglichen. Auch politische Institutionen und Regeln würden durch die neuen Möglichkeiten herausgefordert. So sehen Eric Schmidt und Cohen das „Internet als größtes Anarchismusexperiment aller Zeiten“²⁸ Es ermögliche „andere Formen der Beteiligung, eine stärkere Position gegenüber den Mächtigen und weitere Freiräume der Lebensgestaltung“²⁹

Das Internet bringe für die Kunden wesentliche Vorteile und mache sie unabhängiger. Es ermögliche mehr Menschen einen Zugang zu auch

25 <https://www.jobino.de/nebenjob/foodora-kurier/>

26 Economist vom 3.1.2015, S. 7

27 Thiel 2014, S. 125

28 Schmidt/Cohen 2013, S. 13

29 ebd., S. 18

neuen Produkten und Dienstleistungen. Die Kritik richtet sich gegen die alten „Gatekeeper“ wie dem traditionellen Einzelhandel, den TV-Sendern, den Verlagen und Zeitungen etc., die dem Kunden eine freie Auswahl vorenthielten und sie daher vom Markt zu verdrängen seien. Durch Technologie, so die Protagonisten, werden Menschen von überflüssigen Aufgaben entlastet. Sie hätten so die Möglichkeit, sich auf wesentliche Dinge zu konzentrieren. Nicht ohne Grund werden viele „Werkzeug-Apps“ zum Beispiel im App Store der Firma Apple in der Kategorie „Produktivität“ gelistet.

Dass die damit angestrebte „Transparenz“ nicht selten auf der Sammlung großer Datenmengen, auch persönlicher Daten, durch Unternehmen basiert, wird gar nicht bestritten. Den Kunden bringe es einen Mehrwert, weil sie so mehr über sich selbst erfahren (z. B. sämtliche „Self Tracking“-Angebote) und besser auf sie zugeschnittene Angebote erhalten bzw. ihr eigenes Verhalten optimieren könnten. So lobt Hal Varian, Chefökonom von Google neue Versicherungsmodelle: „Es gibt inzwischen kleine Geräte, die Sie an Ihr Auto anschließen können. Die messen dann, wie Sie fahren. Dadurch können Sie 20 Prozent Rabatt bekommen. Das heißt: Jetzt können die Leute einen Vertrag auf ihr Verhalten abschließen.“³⁰ Den Unternehmen wiederum ermögliche es, die Abwanderung der Kunden zu Wettbewerber zu verhindern, die über diese Daten nicht verfügen: „Die Unternehmen können Kunden enger an sich binden, denn je umfangreicher die gesammelten kundenspezifischen Nutzungsdaten, desto teuer wird es für den Kunden, den Anbieter zu wechseln“.³¹

In diesem Diskurs wird den Experten der Big Data-Analyse eine neue gesellschaftliche Rolle zugewiesen. Noch mal Hal Varian: „I keep saying the sexy job in the next ten years will be statisticians.“³² Und nicht wenige Experten halten eine theoriegeleitete Wissenschaft für überholt, weil die nun völlig neue Qualität verfügbarer Daten neue empirische Möglichkeiten biete. Angenommen wird, dass datenbasierte Prognosen das menschliche auf Erfahrungen und Intuition basierende Urteilsvermögen tendenziell ablösen. In Extremform kommt dies in den Prognosen einer bevorstehenden „Singularität“ bzw. des „Transhumanismus“ zum Ausdruck, wie sie der Wissenschaftler und „Director of Engineering“ bei Google, Ray Kurzweil, prognostiziert. Er sagt in etwa für das Jahr 2045 einen Strukturbruch in der Geschichte der Menschheit voraus, in der die exponentielle Entwicklung verschiedener Technologien so weit vorangeschritten sei, dass künstliche Intelligenz den Menschen überhole, es zu einer Verschmelzung

30 Varian 2014

31 Porter/Heppelmann 2014, S. 10

32 <https://www.youtube.com/watch?v=tm3lZJdEvCc>

von biologischer und technologischer Intelligenz komme und damit auch bisherige biologische Grenzen des Menschen überschritten werden können: „Vor Ablauf dieses Jahrhunderts wird der Mensch seine Stellung als das intelligenteste und leistungsfähigste Wesen auf Erden verloren haben.“³³

Topos der Vernetzung und Gemeinschaftlichkeit: Ein Leitbild ist die Vernetzung aller Menschen auf der Welt, der auch eine zivilisierende Kraft zugeschrieben wird. So sagt Facebook-Gründer Mark Zuckerberg: „Indem wir es möglich machen, dass Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund einfach in Kontakt kommen und ihre Ideen teilen können, können wir kurz- und mittelfristig die Konflikte in der Welt beseitigen.“³⁴ Ein Schlüsselbegriff, der die Plattform-Ökonomie mit veränderten Ansprüchen der Konsumentenseite verbindet, ist die „Share Economy“ oder auch „Sharing Economy“. Ihre Ursprünge liegen in vor-digitalen Konzepten der Tauschwirtschaft, in der solidarwirtschaftliche Ideen und das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit („Teilen statt Besitzen“) eine wesentliche Rolle gespielt haben. Daher ist auch umstritten, ob der Begriff der Sharing Economy auf diese Geschäftsmodelle angewendet werden sollte.³⁵

Topos der Post-Privacy: In der aktuellen Diskussion zwischen der Herstellung von Transparenz und den Schutz der Daten und der Privatsphäre stehen die Protagonisten dieses Diskurses weitgehend auf der Seite derer, die sich für ersteres aussprechen. Ein Beispiel ist die Vision der mit dem Internet und Big Data vernetzten Brillen: „In Zukunft kann man Fremde identifizieren und etwas über ihren Hintergrund erfahren, noch während man mit ihnen spricht“, so Michio Kaku.³⁶ Bürger könnten so auch zu Richtern ihrer Mitbürger werden: „Je mehr Daten über jeden Menschen verfügbar sind, umso stärker wird dieser Trend“.³⁷ Um diese Form der Datensammlung und -verwendung zu legitimieren, wird ein kultureller Bruch begründet. Die Rede ist vom „Ende der Privatsphäre“ oder einer Ära des „Post-Privacy“. Jeff Jarvis spricht von der „Generation G“ (für Google), deren Ethik der Privatsphäre sich radikal verändert habe.³⁸ Auch die „Quantified Self“ Bewegung dient als Beleg für den kulturellen Wandel. Zwar wird zugestanden, dass es eine „schmerzhaftes Übergangsphase“³⁹, für

33 Kurzweil 2016, S. 20

34 zitiert nach Morozov 2013, S. 483

35 Slee 2016

36 Kaku 2014, S. 46

37 Schmidt/Cohen 2013, S. 87

38 Jarvis 2009, S. 386

39 Schmidt/Cohen 2013, S. 89

Bürger gäbe, die unangenehme Informationen und „Fehlritte“ gerne verbergen würden. „Wenn es Dinge gibt, von denen Sie nicht wollen, dass irgendjemand etwas darüber erfährt, dann sollten Sie so etwas nicht tun“, so Eric Schmidt.⁴⁰ Nötig sei ein Gesellschaftsvertrag, in dem Bürger freiwillig auf „einen Teil ihrer Privatsphäre verzichten“.⁴¹ Es gehe um einen Tausch Einfluss gegen Privatsphäre.

3.2 Diskurs „Industrie 4.0 und smarte Produktion“

Teils herausgefordert, teils auch beeindruckt vom „Silicon Valley“ hat sich vor allem zunächst in Deutschland ein eigener Diskurs etabliert, der sich am spezifischen industriell geprägten ökonomischen Entwicklungspfad orientiert und die traditionelle Erfolgsstory unter dem Label „Made in Germany“ in das Digitalzeitalter zu überführen verspricht (siehe Kapitel 3-Diskurs „Made in Germany“). Der Industrie 4.0-Diskurs ist quasi die deutsche industriepolitische Antwort auf den Diskurs „Gesellschaftsoptimierung durch Digitalisierung“. Ihm geht es weniger um neue Leitbilder von Gesellschaft und Menschheit, sondern sein Versprechen heißt eher „Prozessoptimierung, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung“. Der diskurspolitische Schlüsselbegriff lautet „Industrie 4.0“ und bezeichnet eine bevorstehende vierte industrielle Revolution. Er wurde im Kontext der Forschungsunion der Bundesregierung geprägt und hat seitdem eine steile Karriere gemacht. Insofern kann dieser Begriff auch als ein Beispiel für eine erfolgreiche strategische Diskursführung gewertet werden. Der Erfolg des Begriffes liegt – neben einer geschickten Vermarktung – vermutlich darin, dass ihm eine Dialektik von „alt“ und „neu“ innewohnt. Dabei wird die folgende Periodisierung vorgenommen:⁴²

- Die erste industrielle Revolution durch Einführung mechanischer Produktionsanlagen mit Hilfe von Wasser- und Dampfkraft,
- Die zweite industrielle Revolution durch Einführung arbeitsteiliger Massenproduktion mit Hilfe von elektrischer Energie,
- Die dritte industrielle Revolution durch Einsatz von Elektronik und IT zur weiteren Automatisierung der Produktion,
- Und schließlich nun die vierte industrielle Revolution auf der Basis von cyber- physischen Systemen.

40 Zitiert nach Zuboff 2015a, S. 44

41 Schmidt/Cohen 2013, S. 368

42 Forschungsunion/acatech 2013, S. 17

Seine ökonomische Basis hat der Diskurs in der spezifischen Wirtschaftsstruktur des Standortes Deutschland mit den industriellen Kernkompetenzen u. a. in der Automobilindustrie, dem Maschinen- und Anlagenbau und der Chemie. Es handelt sich dabei gewissermaßen um eine pfadabhängige Antwort auf den amerikanischen Digitalisierungsdiskurs, die nicht in erster Linie auf Produkte und Dienstleistungen für den Endkunden konzentriert ist, sondern die Digitalisierung der industriellen Produktionsweise in den Mittelpunkt rückt: „Deutschland sollte seine Stärke als ‚Fabrikaurüster der Welt‘ und seine Stärke bei Eingebetteten Systemen nutzen, um mit dem Einzug des Internets der Dinge und Dienste in die Fabrik eine neue, die vierte Stufe der Industrialisierung einzuläuten.“⁴³ Das Zukunftsszenario der Industrie 4.0 zeichne sich durch eine „neue Intensität sozio-technischer Interaktion aller an der Produktion beteiligten Akteure und Ressourcen aus. Im Mittelpunkt steht eine Vernetzung von autonomen, sich situativ selbst steuernden, sich selbst konfigurierenden, wissensbasierten, sensor-gestützten und räumlich verteilten Produktionsressourcen (Produktionsmaschinen, Roboter, Förder- und Lagersysteme, Betriebsmittel) inklusive deren Planungs- und Steuerungssysteme.“⁴⁴

Wirkungsmacht erlangt dieser Diskurs auch, weil er nicht polarisiert, sondern anschlussfähig an verschiedene Interessenlagen ist und Win-Win-Konstellationen verspricht, wie die Aufzählung der vermuteten Potenziale von Industrie 4.0 in einem Bericht von Forschungsunion und aca-tech, zeigt. Demnach soll Industrie 4.0 die folgende Potenziale haben:⁴⁵

- Individualisierung der Kundenwünsche,
- Flexibilisierung der Geschäftsprozesse,
- Optimierte Entscheidungsfindung,
- Ressourcenproduktivität und -effizienz,
- Wertschöpfungspotenziale durch neue Dienstleistungen,
- Demografie-sensible Arbeitsgestaltung,
- Work-Life-Balance,
- Wettbewerbsfähigkeit als Hochlohnstandort.

Den bislang vorliegenden Expertenurteilen zufolge habe die Durchsetzung der Industrie 4.0 zwar revolutionäre Auswirkungen, die Einführung jedoch vollziehe sich schrittweise. „Die Umsetzung der Vision von Industrie 4.0 ist ein evolutionärer Prozess, der in Betrieben und speziellen Industriebereichen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voranschreiten wird.“⁴⁶

43 ebd., S. 18

44 ebd., S. 24

45 ebd., S. 19f.

46 ebd., S. 29

Topos der smarten und flexiblen Produktion: Im Zuge von „Industrie 4.0“ wird nach Aussage der Protagonisten alles „smart“. Die Rede ist von der smarten Fabrik, smarten Produkten und „Smart Services“. Letztere sind dabei die logische Fortsetzung der „smarten Produkte“ der Industrie 4.0: „Smart Products sind, nachdem sie die Fabrik verlassen haben, über das Internet vernetzt. Während ihres Betriebs tauschen sie eine explodierende Menge an Daten aus. Diese Datenberge (Big Data) sind der vielleicht wichtigste Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Big Data wird analysiert, interpretiert, verknüpft und ergänzt und auf diese Weise zu Smart Data veredelt. Smart Data wiederum lässt sich für die Steuerung, Wartung und Verbesserung smarter Produkte und Dienstleistungen verwenden. Aus Smart Data lässt sich Wissen generieren, die Basis neuer Geschäftsmodelle. Big Data wird also zu Smart Data veredelt und in neuen, individuell kombinierbaren Smart Services monetisiert.“⁴⁷

Topos des Wettlaufs um den digitalen Weltmarkt: In der Entwicklung neuer digitaler Produkte und Prozesse wird der wesentliche Treiber eines verschärften Standortwettbewerbs gesehen. „Es ist die Digitalisierung, die den Markt treibt“, wie es der ehemalige BITKOM-Präsident Dieter Kempf formulierte.⁴⁸ Wie immer im standortpolitischen Diskursen, werden auch im Zuge der Neuverteilung der digitalisierungsgetriebenen Weltmarktanteile Sport- und Wettkampfmetaphern bemüht. So sieht EU-Kommissar Günter Oettinger auf den Gebieten demografischen Entwicklung, der Energieversorgung bzw. -preise, der Kapitalstärke und auch Weltmarktführerschaft im IT-Bereich einen 0:4 Rückstand der EU gegenüber den USA und plädiert daher für eine „Aufholjagd“ durch eine Industrie 4.0-Strategie.⁴⁹

Dabei bewegt sich der Diskurs im Spannungsfeld von Optimismus und Alarmismus. Auf der einen Seite wird die Chance gesehen, der „Industriemächtigsten der Zukunft“ zu bleiben, Marktführerschaft zu erhalten und zu erlangen (beispielsweise bei Industrierobotern oder der laserbasierten Fertigung) und auch industrielle Fertigung nach Deutschland zurückzuholen. So diagnostiziert eine Studie des Fraunhofer IAO eine „Wiederbelebung der industriellen Kerne, die wieder stärker als Grundlage für den Wohlstand eines Landes wahrgenommen werden.“⁵⁰ Die Verfügung über Produktionsdaten sei entscheidend, auch im Wettbewerb mit den amerikanischen Plattformen, aber man habe auch Vorteile: „Google kann vielleicht Korrelationen erstellen. Aber wir glauben, die besseren Schlüsse

47 Arbeitskreis Smart Service Welt/acatech 2015, S. 14

48 Tagesspiegel vom 16.3.2015

49 Oettinger 2015, S. 20ff.

50 Spath 2013, S. 14

ziehen zu können, durch die die Produktivität erhöht wird oder die Maschine besser designt werden kann“, so Voith-Chef Hubert Lienhard.⁵¹ Denkbar sei auch eine Rückverlagerung der Produktion: „Gehen wir nun den Schritt zur Industrie 4.0, können wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken, Arbeitsplätze im Hochlohnland Deutschland halten und sogar neue Jobs schaffen. Erste Firmen denken bereits darüber nach, ausgelagerte Arbeitsplätze nach Deutschland zurückzuholen.“⁵²

Andererseits wird der verlorene Wettlauf im Bereich der IT-Hardware (Chips, Smartphone, Computer, Bildschirme), aber der auch Vorsprung der USA bzw. des Silicon Valley im Bereich Software und IT-Plattformen und somit der Verwertung von Big Data thematisiert: „Momentan sind wir in der digitalen Ökonomie vor allem Exportweltmeister von Daten, die anderswo ausgewertet werden. Und zwar zu Regeln, die nicht dem europäischen Verständnis von Privatsphäre entsprechen.“⁵³ Es wird die Frage aufgeworfen, ob und wie sich deutsche Kernbranchen wie v.a. die Automobilindustrie angesichts der Neusortierung der Wertschöpfung und des Bedeutungsgewinn der IT auf dem Weltmarkt behaupten könne. Eine selbst auf „Big Data Analytics“ gestützte Analyse von wissenschaftlichen Dokumenten diagnostiziert einen drohenden Wettbewerbsverlust der Kernbranche des Maschinen- und Anlagenbaus im Wettbewerb v.a. mit den USA und China. Auch die Forschungsaktivitäten zur „vierten industriellen Revolution“ hätten in Deutschland nach einem Höhepunkt zu Beginn der 2000er Jahre deutlich abgenommen.⁵⁴

Erforderlich sei die Erlangung „digitaler Souveränität“ als Ausdruck von Kompetenz in zentralen Technologiefeldern und der Möglichkeit zwischen Alternativen zu entscheiden.⁵⁵ Die Voraussetzung wird in einer gemeinsamen Strategie von Wirtschaft und Politik gesehen. Neben „harten“ Faktoren wie einem Mangel an Risikokapital, der digitalen Infrastruktur, noch nicht hinreichend entwickelten industriellen Standards, der IT-Sicherheit, der Qualifizierung, der Rekrutierung internationaler Experten und einem unzureichenden Wettbewerbsrecht, das auf nationale Monopolstellungen fixiert sei, werden auch „weiche“ Standortfaktoren thematisiert. Hierzu gehöre neben der Einforderung einer engen Kooperation zwischen Politik und Industrie über nationale Grenzen hinweg auch die „Kultur“. Zuweilen wird auch hier mit einer gewissen Faszination in Richtung Kalifornien ge-

51 Interview in Handelsblatt vom 10.4.2015

52 Kagermann 2016

53 Höttges 2015, S. 27

54 Jeschke u.a 2015

55 BITKOM 2015

schaat, auf die „Geisteshaltung, die alle Player des ‚Valley‘ gemeinsam haben: ‚Think big und make a difference‘.“⁵⁶

Topos der flexiblen und „besseren“ Arbeit: Auch die Entwicklung der Arbeitsorganisation ist ein wichtiges Thema dieses Diskurses. Einigkeit scheint darin zu bestehen, dass die Arbeit „flexibler“ werde. „Flexibilität ist einer der Megatrends der Zukunft und kann in der zukünftigen Form mit den aktuellen Flexibilitätsinstrumenten nicht abgedeckt werden. Unternehmen müssten frühzeitig anfangen, die Weichen für die Zukunft zu stellen, Mitarbeiter ausreichend zu qualifizieren und sich auch über neue Instrumente Gedanken zu machen – wie zum Beispiel über die direkte, kooperative Abstimmung der Mitarbeiter über die Aufgaben- und Schichtverteilung.“⁵⁷ Diese würde neue Spielräume für Beschäftigte schaffen. „Die flexible Arbeitsorganisation ermöglicht es den Mitarbeitern, Beruf und Privatleben sowie Weiterbildung besser miteinander zu kombinieren und erhöht die Work-Life-Balance.“⁵⁸ Auf der anderen Seite werden mögliche Produktivitätssteigerungen und Automatisierungen als Beitrag zur Humanisierung der Arbeit gesehen. „Auch Montagearbeiten im Innenraum eines Fahrzeugs, das Einlegen von Teilen oder Überkopfarbeit gehören zu den Tätigkeiten denen man nicht nachweinen muss“, so der frühere VW-Personalvorstand Horst Neumann.⁵⁹

Welcher Entwicklungspfad der Mensch-Maschine-Interaktion beschritten wird, ist wissenschaftlichen Einschätzungen zufolge noch offen. Es gäbe zwei Pole, zwischen denen sich die Realität abspielen werde: Erstens ein Gestaltungsmuster, das auf der innerbetrieblichen Polarisierung von Aufgaben, Qualifikationen und Personaleinsatz beruht. Einer abnehmenden Zahl einfacher Tätigkeiten mit geringen Handlungsspielräumen stünde eine wachsende Gruppe hoch qualifizierter Experten deutlich über dem gegenwärtigen Facharbeiterniveau gegenüber. Zweitens das Muster der „Schwarm-Organisation“ als eine „lockere Vernetzung sehr qualifizierter und gleichberechtigt agierender Beschäftigter.“⁶⁰ In jedem Fall werden auf Gewerkschafts- wie Arbeitgeberseite auch unter dem Vorzeichen von Industrie 4.0 durchaus Potenziale für eine Fortsetzung des sozialpartnerschaftlichen Pfades gesehen, wie sie in einer Erklärung zum Ausdruck kommt: „METALL NRW und die IG Metall NRW stimmen überein, dass der Weg zu Industrie 4.0 eine enge arbeitspolitische Begleitung durch die Tarifvertragsparteien erfordert. Beschäftigung und gute Arbeitsbedingun-

56 Kaeser, 2015, S. 32

57 Spath 2013, S. 133

58 Forschungsunion/acatech 2013, S. 7

59 Süddeutsche Zeitung vom 6.10.2014

60 Hirsch-Kreinsen 2015, S. 17

gen sind als Basis für eine starke und wettbewerbsfähige Industrie in NRW gemeinsam zu gestalten.“⁶¹ Gleichwohl zeigen sich hier auch Zweifel. Auf Basis von Gesprächen mit „Top-Managern“ über den digitalen Wandel halten Klimmer und Selonke fest: „In mehreren Interviews kamen allerdings Fragezeichen auf, inwieweit das ‚Modell Deutschland‘ in der Digitalisierungsära taugt oder wie belastbar es zu Zeiten rasanter, großflächiger Veränderung ist.“⁶²

3.3 Diskurs „Digitale Kontroll- und Monopolmacht“

Dem Diskurs „Digitale Gesellschaftsoptimierung“ in vielfacher Hinsicht antagonistisch gegenüber steht der Diskurs der „Digitalen Kontroll- und Monopolmacht“. Seine Protagonisten sind keinem eindeutigen politischen Spektrum oder wirtschaftlichen Interessengruppen zuzuordnen. Sie eint jedoch, dass sie Fragen hinsichtlich der ökonomischen und demokratischen Folgewirkungen der Digitalisierung und vor allem einer sich herausbildenden Macht weniger Unternehmen, ihrer Hybris und der von ihnen kontrollierten Wertschöpfungsnetze, Daten und Algorithmen aufwerfen. Ausdruck dieses Diskurses sind auch fiktive Dystopien, wie sie im Roman „The Circle“ von Dave Eggers zum Ausdruck kommen.⁶³

Anders als zunächst zu vermuten wäre, wird dieser Diskurs nicht in erster Linie durch Technikkritik oder Kulturpessimismus bestimmt – auch wenn er Elemente davon enthält. Er wird in besonderer Weise von Repräsentanten geführt, die über ein hohes Expertenwissen verfügen und im Internet durchaus eine wichtige und bereichernde Technologie sehen. Der verstorbene FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher diagnostizierte, dass sich ein neuer Diskurs zu entwickeln beginne, der „von Vorwürfen der Moderne- und Technikfeindlichkeit nicht mehr zu berühren ist.“⁶⁴

Zwar gibt es durchaus auch rückwärtsorientierte und technikskeptische Beiträge, wie beispielsweise von Hans Magnus Enzensberger („Wer ein Mobiltelefon besitzt, der werfe es weg“⁶⁵), diese bilden aber nicht die Hauptströmung. Im Fokus der Kritik steht nicht das „Internet an sich“, sondern vor allem digitale Geschäftsmodelle und sie begleitende Diskurse sowie staatliche Praktiken. Besonders prominent setzt sich der Publizist Evgeny Morozov mit den Verheißungen der Digitalisierung auseinander.

61 Metall NRW und IG Metall NRW 2015

62 Klimmer/Selonke 2017, S. 28

63 Eggers 2015

64 Schirrmacher 2015, S. 68

65 Enzensberger 2015, S. 70

Er kritisiert ein Narrativ „des Internets“, ⁶⁶ das suggeriere, es sei eine feste und einheitliche Größe. Auch Shoshana Zuboff wendet sich gegen Erzählungen von einer digitalen Zwangsläufigkeit: „Dieses Narrativ ist ein Zaubertrick. Die Art und Weise, wie digitale Technologien eingesetzt werden, ist nicht zwingend notwendig.“ ⁶⁷ Morozov hinterfragt das ahistorische Denken des „Internetzentrismus“, das behaupte, als gäbe es einen Bruch zu etwas völlig Neuem.

Die diesen Diskurs bestimmenden Topoi und Begriffe knüpfen an bekannten (kapitalismus-)kritischen Diskursen an. Thematisiert werden grundlegende Fragen von Macht, Herrschaft, Kontrolle, Ausbeutung und „Kolonisierung“. Manche Repräsentanten dieses Diskurses sehen einen Formwandel des Kapitalismus hin zu einem „Plattform-Kapitalismus“ ⁶⁸, „Informationskapitalismus“ ⁶⁹ oder „digitalen Kapitalismus“ ⁷⁰, in dem „bestimmte institutionelle Standards, wie zum Beispiel jener der lohnabhängigen Beschäftigung als zentraler gesellschaftlicher Integrationsmechanismus, systematisch gefährdet sind, aber auch neue Standards forciert werden.“ ⁷¹ Der Spiegel erkennt im Silicon Valley bereits eine neue „Weltregierung“: „Die neuen Masters of the Universe unterscheiden sich grundlegend von ihren Vorgängern. Es geht ihnen nicht in erster Linie ums Geld. Macht durch Reichtum genügt ihnen nicht. Sie wollen nicht bloß bestimmen, was wir konsumieren, sondern wie wir konsumieren. Sie wollen nicht nur eine Branche erobern, sondern alle.“ ⁷²

Topos der digitalen Hybris: Der pauschalen Idee, digitale Technologien würden die Gesellschaft besser, transparenter und effizienter machen, wird widersprochen. Zum einen weil bestritten wird, dass diese Technologien wirklich immer neue und bessere Lösungen böten. Ion Bogost sieht im „Internet der Dinge“ eine „Kolonisierung bisher uncomputerisierter Dinge“ und kommt mit Verweis auf das Angebot eines Fahrradschlosses, dass sich mit dem Smartphone öffnen lässt (dabei aber über eine App auch Daten trackt) zu dem Urteil: „Selbst die populärsten Anwendungen des Internets der Dinge scheinen Probleme zu lösen, die bereits gelöst sind, und das auch oft schon seit Dekaden.“ ⁷³ Zum anderen, und dies ist der gewichtigere Einwand, wird die Sorge geäußert, dass die beabsichtig-

66 Morozov 2013, S. 44

67 Zuboff 2015b, S. 263

68 Lobo 2014

69 Hofstetter 2016

70 Staab 2016

71 ebd., S. 11

72 Schulz, T. 2015b, S. 22

73 Bogost 2015, S. 95

ten und unbeabsichtigten (Neben-)Folgen einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft hätten. Evgeny Morozov kritisiert eine „Verbesserungsorgie“. ⁷⁴ Den Anspruch auf sämtliche gesellschaftliche Probleme eine technologische Antwort finden zu wollen kritisiert er als „Solutionismus“: „Das Vorhaben des Silicon Valley, uns alle in eine digitale Zwangsjacke zu stecken und Effizienz, Transparenz, Gewissheit und Perfektion zu fördern und gleichzeitig ihre ‚bösen‘ Zwillinge das Sperrige, das Undurchsichtige, das Mehrdeutige und Unperfekte auszumerzen, wird uns langfristig sehr teuer zu stehen bekommen.“ ⁷⁵ Im Anspruch nach Perfektion durch Technologien und Algorithmen sieht er das Risiko grundlegender Veränderungen der Gesellschaft: „Das Bestreben, alle komplexen sozialen Zusammenhänge so umzudeuten, dass sie entweder als genau umrissene Probleme mit ganz bestimmten, berechenbaren Lösungen oder als transparente, selbstevidente Probleme erscheinen, die sich – mit den richtigen Algorithmen! – leicht optimieren lassen, wird unerwartete Folgen haben.“ ⁷⁶ So könne beispielsweise mehr Transparenz Verhaltensänderungen im Sinne von mehr Geheimhaltung zur Folge haben. Internetseiten, die über die Anzahl von Verbrechen informieren, führten zu Ausweichreaktionen bei Immobilienkäufen. In ähnlicher Form argumentiert Sascha Lobo hinsichtlich einer digital gestützten Terrorabwehr: „Diese datengetriebene Ideologie zielt auf eine Entpolitisierung der Macht, auf die Virtualisierung der Verantwortung. Und damit auf die Aushöhlung der Demokratie.“ ⁷⁷ Bei all diesen technologischen Ansätzen gehe es nicht um Ursachenbekämpfung, sondern um Scheinlösungen, die die Komplexität der Welt vereinfachen würden. Gerade in prädiktiver Überwachung sieht Morozov den „Inbegriff des Solutionismus“.

Topos der Monopolmacht: Dem Aufruf Peter Thiels, Monopole zu gründen wird die ökonomische Macht der Monopolisten und ihr potenzieller Missbrauch entgegengehalten. Jaron Lanier verwendet für die vernetzte Hardware der „Sieger in einem Alles-oder-nichts-Wettbewerb“ den Begriff der „Sirenservers“. ⁷⁸ Er rechnet dazu die „Hightech-Methoden der Finanzmärkte, etwa der Hochfrequenzhandel oder Derivatefonds, angesagte Unternehmen aus dem Silicon Valley wie Suchmaschinen, moderne Versicherungen, moderne Geheimdienste und noch viele andere.“ ⁷⁹ In diesem System gäbe es keine Normalverteilung einer Glockenkurve, son-

74 Morozov 2013, S. 11

75 ebd., S. 16

76 ebd., S. 25

77 Lobo 2015, S. 110

78 Lanier 2014, S. 88

79 ebd., S. 90

dern eine Verteilung nach dem „Starsystem“,⁸⁰ wie man es aus Teilen der Kulturwirtschaft und des Profisports kenne. Zwar gäbe es in der Tat auch den „Long Tail“, der kleinen z.T. spezialisierten Anbietern einen Teil vom Kuchen biete, aber auch dieser unterliege der Kontrolle der Plattformen und Monopolisten. „Theoretisch mag das Internet allen dieselben Möglichkeiten eröffnen und Einstiegshürden beseitigen, aber die Resultate sind nahezu immer äußerst ungleich...Der Long Tail ist eine prima Sache, wenn man es selbst ist, der ihn kontrolliert. Belegt man dagegen nur einen Punkt auf der Verteilung, sehen die Dinge ganz anders aus.“, so Martin Ford.⁸¹

Ein weiterer Kritikpunkt lautet, dass die Plattformbetreiber Standards setzen und Zugänge kontrollieren, z. B. Plattformen wie App Stores, die selbst darüber entscheiden, wer auf ihrem Marktplatz verkaufen kann und wer nicht. Die eingesetzten Algorithmen der Plattformen seien nur scheinbar objektiv. Dabei würden viele Plattformen auch manipulative Techniken einsetzen bzw. zumindest ihren Informationsvorteil nutzen, wie Suchergebnisse bei Google, die auf den Einzelnen zugeschnitten seien oder von Amazon verwendete Bots, die sicherstellen, von Konkurrenten nicht unterboten zu werden.

Die „Leitunternehmen“⁸² wie Suchmaschinen oder soziale Netzwerke werden als Anbieter quasi-öffentlicher Güter gesehen, die dem Einzelnen wenig Spielraum für eine Auswahl konkurrierender Wettbewerber ließen. Shoshana Zuboff weist darauf hin, dass Google und Facebook zwar die Rhetorik des „öffentlichen Webs“ pflegen, aber ihre Praxis eine andere sei.⁸³ Verdeutlicht wird dies am Beispiel Facebook. Wenn zum Beispiel ein großer Teil der Gesellschaft über Facebook kommuniziere, nutze es wenig, zu einem anderen sozialen Netzwerk zu wechseln. „Immer mehr ähnelt Facebook einem Stromversorger. Das Unternehmen ist Teil der Infrastruktur, die man zum Leben benötigt.“⁸⁴ Die Marktfreiheit der Kunden sei fiktiv. Nutzer wären zwar formal frei in ihrer Wahl, sie stünden aber vor einer „Alles-oder-nichts-Entscheidung“ und sind damit „unfreiwillig-freiwillig“.⁸⁵ Dabei würden Kunden z. B. mit kostenlosen Gratisdiensten – wie früher Kolonisierte mit Glasperlen – gelockt, um diese dann in ein geschlossenes Ökosystem zu integrieren, aus dem es ein Entrinnen nur mit hohen Kosten gäbe. Charakteristisch für dieses Ökosystem seien belohnende und bestrafende Netzwerkeffekte. Die Belohnung bestünde darin,

80 ebd., S. 68

81 Ford 2015, S. 102f.

82 Staab 2016, S. 13

83 Zuboff 2015c, S. 172

84 Lanier 2014, 323

85 Stalder 2016, S. 232

Vorteile durch die Vernetzung mit vielen anderen zu erzielen, die Bestrafung erfolge durch Verlust der eigenen „Investitionen“ in das Netzwerk und der Daten. Wer persönlich viel „Arbeit“ in Facebook investiert und soziale Netze geknüpft habe, habe hohe Kosten des Wechsels. Stalder nennt diesen Effekt „Stickiness“.⁸⁶

In diesem Diskurs werden also grundlegende Macht- und Verteilungsfragen aufgeworfen. „Sie lenken Produktivität der Menschen in Richtung einer informellen Tausch- und Reproduktionswirtschaft, während sie das gewonnene altmodische Vermögen auf sich selbst konzentrieren.“⁸⁷ Auch Martin Ford schreibt: „Die grundlegend moralische Frage lautet, ob es einer kleinen Elite gestattet sein sollte, das angehäuften Technologiekapital der gesamten Gesellschaft unter sich aufzuteilen.“⁸⁸ Und mit Blick auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht resümiert selbst der Vorstandsvorsitzende des Springer-Konzerns: „Google ist die weltmarktbeherrschende Großbank der Verhaltenswährung.“⁸⁹ Auch Klaus Schwab benennt die Risiken: „Um die Konzentration der Wertschöpfung und Macht in einigen wenigen Händen und die Abhängigkeit von Plattformen zu verhindern, müssen wir Mittel und Wege finden, damit sich Nutzen und Risiken digitaler Plattformen (einschließlich Industrie-Plattformen) in etwa die Waage halten.“⁹⁰

Topos des ungerechten Tausches und der Inwertsetzung von Commons: Viele dieser Plattformen eigneten sich Werte an, die von den Nutzern beigesteuert oder geschaffen würden (vor allem Daten, das Such- und Kaufverhalten im Netz, User Generated Content auf Social Media Plattformen). Sie machten sich den globalen Informationsraum zunutze und setzen diesen in Wert. Der Tausch laute, kostenlose Dienste gegen „Ausspionieren.“⁹¹ Dabei sei dieser Tausch ein ungleicher: „Eine erstaunliche Anzahl Menschen produziert über Netzwerke eine erstaunliche Menge an Wert. Doch der Löwenanteil des Vermögens geht heute an diejenigen, die diese Daten sammeln und kanalisieren, anstatt an jene, die den ‚Rohstoff‘ liefern.“⁹² Die als Big Data konzentrierten Daten der Einzelnen werden als „Commons“ (Gemeingüter) angesehen, die durch Plattformen ausgebeutet würden.⁹³ Hier wird eine Parallele zu früheren For-

86 ebd., S. 225f.

87 Lanier 2014, S. 90

88 Ford 2015, S. 108

89 Döpfner 2015, S. 156

90 Schwab 2016, 26

91 Lanier 2014, S. 24

92 ebd., S. 32

93 Rifkin 2014, S. 292

men der „Landnahme“ von Gemeingütern gezogen. „Derzeit wird das Öl des Informationszeitalters ohne Gewinn für die Allgemeinheit privatisiert – außer vielleicht der vagen Versicherung, dass der Service dadurch besser würde.“⁹⁴ Auch das Versprechen des „freien“ Zugangs zu Dienstleistungen und Inhalten wird mit Blick auf die eigentlichen Produzenten der Inhalte problematisiert: „Wenn ‚Content‘ frei ist, ist das gut für die digitalen Plattformen, aber nicht gut für die Künstler.“⁹⁵

Topos des Kontrollregimes: Waren die nationalen Debatten über den Umgang mit digitalen Daten vor wenigen Jahren noch bestimmt von konkreten Auseinandersetzungen beispielsweise um die Vorratsdatenspeicherung, so wurde „Big Data“ in der Folge zwar nicht in der breiten, doch sehr wohl in der informierten und kritischen Öffentlichkeit zu einem zentralen Großthema. Forciert wurde es zum einen durch die wachsende Machtfülle von Plattformen und Internetkonzernen, zum anderen aber auch angesichts des Bekanntwerdens der Spionagepraktiken u. a. der NSA durch den Whistleblower Edward Snowden.

In einem Beitrag warnte der damalige Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, dass die Verbindung von „Big Data“ und „Big Government“ in eine „antiliberalen, antisozialen und antidemokratischen Gesellschaft münden“ könne.⁹⁶ In der Folge wurden die Folgen der Digitalisierung für Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der FAZ in einer Reihe von Beiträgen von prominenten Managern wie Eric Schmidt und Mathias Döpfner, Politikern wie Sigmar Gabriel, Neelie Kroes oder Christian Lindner sowie Wissenschaftlern, Publizisten und Netzexperten wie Evgeny Morozov, Shoshana Zuboff, Jaron Lanier oder Juli Zeh diskutiert.⁹⁷ Dabei wies Frank Schirmacher auf den Kern von Big Data hin: „Die neuen Überwachungs- und Informationsmärkte sind nicht spontan entstanden. Sie wurden bewusst geschaffen. Das Abgreifen von Daten in Echtzeit und ihre Umwandlung in Kontroll- und Planungssysteme ist kein Fall-out-Produkt von Technologien, die für ganz anderes gedacht waren, sondern ihre Aufgabe.“⁹⁸

Die Ideologie des „Post-Privacy“ sei nichts anderes als die Verbrämung von Geschäftsmodellen, die „Dossiers über das Privatleben“⁹⁹ seien die Assets der Plattformen. Die Kritik richtet sich nicht nur auf die Tatsache, dass große Plattformen Daten besitzen und diese nutzen. Befürchtet wird,

94 Kurz/Rieger 2013, S. 239

95 Slee 2016, S. 159

96 Schulz, M. 2015, S. 21

97 Dokumentiert in: Schirmacher 2015

98 Schirmacher 2015, S. 21

99 Lanier 2014, S. 149

dass die Digitalisierung neue Methoden und Praktiken der Verhaltenskontrolle und -beeinflussung mit sich bringe: „Es geht überhaupt nicht um Bedürfnisse, sondern um ein strategisches Dispositiv, das autonom weitere technische Systeme und Sub-Techniken erzeugt, Verhaltenskonditionierungen festlegt und Handlungsoptionen vorgibt.“¹⁰⁰ Geschaffen würden so Optimierungsdispositive, die neue Bewährungsproben für den Einzelnen zu Folge hätten. Es gäbe den Trend, „Gesellschaft mithilfe von Programmcode zu gestalten.“¹⁰¹ Verhalten würde durch Algorithmen beeinflusst und es könnten neue Diskriminierungen entstehen: „Ausgeübt wird Macht nicht dadurch, dass dem Einzelnen vorgeschrieben würde, was er zu tun hätte. Vielmehr wird einfach die Umgebung, in der sich jeder Einzelne selbstverantwortlich zurechtfinden muss, verändert.“¹⁰²

Aus dem Vorliegen von Informationen folgen, so Juli Zeh, „Messbarkeit, Vergleichbarkeit, Regulierbarkeit und Erpressbarkeit“ und somit ein „Zwang zur ‚Normalität‘, wenn nicht zur bestmöglichen Performance in allen Lebensbereichen.“¹⁰³ In den Fokus rückt der Begriff der „Transparenz“. Constanze Kurz und Frank Rieger diagnostizieren einen „zwangsbeglückenden Transparenzmachungswahn“.¹⁰⁴ Die verwendeten Algorithmen der Unternehmen seien für die Menschen nicht durchschaubar und auch nicht kontrollierbar. Bestritten wird die Neutralität und Objektivität von Algorithmen, die immer auch bestimmten (Geschäfts-)Interessen dienen und denen bestimmte Grundannahmen und Wertvorstellungen zugrunde lägen. Für Yvonne Hofstetter stehen der freie Mensch, das staatliche Machtmonopol und die Grundrechte durch Überwachung und Kontrolle zur Disposition. Die Demokratie sei angesichts der Zunahme von algorithmischen Analysen und Prognosen auf dem „Weg in die Kontrollgesellschaft“.¹⁰⁵ Zwar würde die Digitalisierung Antworten auf Problemen benötigen, die sie selbst erst schaffe. Doch sei diese Entwicklung unumkehrbar. Zudem sei das dynamische komplexe System sozialer Netzwerke nicht mit den traditionellen politischen Instrumenten wie dem Kartell- oder Medienrecht zu kontrollieren: „In der digitalen Ära gelangt die Gesellschaft in einen Zustand, in dem konventionelles Recht und Gesetz, Politik und Macht, Herrschaftsform und Staat von neuen Technologien herausgefordert und brüskiert werden.“¹⁰⁶ Es sei jedoch Aufgabe der Politik, das Internet als freien öffentlichen Raum herzustellen.

100 Adamowsky 2014, S. 129

101 Hofstetter 2016, S. 361

102 Stalder 2016, S. 226

103 Zeh 2015, S. 31

104 Kurz/Rieger 2013, S. 251

105 Hofstetter 2016, S. 29

106 ebd., S. 358

Christoph Kucklick weist zudem darauf hin, dass es zwar eine Transparenz der Menschen, nicht aber der Maschinen und Algorithmen gäbe und spricht vom „Paradox der intransparenten Transparenz.“¹⁰⁷ Die eingesetzten Algorithmen der Unternehmen seien für die Menschen nicht durchschaubar und auch nicht kontrollierbar. Bestritten wird die Neutralität und Objektivität von Algorithmen, die immer auch bestimmten (Geschäfts-)Interessen dienen oder in die bestimmte Grundannahmen und Wertvorstellungen einfließen. Dies bedeute das Gegenteil von mehr Freiheit. „Es entsteht vielmehr ein neues gesellschaftliches System, in dem die vermeintlich gelockerte Kontrolle über soziales Handeln mit einer verstärkten Kontrolle über die Daten und die Strukturbedingungen des Handelns selbst kompensiert wird.“¹⁰⁸ Auch Welzer und Pauen befürchten einen Autonomieverlust, „denn derjenige, dessen sportliche Aktivitäten, Pulsfrequenzen, Alkoholkonsummengen und Autofahrgewohnheiten überwacht und, vor allem, bewertet werden, wird ja ein unfreier Mensch.“¹⁰⁹

Topos der neuen Ausbeutung in der Gig Economy: Neben anderen Leitbegriffen und Topoi des Diskurses „Digitale Gesellschaftsoptimierung“ wird auch der Begriff der „Share Economy“ kritisch hinterfragt. Dabei wird zwischen einer ursprünglichen und „echten“ Ökonomie des Teilens und Tauschens sowie der Ökonomie der Monopol-Plattformen unterschieden, die sich dieser Prinzipien bemächtigte und sie pervertiert hätte. Für das erstere Prinzip stünden im Bereich der Beherbergung Anbieter z. B. wie couchsurfing.org, über die Menschen von privat zu privat ihre Wohnungen miteinander teilen. Der zweiten Logik entspräche die auf rein kommerzielle Interessen ausgerichtete Plattform airbnb, die letztlich eine Kommodifizierung des Prinzips bedeute: „Die Sharing Economy dehnt den harten, deregulierten Markt auf Bereiche unseres Lebens aus, die bisher davor geschützt waren.“¹¹⁰ Trebor Scholz verweist darauf, dass der Begriff des Teilens für diese kommerziellen Plattformen ungeeignet sei: „Die Sharing Economy ist eigentlich eine On-demand-Dienstleistungswirtschaft, die ehemals private Leistungen zu Geld machen soll.“¹¹¹ Zwar würden diese Plattformen die Werte der Internetkultur wie „Offenheit“, „Teilen“, oder „Gemeinschaft“ adressieren. Sie zielen aber letztlich darauf ab, nicht-kommerzielle Austauschformen und reguläre Arbeitsplätze durch neue Formen der Ausbeutung zu ersetzen: „Das Versprechen einer persönlicheren Alternative zur Welt der Unternehmen treibt in Wirklichkeit eine

107 Kucklick 2014, S. 166

108 Stalder 2016, S. 240

109 Pauen/Welzer 2015, S. 282

110 Slee 2016, S. 11

111 Scholz 2016, S. 63

noch härtere Form des Kapitalismus voran: Deregulierung, neue Formen anspruchsvollen Konsums und eine neue Welt prekärer Arbeitsverhältnisse.“¹¹² Die über Plattformen vermittelte Arbeit – sei es im Bereich der On-Demand-Dienstleistungen (wie der Taxidienst UBER) oder das Crowdfunding – bedeute eine neue negative Qualität der Arbeit und der Ausbeutung. Ein Schlüsselbegriff ist der der „gig economy“, der zufolge Arbeitskraft situativ eingesetzt, und so feste Beschäftigung durch „Auftritte“ ersetzt würde. „Der jüngste wirtschaftliche Trend geht von einem Mischmodell aus Technologie à la Silicon Valley und Gier à la Wall Street aus: der ‚Sharing Economy‘. Unternehmen wie Uber, Upwork und TaskRabbit geben vor, Arbeiter zu ‚befreien‘, um aus ihnen ‚selbstständige Unternehmer‘ und ‚Geschäftsführer‘ zu machen. In Wirklichkeit verdingen Arbeitnehmer sich für immer kleinere Teilzeitjobs, Gigs genannt, ohne soziale Absicherung oder die Aussicht auf künftige Beschäftigung, während die Unternehmen stattliche Gewinne einstreichen (...) Die Vision der Geschäftsführer des Silicon Valley sind Arbeitskräfte, die sich aus- und anschalten lassen wie ein Wasserhahn.“¹¹³

3.4 Diskurs „Gesellschaftliche Differenzierung“

Dieser Diskurs ist von anderen Digitalisierungsdiskursen nicht klar zu trennen, zumal sich viele der Protagonisten sowohl der ökonomischen und gesellschaftlichen Macht der Internetunternehmen als auch den gesellschaftlichen Auswirkungen widmen. In diesem Diskurs geht es aber vor allem um die Frage, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf gesellschaftliche Kohärenz und Zusammenhalt hat. Die zentrale Annahme lautet, dass die Digitalisierung, zumindest so, wie sie gegenwärtig voranschreitet zur einer Auflösung gesellschaftlicher Strukturen beitrage. Der Diskurs knüpft dabei in gewisser Weise an Analysen einer „flüchtigen“¹¹⁴ oder vernetzten Gesellschaft¹¹⁵ an und verlängert diese problematisierend in das künftige Digitalzeitalter. An die Stelle dauerhafter Kollektive und Institutionen träten fluidere Strukturen.

Topos der digitalen Spaltung: Schon in der Anfangsphase des Internet wurde die Sorge formuliert, dass eine „digital divide“ neue gesellschaftliche Ungleichheiten bzw. ungleiche Teilhabe an den Möglichkeiten des Internet mit sich bringe. Heute ist diese Befürchtung etwas in den Hinter-

¹¹² Slee 2016, S. 212

¹¹³ Hill 2016

¹¹⁴ Bauman 2003

¹¹⁵ Castells 2001

grund getreten. Offen ist dabei aber, wie es um die Fähigkeit bestellt ist, sich mit vernünftigen Informationen zu versorgen und sich in der digitalen Welt zu behaupten. Luciano Floridi befürchtet neue Formen der Ausgrenzung und Trennung „zwischen den Menschen, die sich in der Infosphäre ansiedeln können und denen, die das nicht können, zwischen den Eingeweihten und Nichteingeweihten, zwischen den reichlich mit Informationen versorgten und den von ihr Abgeschnittenen. Das wird die Welt verändern und die die globale Gesellschaft entlang entstehender oder sich vergrößernder geografischer, sozioökonomischer und kultureller Gräben in eine Generation Z+ und eine Generation Z- spalten. Doch der Spalt wird nicht entlang der Grenzen zwischen armen und reichen Ländern verlaufen, sondern vielmehr quer durch die Gesellschaften weltweit.“¹¹⁶

Topos der Auflösung kollektiver Strukturen: Die Digitalisierung wird in diesem Diskurs als Treiber einer forcierten Individualisierung der Gesellschaft gesehen. Folgt man Christoph Kucklick, führt die Tatsache, dass wir immer mehr über den Einzelnen wissen, zur „granularen Gesellschaft“. Die Bürger nähmen sich immer weniger als Gleiche wahr. Die soziologischen Aggregate wie Klasse oder Schicht würden an Bedeutung verlieren. Je mehr Daten es gäbe, desto mehr hätten wir es mit „Singularien“ zu tun.¹¹⁷ Diese Granularisierung fände auf vielen Gebieten statt: Der Individualisierung der Produkte, des Medienkonsums, der Politik (z. B. durch datengestützte Konzentration auf Wechselwähler in Wahlkämpfen, der Medizin, des Lernens (Online-Moocs statt gemeinschaftliches Lernen) sowie der intensiven Bearbeitung des Selbst in sozialen Netzwerken. Er erkennt eine „neue Auflösung“ im doppelten Sinne: einer Feinkörnigkeit der Gesellschaft und die Auflösung von Institutionen.¹¹⁸ Dabei stehe das Phänomen in Wechselwirkung mit den strukturierenden und verhaltensbeeinflussenden der Algorithmen. Forciert wird der Bedeutungsverlust bestehender Kollektive und Institutionen Morozov zufolge durch drei Entwicklungen: Erstens würden Algorithmen zur Apophanie führen, es würden Muster erkannt, die keine sind, sondern die künstlich erzeugt wurden. Zweitens könnte die wachsende Transparenz den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Drittens würden neue Technologien und kulturelle Praktiken wie die „Track-and-Share-Mentalität“ eine Entsolidarisierung befördern. Sie seien Ausdruck des „narzisstischen Strebens nach Einzigartigkeit und Außergewöhnlichkeit.“¹¹⁹

116 Floridi 2015, S. 74

117 Kucklick 2014, S. 29

118 ebd., S. 14

119 Morozov 2013, S. 389

Topos der Filter Bubble: Wurde das Internet in den ersten Jahren als wichtige Errungenschaft für einen besseren Zugang zu Informationen, mehr Transparenz, gesellschaftliche Vernetzung und zur Beförderung der demokratischen Einflussnahme gesehen, so sind die Bewertungen in der jüngeren Vergangenheit skeptischer geworden (Kapitel 2.3). Eli Pariser, Begründer der politischen Mobilisierungsplattform moveon.org beschreibt seine früheren Hoffnungen, kommt jedoch inzwischen zu einem kritischen Urteil: „Aber die von mir erträumte Ära der Bürgerbeteiligung ist nicht eingetreten. Demokratie verlangt, dass man Dinge aus den Blickwinkeln anderer sieht, doch wir sind immer mehr in unseren eigenen kleinen Welten gefangen. Demokratie verlangt gemeinsame Grundsätze, aber man setzt uns in parallele, aber getrennte Universen.“¹²⁰ Sein Schlüsselbegriff ist die „Filter Bubble“, die selbstbezügliche Filterblase aus Informationen, Deutungen und sozialen Kontakten, in denen wir vermittelt durch digitale soziale Netzwerke gefangen sind. Diese wirke unsichtbar, da Informationen durch Websites und soziale Netzwerke vorgefiltert würden. Sie wirke gesellschaftlich zentrifugal, da es immer weniger breit geteilte Informationen und Erfahrungen gäbe: „In der Filter Bubble gibt es weniger Raum für zufällige Begegnungen, durch die wir Einsichten gewinnen und lernen können.“¹²¹ Die Folge sei der Verlust von brückenbildendem Sozialkapital. Ebenso würden „Bestätigungsfehler“ (die Auswahl von Informationen, die den eigenen Erwartungen entsprechen) zunehmen und die Möglichkeit der „Serendipität“ (zufällige, nicht geplante Entdeckungen oder Erfindungen) abnehmen. „Von Algorithmen erstellte Ordnungen werden immer stärker darauf ausgerichtet, dem individuellen Nutzer seine eigene singuläre Welt zu schaffen.“¹²² Das Soziale würde im Diskurs des Silicon Valley gleichgesetzt mit sozialen Netzwerken.¹²³ Dadurch würde sich aber auch der Charakter des Bürgers hin zum „Bürger-Kunden“ verändern. An die Stelle des politischen Opt-Out trete das politische Opt-In bzw. eine Politik „on demand“.¹²⁴

Während im Diskurs „Digitale Gesellschaftsoptimierung“ die Abschaffung der alten Informations-Gatekeeper (Verlage, TV-Sender) als Errungenschaft gesehen wird, sieht dieser Diskurs diese nur durch neue ersetzt, seien es die Plattformen selbst oder auch der Schwarm bzw. die sozialen Gruppen mit denen man sich in einer gemeinsamen Filterblase befinde. Im Gegensatz zum traditionellen Journalismus führten personalisierte Inhalte dazu, dass man nur noch Informationen erhalte, die den

120 Pariser 2012, S. 13

121 ebd., S. 22

122 Stalder 2016, S. 189

123 Saint Victor 2015, S. 47

124 Floridi 2015, S. 240

vermeintlichen Interessen und dem jeweiligen Bildungsgrad entsprächen. Diese „Personalisierung könnte die Basis für Solidarität, kollektives Handeln und gut unterrichtete Diskussion zerstören.“¹²⁵

Topos vom Wandel der Privatsphäre: Entgegen der Emphase für eine Zukunft der „Post Privacy“ wird der Umgang mit der Privatsphäre als eines der „offensichtlichsten und drängendsten Themen in unserer Gesellschaft“ betrachtet.¹²⁶ Der Bedeutungszuwachs von Big Data, Algorithmen und künstlicher Intelligenz werfe nicht die Frage der ökonomischen Nutzung von Daten und der Verhaltenskontrolle und -steuerung auf, sondern auch das Recht auf eine eigene, auch erneuerbare Identität. Dieses Recht sei jedoch durch die (teils öffentliche) Verfügbarkeit persönlicher Daten gefährdet. Floridi plädiert für ein Verständnis von Privatsphäre als das „Recht des Einzelnen auf Sicherheit vor unbekannten, unerwünschten oder ungewollten aktiven wie passiven Änderungen seiner Identität als einer informationellen Entität.“¹²⁷

Topos vom neuen Menschenbild: In Überschneidung mit dem Diskurs „Digitale Kontroll- und Monopolmacht“, der stärker die Rolle der wirtschaftlichen und staatlichen Akteure beschreibt, thematisiert dieser Diskurs einen drohenden Kontrollverlust des Menschen bzw. die Transformation des Menschenbildes durch die Fortschritte der Künstlichen Intelligenz (KI) hin zu einer „Superintelligenz“, die sogar die heutigen Denker bei der „Beantwortung grundlegender wissenschaftlicher und philosophischer Fragen“ übertreffen würde.¹²⁸ Zwar ist umstritten, ob und wann der Schritt von der schwachen KI (Aufgabenlösung in konkreten Anwendungsfeldern) zur starken KI überschritten wird, die die Intelligenz des Menschen erreicht oder steigert. Doch wird vermutet, dass der Fortschritt in diese Richtung voranschreitet und sehr grundlegende Frage aufwirft: „Nun erkennt man, dass die Verbindung von KI, Robotik und virtueller Realität auch unser Menschenbild stärker verändern wird, als alle traditionellen geisteswissenschaftlichen Diskurse zuvor. Die neue Kognitionstechnik wird nämlich nicht nur die äußere Lebenswelt kolonisieren, sondern auch den subjektiven Innenraum. Sie hat längst unser Denken und Fühlen verändert – und dies wird soziokulturelle Konsequenzen haben.“¹²⁹

125 Morozov 2013, S. 27

126 Floridi 2015, S. 155

127 ebd., S. 161

128 Bostrom 2014, S. 359

129 Metzinger 2017

3.5 Diskurs „Digitale Dezentralisierung und Demokratisierung“

Auch dieser Diskurs ist von einigen der bislang dargestellten nicht trennscharf abzugrenzen. Was ihn charakterisiert, ist eine zunächst eine Sicht auf die positiven Effekte und Optionen der Digitalisierung. Dies eint ihn mit den Diskursen „Digitale Gesellschaftsoptimierung“ und „Industrie 4.0“. Zugleich plädiert er für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Digitalisierung „von unten“, womit er Schnittmengen mit den eher kritischen Diskursen aufweist, aber zugleich eine positive Wendung als Versprechen formuliert. Er plädiert für einen alternativen Pfad der (auch wirtschaftlichen) Digitalisierung jenseits der großindustriell geprägten Industrie 4.0-Szenarien, aber auch des Plattformkapitalismus. Das Spektrum seiner Protagonisten reicht von Wirtschaftspublizisten, Technologieexperten und Vertretern der „Makers“-Szene bis hin zu dezidierten Kapitalismuskritiker. Wie in anderen Diskursen auch, wird das „revolutionäre Potenzial“ digitaler Technologien betont, dies aber vor allem so gedeutet, dass es zu einer dezentralen und demokratischen Gesellschaft führen könne.

Topos der Demokratisierung der Produktion – Makers und Crowds:

Die Marktmacht der großen Plattformen in der digitalen Ökonomie wird in diesem Diskurs nicht bestritten, wenn auch in unterschiedlicher Intensität problematisiert. Doch es gäbe zugleich einen Gegentrend einer dezentraleren Wirtschaft von Selbstständigen und Startups. Dabei werden im Wesentlichen vier Faktoren benannt. Erstens würden die Markteintrittsschwellen sinken. Mit einer Idee und einer handelsüblichen IT-Ausstattung könne man heute ohne großen Kapitaleaufwand für Produktionsmittel digitale Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringen. Auch für die materielle Produktion stünden neue preisgünstige Technologien wie 3-D-Drucker bereit. Zweitens würden die Plattformen es ermöglichen, auch in Nischenmärkten potenzielle Kunden zu erreichen, unabhängig davon wo man selbst produziere. Die Rede ist vom „Long Tail“, vom „langen Schwanz“ der Kurve in einer grafischen Darstellung, in der auf der X-Achse Produkte nach ihrer Absatzzahl oder Popularität abgetragen sind. Da digitale Güter keine Lagerkosten verursachen und zudem über das Internet auch Anbieter und Nachfrage von Nischenprodukten zueinander finden können, würde dieser „Long Tail“ an Bedeutung gewinnen.¹³⁰ Drittens sei auch der Zugang zu Kapital über Crowdfunding oder zu Marktstudien über crowdbasierte Prozesse leichter geworden. Ander-

130 Anderson 2007

son spricht von einer „Demokratisierung der Kapitalbeschaffung“.¹³¹ Viertens würde eine neue Generation der „jungen Kollaboratisten“¹³² in den Wirtschaftsprozess eintreten, die sich den Wettbewerbsvorteil des „Ökosystems“¹³³ zu Nutze mache. Diese Entwicklungen seien die Basis für eine neue Bewegung von „Makers“, die den „Geist des ‚do it yourself‘“¹³⁴ industrialisieren, aber auch für eine Rückverlagerung von Teilen der materiellen Produktion in Hochlohnökonomien. Abgeleitet wird aus diesen Möglichkeiten die emphatische Diagnose einer „Demokratisierung der Produktion.“¹³⁵ Sie ermögliche nicht nur den „demokratischen“ Marktzugang, sondern auch neue kollaborative Innovationsprozesse in der Crowd. Möglich werde eine Hightech-Variante von Gandhis Vision unabhängiger lokaler Produktion¹³⁶ und die Folge sei ein „erhebliches Sterben unter den vertikal integrierten globalen Konzernen der Zweiten Industriellen Revolution.“¹³⁷

Topos der Commons und der Null-Grenzkosten-Produktion: Mit dem Verweis auf Open Source-Konzepte wie Linux und Wikipedia oder Creative Commons-Lizenzen wird in diesem Diskurs von vielen Vertretern die Idee der Commons,¹³⁸ bzw. Gemeingüter propagiert. Dabei greift der Diskurs die ältere Kritik an der Einhegung von Commons und der Kommerzialisierung von Allmende-Ressourcen auf. Gerade Wissensgüter und digitale Güter seien nicht rivalisierend und nicht ausschließend. Daher wird Kritik an der Patentierung von Wissen und der Nutzung von Copyrights geübt. Zudem hätten offene Systeme wie beispielsweise das „Roboter Operating System“ (einem Software-Framework zur Robotersteuerung) gegenüber geschlossenen Systemen deutliche Vorteile, die auch Industrieunternehmen erkennen würden.¹³⁹ Das zentrale Argument mit Blick auf die digitale Ökonomie ist die „Null-Grenzkosten-These“, wie sie besonders prominent Jeremy Rifkin vertritt. Da digitale Güter zwar Produktionskosten verursachen, aber jede weitere Kopie nicht mehr, führe dies zu einem neuen ökonomischen Paradigma. Tendenziell würden nicht nur klassische digitale Güter wie Medien dieser Null-Grenzkosten-Entwicklung unterliegen, sondern sie würde sich auch auf andere Bereiche wie die Produktion

131 Anderson 2013, S. 198

132 Rifkin 2014, S. 37

133 Anderson 2013, S. 133

134 ebd., S. 19

135 Anderson 2013 S. 18, Rifkin 2014, S. 139

136 Rifkin 2014, S. 160

137 ebd., S. 372

138 Vgl. Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung 2012

139 Kurz/Rieger 2013, S. 222

(durch lokalen 3-Druck), die Bildung oder die (solare) Energiewirtschaft erstrecken und die Möglichkeit einer „Überfluss-Ökonomie“ schaffen: „Das Internet der Dinge ist die erste technologische Allzweckplattform der Geschichte, die potenziell die Grenzkosten in großen Teilen der Wirtschaft gegen nahezu null zu bringen vermag.“¹⁴⁰

Auch in kultureller Hinsicht werde die Idee der Commons sowohl auf der Anbieter- als auch der Nachfrageseite vorangetrieben. Commons würden zunehmend zur gesellschaftlichen Praxis. Stalder unterscheidet zwischen „common pool resources“ (die gemeinsam genutzten Güter), den „Commoners“ (den Mitgliedern der Gemeinschaft und dem „Commoning“ (den Praktiken, Normen und Institutionen)).¹⁴¹ Rifkin sieht in den „neuen Commoners“ eine wichtige Sozialfigur: „Sie stehen für einen tief greifenden gesellschaftlichen Umbruch, der wahrscheinlich nicht weniger bedeutend und dauerhaft sein wird als der, der die Gesellschaft zu Beginn der kapitalistischen Ära aus einer theologischen in eine ideologische Weltsicht katapultiert hat.“¹⁴² Auch von Verbraucherseite würden diese Entwicklungen unterstützt. Immer mehr wollten den Zugang statt den Besitz von Gebrauchsgütern. Das Auto verliere zugunsten des Car Sharing seine Bedeutung als Statussymbol, auch in anderen Konsumbereichen (z. B. Kleidung, Kinderspielzeug) sei dieser Trend erkennbar.

Rifkin prognostiziert die „Herausbildung eines Wirtschaftshybriden aus kapitalistischem Markt und kollaborativen Commons“.¹⁴³ Da sich die Vorteile der Commons-Produktion aber nicht in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz erschließen ließen, spitze sich der Konflikt (u. a. über Finanzierungsmodelle und die Kontrolle von Kommunikations- und Energienetzen) zu. Rifkin betrachtet das Ringen zwischen Kollaboratisten und investierenden Kapitalisten als die „ökonomische Entscheidungsschlacht des 21. Jahrhunderts“.¹⁴⁴ Auch für Paul Mason ist die Steigerung der Produktivität eine positive Vision. Er behauptet ausgehend von der Verringerung des Arbeitsaufwands in der Produktion, der schwindenden Möglichkeit des Marktes, bei Informationsgütern Preise festzulegen und der zunehmenden Allmendeproduktion einen wachsenden Widerspruch, der den Kapitalismus an die Grenzen seiner Anpassungsfähigkeit bringe: „Die Kraft, die den Kapitalismus zersetzt, ohne dass die Mainstream-Ökonomen es bemerken würden, ist die Information... Unser Ziel sollte es sein, die Technologien, Geschäftsmodelle und Verhaltensweisen zu ver-

140 Rifkin 2014, S. 202

141 Stalder 2016, S. 246

142 Rifkin 2014, S. 254

143 ebd., S. 9

144 Rifkin, S. 254

breiten, die den Markt auflösen, die Notwendigkeit der Arbeit beseitigen und die Weltwirtschaft zum Überfluss führen.“¹⁴⁵

145 Mason 2016, S. 312f.

4. Diskurse (digitaler) Arbeit

Die Entwicklung und die Perspektive der Arbeitsgesellschaft ist ein Dauerbrenner der öffentlichen Debatte. In den letzten Jahrzehnten gab es unzählige Buchtitel, Konferenzthemen und Zeitungstitel, die sich mit der „Zukunft der Arbeit“ auseinandergesetzt haben. Darin spiegelt sich das Selbstbild Deutschlands als Arbeitsgesellschaft. Aktuell treffen „ältere“ Themen, Probleme und Diskurse auf die neuen Entwicklungen der Digitalisierung. Wie bereits dargestellt, avancierte die Digitalisierung der Arbeitswelt in den letzten zwei bis drei Jahren zu einem auch medialen Thema mit sehr hoher Aufmerksamkeit. Die „digitale Arbeit“ oder auch – in Reaktion auf den Diskurs über Industrie 4.0 – der von verschiedenen Akteuren verwendete Begriff des „Arbeiten 4.0“¹ ist dabei eine Chiffre für eine Reihe von Entwicklungen und Themen, die wiederum „analoge“ Themen der Arbeitswelt der letzten Jahre und Jahrzehnte mit aufrufen.

Dies sind erstens die Beschäftigungs- und Arbeitsmarkteffekte. Als eine wesentliche Konsequenz der Digitalisierung wird die voranschreitende Automatisierung und somit das Ersetzen menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen und Algorithmen gesehen. Dieser Trend ist zunächst verbunden mit zwei widersprüchlichen Prognosen. Auf der einen Seite wird die auch aus früheren Automatisierungs-Wellen bekannte These vom „Ende der Arbeit“² aktualisiert. Diskutiert wird darüber, welche Branchen und Berufe in Zukunft noch existieren werden, welche Tätigkeiten automatisierbar sind und ob perspektivisch noch die Integration aller Bürgerinnen und Bürger in die klassische Erwerbsarbeit möglich sei. Auf der anderen Seite wird befürchtet, dass die Kombination aus demografischer Entwicklung, vor allem eines schrumpfenden Erwerbspersonenangebots und der Digitalisierung zu einem sich verschärfenden Mismatch auf dem Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel führen könne. In der ökonomischen Debatte wird in diesem Zusammenhang über die Entwicklung und Messung von „Produktivität“ diskutiert. Es steht die Frage im Raum, warum die Verheißungen

1 Vgl. BMAS 2015a, 2016

2 Vgl. Rifkin 1997

der Digitalisierung zugleich (auch international) noch mit einer schwachen Produktivitätsentwicklung einhergehen. Die Ökonomie bietet hier – auch für Deutschland – einen bunten Strauß an Erklärungen wie u. a. den Strukturwandel zur Dienstleistungswirtschaft, demografische Begründungsmuster, eine niedrige Produktivität der früheren in den Arbeitsmarkt integrierten Arbeitslosen im Zuge der Reformen der „Agenda 2010“, Investitionsschwächen, die Sättigung von Märkten oder auch Horten von Arbeitskräften in Folge des Fachkräftemangels. Grundsätzlich stehen sich mit Blick auf die Digitalisierung die technologischen Pessimisten und die Optimisten über. Die Pessimisten erkennen eine „säkulare Stagnation“ und führen für diese auch eine Reihe von Gründen an. Vor allem Robert J. Gordon hält große Produktivitätssprünge für Geschichte. Er sieht mit z. B. der Scanner-Kasse, dem Geldautomaten und der Einführung moderner Büros eine Phase der digitalen Revolution zwischen 1970 und 200 abgeschlossen. Neue Technologien v.a. außerhalb der Produktion würden menschliche Arbeit nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. „Die Abnahme des Produktivitätswachstums innerhalb der letzten zehn Jahre ist jedoch keine Illusion. Millionen von Büromitarbeitern sitzen heute an ihren Bildschirmen und Laptops und arbeiten genauso wie vor zehn Jahren – und werden es auch morgen tun.“³ Die Optimisten sehen genau diesen Produktivitätssprung noch vor uns – bis hin zu Annahmen einer weitreichenden Automatisierung der Arbeit. Zudem weisen sie auf empirische Probleme der Erfassung von Qualitätssteigerungen vieler Güter und Dienstleistungen hin, sowie darauf, dass viele digitale Dienstleistungen (wie z. B. der kostenlose Zugang zu Suchdiensten und digitalen Medien) nicht in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasst werden. Erik Brynjolfsson spricht für die USA von einer Wertschöpfung von 300 Milliarden Dollar, „die aus der Digitalisierung resultiert und in den offiziellen Zahlen nicht auftaucht, weil sie nicht gemessen wird.“⁴ Trotz aller Uneinigkeit in dieser Frage verweisen die meisten arbeitspolitischen Diskurse in Deutschland auf einen steigenden Anpassungsbedarf der Qualifikationen im digitalen Wandel und die Notwendigkeit entsprechender Qualifizierungsstrategien: „In Anbetracht der Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt werden Weiterbildung und Qualifizierung sowohl mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit als auch auf die Integration in die Gesellschaft zu einem strategischen Hebel.“⁵

Daran anknüpfend wird zweitens die Frage des weiteren Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft aufgeworfen. Diese Diskussion knüpft an ältere

3 Gordon 2016

4 Brynjolfsson 2016

5 Boes 2017, S. 155

re Linien an, wie die These einer Entwicklung hin zu einer Dienstleistungs- oder Wissensökonomie. Wurde jedoch noch in den 1990er und 2000er Jahren über eine „Dienstleistungslücke“ oder gar „Servicewüste“ in Deutschland diskutiert, hat sich die Debatte spätestens mit der Finanzkrise in vergangenen Jahrzehnt dahingehend verschoben, dass der industrielle Sektor als wichtige Basis des Wirtschaftsstandortes verstanden wird, auch wenn viele Tätigkeiten selbst im Dienstleistungssektor angesiedelt sind. In der qualitativen Bewertung von Dienstleistungsarbeit stehen drei Segmente besonders im Fokus der Betrachtung. Erstens die zunehmende „Wissensarbeit“, zweitens die Bedeutung der Care-Arbeit und ihre gesellschaftliche und monetäre Bewertung und drittens der Bedeutungszuwachs einfacher Dienstleistungstätigkeiten und die Charakterisierung der dort Tätigen als „Dienstleistungsproletariat“.⁶

Drittens stellt sich die Frage nach der Zukunft des „Normalunternehmens“ und des „Normalarbeitsverhältnis“. Das Schlagwort der „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ dient bereits seit den 80er Jahren auch in der öffentlichen Debatte als Bezeichnung für die Entwicklung hin zu einer wachsenden Heterogenität von Beschäftigungsformen und einer Entstandardisierung und Destabilisierung der Erwerbsbiografien. Obwohl der Begriff einen wichtigen Bezugspunkt in der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Wandel der Arbeit darstellt, liegt ihm keine einheitliche Definition zugrunde. Je nachdem, welche Definition man anlegt, kann man aus der Entwicklung der letzten Jahre eine Stabilität oder einen Bedeutungsverlust des NAV herauslesen. Während der Wandel und die teilweise Auflösung des Normalarbeitsverhältnis Folge auch der externen Flexibilisierung des Personaleinsatzes ist, sind zugleich die Arbeitsformen und Konsequenzen der internen Flexibilisierung in Unternehmen Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse und arbeitspolitischen Diskussion. Ausgangspunkt ist die Auflösung der fordistischen Unternehmens- und Arbeitsorganisation, die seit den 80er Jahren zunächst als „Postfordismus“ bezeichnet wurde. Der Soziologe Richard Sennett identifizierte Ende der 1990er Jahre den „flexiblen Menschen“ als Ausdruck einer neuen Kultur des Kapitalismus.⁷ Als wesentliche Treiber dieser Entwicklung angesehen werden die Globalisierung, die Digitalisierung und die Kapitalmarktorientierung (Orientierung an Zielvorgaben der Kapitalmarktökonomie anstelle der Produktionsökonomie) und in der Folge veränderte Unternehmensstrategien und Formen der Arbeitskraftnutzung. Ausgehend von der „organisatorischen Revolution“ in den Unter-

6 Staab 2014

7 Sennett 1998

nehmen werden vier wesentliche, mit einander verschränkte Entwicklungen benannt:

Die *Flexibilisierung* im Sinne „veränderte[r] Strategien des Personaleinsatzes und zwar insbesondere in den Dimensionen Beschäftigung(sverhältnis) und Personaleinsatz.“⁸

Die *Entgrenzung* im Sinne einer Aufhebung oder Verwischung der räumlichen und zeitlichen Grenzen zwischen „Arbeit“ und „Leben“.

Die *Vermarktlichung* meint ein historisch neues Verhältnis von Markt und Betrieb sowie Markt und Organisation. Auf der einen Seite öffnet sich das Unternehmen in den Markt, auf der anderen Seite nutzt es den Marktmechanismus über den Steuerungsmodus der „indirekten Steuerung“ in den Binnenstrukturen (über Profi-Center oder Simulation von Marktbeziehungen). Die Arbeit der Beschäftigten richtet sich stärker an Kennziffern, Konkurrenten und Kunden aus.

Die *Subjektivierung* wurde ursprünglich verstanden „normative Subjektivierung“ mit Bezug auf Ansprüche der Beschäftigten hinsichtlich des Einsatzes ihrer Qualifikationen, den Sinn der Arbeit oder Freude an der Arbeit zu haben. Der Begriff bzw. die „neue Subjektivität und Autonomie in der Arbeit“ meint aber inzwischen eine Entwicklung, die darauf abzielt, „die Individuen dazu zu bringen, dass sie selber ihre entfaltete Individualität für den Unternehmenszweck mobilisieren.“⁹

Diese auch mit Begriffen wie „Arbeitskraftunternehmer“¹⁰ beschriebenen Entwicklungen werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Beschäftigte als widersprüchlich bewertet. Offen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, inwieweit die Digitalisierung die externe und interne Flexibilisierung des Unternehmens weiter vorantreibt. Neue Technologien ermöglichen ein zeitliches und räumlich flexibles Arbeiten ebenso wie die Vermittlung von Arbeit über digitale Plattformen. Auch wenn neue Formen wie „Crowdwork“¹¹ derzeit intensiv diskutiert werden, sind sie derzeit (noch) eine Randerscheinung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Keese hingegen sieht in einer von ihm geschilderten philippinischen Clickworkerin eine „Vorbotin einer Revolution, die unsere Arbeitswelt so stark verändern wird wie einst die Dampfmaschine, der Webstuhl oder der elektrische Strom.“¹²

In der Folge der dargestellten Trends sowie des Wertewandels (Kapitel 2) rückt viertens das Spannungsverhältnis zwischen der Sphäre der Erwerbsarbeit und dem Privatleben, vor allem der Sorgearbeit für die Familie sowie die ungleichen Chancen der Geschlechter ins Zentrum der politi-

8 Sauer 2013, S. 38

9 ebd., S. 44

10 Pongratz/Voß 2003

11 Vgl. Benner 2015

12 Keese 2014, S. 228

schen Debatte. Der Rückgang traditioneller „Normalarbeit“ ist auch Folge einer Feminisierung der Arbeitsgesellschaft. Dieses drückt sich zum einen in der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen aus. Zum anderen meint Feminisierung aber auch, dass vermeintlich „weibliche“ Eigenschaften und Tätigkeiten (Care-Arbeit wie z. B. Betreuung oder Pflege) eine größere Bedeutung erhalten. Ein wesentliches Konfliktthema sind die Gender Gaps, also die Differenzen zwischen den Geschlechtern u. a. hinsichtlich der Entlohnung, der Arbeitszeiten und der Alterssicherung. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Arbeit und Privatleben bricht vor allem in bestimmten Lebensphasen auf. In der als „Rushhour des Lebens“¹³ beschriebenen Lebensphase stehen für die „überforderte Generation“ die Anforderungen nach beruflichem Aufstieg und Familiengründung und -arbeit in einem erheblichen Konflikt. Der gesellschaftliche (Werte-)Wandel wie die der Wunsch nach individueller Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung habe „keine Antworten darauf hervorgebracht, wie ein Familienmodell aussehen kann, das mit diesen neuen Selbstansprüchen und gesellschaftlichen Anforderungen korrespondiert und wie in solch einer Gesellschaft überhaupt ein Raum für Liebe und Fürsorge erhalten bleiben kann.“¹⁴ Zudem wird dieser Konflikt in der Regel immer noch so aufgelöst, dass es vor allem die Frauen sind, die in eine Teilzeitarbeit wechseln oder für Kindererziehung oder Pflege zeitweise aus der Berufstätigkeit aussteigen. So wird die Elternzeit überwiegend von Frauen in Anspruch genommen. Aktuelle Sachbuchveröffentlichungen von Journalistinnen und Journalisten wie „Die Alles ist möglich-Lüge: Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind“¹⁵ oder „Geht alles gar nicht: Warum wir Kinder, Liebe und Karriere nicht vereinbaren können“¹⁶ sind Ausdruck dieses Spannungsverhältnisses. „Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass der Anspruch auf eine gleichberechtigte Beziehung bei den allermeisten Paaren nicht eingelöst wird, selbst wenn sie sich grundsätzlich als gleichberechtigt ansehen.“¹⁷ Schließlich wird die Frage aufgeworfen, ob die Entgrenzung und Beschleunigung (nicht nur) des Arbeitslebens in Einklang zu bringen ist mit der menschlichen Physis und Psyche. Die Gegenpositionen kommen in einem Streitgespräch in der FAS zum Ausdruck. Hartmut Rosa sieht die Ursache für die Zunahme psychischer Erkrankungen im ökonomischen System: „Der Kapitalismus befördert Verhältnisse, unter denen Burnout oder Depressionen zunehmen, und deshalb kann man auch sagen, dass der Kapitalismus krankt macht.“ Martin Donges bestrei-

13 Bertram/Deuffhard 2015, S. 15

14 ebd., S. 17

15 Garsoffsky/Sembach 2014

16 Brost/Wefing 2015

17 Koppetsch 2015, S. 125

tet eine Zunahme sowohl der Ursachen als auch der Erkrankungen: „Aus der Zunahme der Burnout-Diagnosen schließt man auf die Zunahme dieser Krankheiten und daraus wiederum, dass die Lebensverhältnisse unter dem neoliberalen Kapitalismus nach oben treiben. Dieser Zusammenhang existiert nicht. Wenn die Krankheitsdiagnosen zunehmen, bedeutet das noch lang nicht, dass es auch mehr Kranke gibt.“¹⁸

Im Kontext des Diskurses über Industrie 4.0 werden fünftens die neuen Produktionskonzepte und das Zusammenwirken von Mensch, Maschine und Organisation diskutiert. An Bedeutung würden neue agile Arbeitsformen gewinnen, die wiederum zu neuen Anforderungen an die Beschäftigten führen: „In Unternehmen und öffentlichen Debatten wird die neue Arbeitswelt mittlerweile häufig mit der Kurzformel „VUKA“ beschrieben, deren Anfangsbuchstaben für die Begriffe „Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Ambiguität stehen.“¹⁹ Ungeklärt ist, ob die neuen vernetzten Produktionsprozesse und Cyber-Physischen-Systeme menschliche Arbeit auf- oder abwerten und welche Auswirkungen dies auf die Berufe hat. Ebenso ist unklar, ob neue Assistenzsysteme zur Humanisierung der Arbeit oder zum Gegenteil beitragen (siehe Kapitel 3: Diskurs „Industrie 4.0“). Die zunehmende Vernetzung und die Verfügbarkeit von Daten wirft neue Fragen des Schutzes der Unternehmensdaten aber auch des Beschäftigtendatenschutzes auf. Gewarnt wird in diesem Kontext auch vor dem „gläsernen Arbeitnehmer.“²⁰

Diese Trends und Themen werden in verschiedenen Diskursen der Arbeit konfliktuell verhandelt. Dabei werden die neuen Entwicklungen der Digitalisierung teils in deutlich ältere und tiefer verankerte Diskurse eingebaut, teils bilden sich auch neuere Diskurse heraus. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität- Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“²¹ hat in ihrem 2013 vorgelegten Schlussbericht den Versuch unternommen, auf Basis der Meinungen und der Expertisen in der Kommission drei „Typisierungen künftiger Arbeitsleben“ herauszuarbeiten, die in etwa dem entsprechen, was im hier vorliegenden Text als politische Diskurse verstanden wird. Diesen drei Typisierungen wird jeweils ein „Impetus“ zugeordnet, dies entspricht in etwa dem zentralen Versprechen oder auch der normativen Basis der politischen Diskurse. Diese drei Typisierungen sind:

- „*Ausdehnung der Erwerbsarbeit*“ (Impetus: Bewältigung des demografischen Wandels, Globalisierung, Fachkräftemangel)

18 Donges/Rosa 2016

19 Boes 2017, S. 156

20 Schröder 2016

21 Deutscher Bundestag 2013

- „*Ausbau der Erwerbsarbeit auf Basis guter Arbeit und punktueller Arbeitszeitverkürzung*“ (Impetus: Vollbeschäftigung in qualitativ hochwertiger Arbeit)
- „*Das Ganze der Arbeit zukunftsfähig gestalten*“ (Impetus: Gesellschaftliche Umverteilung, geschlechtsspezifische Zuweisungen und Abwertungen überwinden)

Diese Sortierung wird hier teilweise übernommen, wenn auch mit anderen Überschriften und etwas anderen Akzentuierungen, aber um einen weiteren Diskurs ergänzt. Während die erwähnten Diskurse ältere Traditionslinien aufweisen, ist der hier als „New Work“ bezeichnete Diskurs jünger. Er spiegelt in besonderer Weise die Megatrends der Digitalisierung und des gesellschaftlichen Wertewandels wider.

4.1 Diskurs „Die Arbeit in der digitalen Transformation benötigt mehr Freiheit und Flexibilität“

Dieser Diskurs betrachtet Arbeit in erster Linie als einen Produktionsfaktor. Seine zentralen Versprechen sind der betriebswirtschaftliche Erfolg und volkswirtschaftliche Prosperität. Die Arbeitsbedingungen der Einzelnen wie Entlohnung, Zeitsouveränität oder Partizipation und die Voraussetzungen zu ihrer Realisierung stehen hier nicht im Fokus; eher werden sie im Spannungsverhältnis zu den genannten Versprechen gesehen. Dieser Diskurs, der in besonderer Weise von Unternehmern, Wirtschaftsverbänden, großen Teilen der Wirtschaftswissenschaft, wirtschaftsnahen Medien sowie liberalen und konservativen politischen Parteien geführt wird, bedient sich dabei aus dem wirtschaftstheoretischen Spektrum des Ordoliberalismus und der Neoklassik. Von seinen Kritikern werden die Argumente meist pauschalisierend als „neoliberal“ bezeichnet.

Topos der Wettbewerbsfähigkeit: In den 80er bis 00er Jahren, zu Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit und im Zuge der „Standortdebatte“ wurden die vermeintlich zu hohen Lohnkosten bzw. vor allem die „Lohnnebenkosten“ sowie der zu rigide regulierte Arbeitsmarkt als Hemmnis für Wachstum und ökonomische Prosperität gesehen. Im Zuge der Globalisierung nehme die Konkurrenz zwischen den Standorten zu – vor allem demzufolge müssten alle Produktionsfaktoren auch wettbewerbsfähig sein. Es galt der Slogan: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Nach einer Phase erfolgter Deregulierung und einer Rücknahme sozialer Rechte in den 1990er und 2000er Jahren (u. a. Agenda 2010) wird nun weniger eine

weitere Deregulierung gefordert, vielmehr wird davor gewarnt, die Erfolge dieser Reformen nicht zu gefährden. Die Existenz von sehr niedrigen Löhnen wird nicht bestritten, aber staatliche Eingriffe in den Preisbildungsprozess werden abgelehnt: „Am Ende bestimmt der Kunde den Preis von Waren und Dienstleistungen. Als Konsument zahlen Sie nur den Preis, der Ihnen ein Produkt wert ist. Und daran werden sich auch die Löhne orientieren. Wir haben die Wahl: Wollen wir die Rekordbeschäftigung erhalten? Oder nehmen wir wieder doppelt so viele Arbeitslose in Kauf?“²²

Topos der Einschränkung der Freiheit und der Bürokratisierung: Gegenwärtig, in Anbetracht eines Rekordniveaus der Erwerbstätigkeit und der vergleichsweise guten ökonomischen Performance der deutschen Volkswirtschaft rückt vor allem das Bürokratie-Argument in den Vordergrund. Die „Regulierung“ der Arbeitsbedingungen und die Einführung von immer mehr „Rechtsansprüchen“ werden einerseits als Angriff auf die unternehmerische Freiheit gewertet, andererseits als Belastung und Kostenfaktor gesehen. So beklagte der Präsident der BDA in Reaktion auf die Politik der aktuellen Großen Koalition eine „zunehmende Regulierung und Gängelung und viel zu hohe langfristige Belastungen der Sozialsysteme“ und forderte ein „Belastungsmoratorium“.²³ Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wird beispielsweise als „Mindestlohn-Bürokratie-Monster“²⁴ beschrieben. Auch wird bestritten, dass eine Regulierung der Arbeit zu mehr Gerechtigkeit führe. Diagnostiziert wird ein „Übergriff auf das Wirtschaftsleben, den selbst skeptische Geister kaum für möglich gehalten hätten.“²⁵

Topos der „wachsenden Normalität des Atypischen“: Die Ausfranzung des Normalarbeitsverhältnisses wird in diesem Diskurs weniger als zu regulierendes Problem gesehen, sondern vor allem als Folge eines Strukturwandels des Arbeitsmarktes durch die Trends der Informatisierung, der Tertiarisierung und Feminisierung. Unterstellt wird, dass diese Flexibilisierung auch den Präferenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entspreche, wobei hier meist nicht zwischen interner und externer Flexibilisierung unterschieden wird. Es gäbe eine abnehmende Akzeptanz für starre Lösungen und die Flexibilisierung ermögliche eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und berufliche Wiedereinstieg. Sowohl der Begriff der atypischen Arbeit als auch der Begriff der Prekarität wird

22 Kramer 2017

23 Kramer 2014

24 Göbel 2015

25 Held 2015

zurückgewiesen. Sven Astheimer sieht in der Diagnose wachsender Prekarität mit dem Hinweis auf eine wachsende Zahl von Normalarbeitsverhältnissen einen „Mythos“ von „Dauernörglern“.²⁶ Neue Formen der Erwerbstätig würden sich der traditionellen Regulierung entziehen: „Crowdworking und Croudsourcing sind neue Formen freier Tätigkeiten, die sich gesetzlich nicht fassen lassen. Es handelt sich auch nicht um Beschäftigungsformen, die irgendwie regelbar wären.“²⁷

Topos Digitalisierung braucht Flexibilität: Die Digitalisierung werde eine weitere Flexibilisierung und die Auflösung von „Normalarbeit“ zur Folge haben – und dies auch in den Kernbereichen der Arbeitsgesellschaft. So prognostiziert ein Unterrichtsmaterial für Schulen des Instituts der Deutschen Wirtschaft, dass der Trend in Richtung „Industrie 4.0“ zu einer „Verschmelzung von Arbeits- und Freizeit auch im industriellen Sektor“ führen werde.²⁸ „Wichtig ist, dass die Flexibilität, die die Digitalisierung durch neue Arbeitsabläufe und neue Kommunikationsinstrumente mit sich bringt, nicht durch Regulierung behindert wird. Positive Wettbewerbs- und Beschäftigungseffekte könnten nur mit einem flexiblen Rahmen ausgeschöpft werden“, so die BDA in einem Positionspapier.²⁹ Zum einen wird ein Konflikt zwischen dem bestehenden Arbeitsrecht und den Anforderungen der digitalen Produktionsweise gesehen. Zum anderen wird die Behauptung aufgestellt, dass die junge Generation oder bestimmte Beschäftigtengruppen selbst flexibel und eigenverantwortlich arbeiten wollen und so bestehende Regeln zu hinterfragen sind. Gefordert werden unter anderem eine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes und mehr betriebliche Spielräume beim flexiblen Personaleinsatz. Abgelehnt werden neue Rechte und Regeln bei der Mitbestimmung, oder im Arbeitsschutz: „Es geht nicht darum, Schutzfunktionen aufzuheben, aber wir müssen Regeln flexibilisieren und den Wünschen vieler Menschen nach mehr Freiheit, Selbstbestimmung und Work-Life-Balance gerecht werden“, so ein Konzern-Personalvorstand.³⁰

Topos des Fachkräftemangels und der nötigen Anpassung der Qualifikationen: Auch wenn das Thema der Fachkräftesicherung in vielen Diskursen präsent ist, spielt es in diesem Diskurs eine besondere Rolle. Hier ist der „drohende Fachkräftemangel“ ein ständig präsenter und warnender Topos, vor allem mit dem Ziel, den Unternehmen ein ausreichen-

26 Astheimer 2014

27 BDA 2015, S. 5f.

28 Institut der deutschen Wirtschaft 2014, S. 13

29 BDA 2015, S. 2

30 Handelsblatt vom 16.2. 2016

des Arbeitskräfteangebot zu sichern. Zentrale Forderungen sind eine höhere Einwanderung von qualifizierten Fachkräften sowie eine längere Lebensarbeitszeit. Der Fachkräftemangel-Topos wird hier verknüpft mit der demografischen Frage und dem Diskurs der Generationengerechtigkeit (siehe Kapitel 2). So sei die Rente mit 67 nur ein erster Schritt und als der „fairste Weg (...), um Lasten von den Schultern der jüngeren Generation zu nehmen und der gestiegenen Lebenserwartung Rechnung zu tragen.“³¹

Topos der Eigenverantwortung, der Aktivierung und des Aufstiegs durch Bildung: Die Entwertung von beruflichen Qualifikationen durch den technologischen Wandel wird zum einen als Chance gesehen, dass unattraktive und belastende Tätigkeiten durch Technik ersetzt werden. Argumentiert wird zum einen mit der Normalität des Strukturwandels, der immer auch neue Beschäftigungsfelder hervorgebracht habe, zum anderen mit der wünschenswerten Automatisierung bestimmter Arbeiten. Doch zugleich wird die Verantwortung für die Bewältigung des Wandels beim Individuum gesehen, denn die „Reichweite der Politik ist beschränkt“.³² Beschäftigte müssten in Zukunft mehr in die Sicherung ihrer Beschäftigungsfähigkeit investieren. Auch Hilmar Schneider sieht eine Verlagerung unternehmerischer Risiken auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: „Es wird nicht mehr gesagt, was zu tun ist, es wird nur das Ergebnis vorgegeben.“³³ Selbstmanagement und Eigenverantwortung würden zu wesentlichen Schlüsselqualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Allerdings richtet sich der Qualifizierungs-Appell auch in Richtung Unternehmen, um Fachkräftemangel zu vermeiden: „Unternehmen müssen sich Konzept des ‚Talentismus‘ verschreiben, also des Wertes von hoch qualifizierten Mitarbeitern bewusst werden.“³⁴

4.2 Diskurs „Gute (digitale) Arbeit und neues Normalarbeitsverhältnis“

Während der vorgenannte Diskurs die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und der Volkswirtschaft hervorhebt, rückt dieser Diskurs die Qualität der Arbeitsverhältnisse ins Zentrum. Diese ist nicht eine der ökonomischen Performanz untergeordnete Größe, sondern ein Wert an sich, der

31 Zimmermann 2013, S. 35

32 Deutscher Bundestag 2013, S. 679

33 Schneider 2012, S. 19

34 Schwab 20, S. 92

auf legitimen Ansprüchen der Arbeitnehmerschaft und zumindest teilweise auf demokratisch errungenen sozialen Rechten basiere. Das zentrale Versprechen lautet, dass gute Arbeitsbedingungen und Erwerbsbiografien für alle durch kollektive Regelungen in Betrieb, zwischen Tarifpartner und auf gesetzlicher Ebene realisierbar sind. Wichtige Repräsentanten sind hier Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Sozialverbände, Parteien des linken Spektrums aber auch Vertreter der christlichen Soziallehren sowie Teile der (Sozial-)Wissenschaft. Zum einen ist das Anliegen „Gute Arbeit“. Diese „basiert auf der allgemeinen Gewährleistung erfüllender, sicherer und belastungsarmer Arbeitsbedingungen wie Einkommen- und Beschäftigungssicherheit, Einfluss und Handlungsspielraum am Arbeitsplatz, Führungsqualität der Vorgesetzten, Entwicklungsmöglichkeiten, Gesundheitsschutz, kreative Aspekte sowie soziale Merkmale.“³⁵ Zum anderen wird der Blick auf Lebensphasen und berufliche Übergänge gerichtet: „Erwerbsarbeit bleibt zentral, aber bestimmte Phasen von Nicht-Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf wie Kindheit und Alter sowie Erziehungszeiten oder Bildungsphasen werden über soziale Sicherungssysteme so abgesichert, dass ein gutes Leben möglich ist.“³⁶ Die Enquete-Kommission nennt dies mit Bezug auf wissenschaftliche Vorarbeiten eine „inklusive Arbeitsgesellschaft“.

Topos der „Guten Arbeit“ und der „Humanisierung der Arbeit“: Als Antwort auf die Entwicklungen der Arbeitsgesellschaft wurde ab Mitte der 2000er Jahre der Begriff der „Guten Arbeit“ zum wichtigen Schlüsselbegriff vor allem der Gewerkschaften. Der Begriff wurde bereits in den 1990er Jahren von der IG Metall in der tarifpolitischen Debatte verwendet, er orientiert sich zudem am internationalen Konzept der „decent work“.³⁷ „Gute Arbeit“ bedeutet aus gewerkschaftlicher Sicht „nicht nur die Abwesenheit prekärer Beschäftigung. Zu guter Arbeit gehören sichere Arbeitsplätze mit Entwicklungsperspektiven, die Anerkennung von Leistung, wertschätzender Umgang und gute Qualifizierungsangebote.“³⁸ Gute Arbeit ist im öffentlichen Diskurs aber weniger ein exakter Maßstab mit harten Kriterien als vielmehr eine Chiffre für nicht-prekäre Arbeit. Sie ist „Gegenentwurf zu der These, wonach sozial sei, was Arbeit schafft“, wie Stefan Sauer schreibt.³⁹ Inzwischen ist dieser Begriff auch in weiten Teilen der Parteienlandschaft angekommen – so haben alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne, Die Linke) den Begriff

35 Deutscher Bundestag 2013, S. 686

36 ebd., S. 686

37 http://de.wikipedia.org/wiki/Gute_Arbeit

38 Hoffmann 2015a, S. 19

39 Sauer, St. 2014

in ihren Programmen zur Bundestagswahl 2013 als wichtigen Schlüsselbegriff in den Überschriften der arbeitsmarktpolitischen Kapitel verwendet.

Als Bewertungsinstrument dient unter anderem der vom DGB regelmäßig erhobene Gute-Arbeit-Index. Mit Blick auf die Digitalisierung wird das Konzept der Guten Arbeit nun als „Gute digitale Arbeit“ erweitert: „Vielmehr müssen die sich Gewerkschaften um intelligente Regulierung digitaler Erwerbsarbeit bemühen – und so die Deutungshoheit über Gute Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung behalten. Zum einen geht es dabei um die Übertragung sozialer Regulierung aus der analogen auf die digitale Arbeitswelt, zum anderen müssen neue Formen sozialer Sicherheit, Beteiligung und Mitbestimmung gefunden werden.“⁴⁰ Dies gelte ausdrücklich auch für neue Erwerbsformen: „Aus Sicht der Gewerkschaften muss es darum gehen, bestehende Schutzrechte des Wirtschaftslebens wie zum Beispiel Urheberrechte, AGB-Kontrolle, Ausschluss sittenwidriger Bezahlung auch in der Crowd wirksam zu machen.“⁴¹

Während sich die „Gute Arbeit“ eher sehr allgemein auf die Entlohnung, Sicherheit und Qualität der Arbeitsverhältnisse bezieht, ist der – medial allerdings deutlich weniger verwendete – Schlüsselbegriff der „Humanisierung der Arbeitswelt“ auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben ausgerichtet. Seinen Ursprung hat der Begriff in einem gleichnamigen 1974 initiierten Forschungsprogramm der Bundesregierung. Seitdem fungiert er ebenso als Chiffre für Aktivitäten, den Arbeitsschutz und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Topos der intensivierten Ausbeutung und „Prekarisierung“: Auch wenn das traditionelle Normalarbeitsverhältnis aufgrund seiner Gültigkeit vor allem für männliche Erwerbsbiografien ambivalent bewertet wird, ist es für diesen Diskurs – wie überhaupt die durch bildungs-, arbeits- und sozialpolitische Errungenschaften geprägten Nachkriegsjahrzehnte – eine wichtige Bezugsfolie. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses wird in diesem Diskurs in besonderer Weise als arbeits- und sozialpolitisches Problem bewertet. Neben der Diagnose von „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen sind die „prekäre Arbeit, das „Prekariat“ (für die soziale Gruppe) bzw. die „Prekarisierung“ (den Prozess) Schlüsselbegriffe zur Charakterisierung bestimmter wenig abgesicherter Formen der Beschäftigung wie z. B. der Leiharbeit. Mit Bezug auf die Digitalisierung geht die Kritik über die formale Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis hinaus. Gerade im Dienstleistungssektor bilde sich ein neuer „digitaler Taylorismus“ heraus, bei dem eine „umfassende digitale Prozesssteuerung“ mit

40 Hoffmann 2015b, S. 19

41 Benner 2015, S. 289

einer „Intensivierung und Abwertung von Arbeit“ einhergehe und sich dies keinesfalls nur auf geringqualifizierte Arbeit beschränke.⁴² Thematisiert wird eine Dualisierung der Ökonomie auch im Zeitalter der Digitalisierung: „Den exportstarken Branchen mit großen Anteilen von qualifizierten Beschäftigten im Hochtechnologiebereich steht ein expandierender Sektor mit niedrig entlohnenden, instabilen und häufig wenig anerkannten Dienstleistungstätigkeiten gegenüber, dessen Arbeitsproduktivität nach herkömmlichen Maßstäben weit hinter der des industriellen Sektors zurückbleibt.“⁴³ Für die in den einfachen Dienstleistungen Tätigen gehe, so Bude, „das kapitalistische Wohlfahrtsversprechen, demzufolge man sich durch harte Arbeit auch ein paar schöne Dinge leisten kann“ nicht auf.⁴⁴ Kritische Protagonisten dieses Diskurses spitzen diese Diagnose eines hohen Anteils prekärer Arbeitsverhältnisse in Begriffen wie dem einer „Abstiegsgesellschaft“⁴⁵ zu.

Topos der selbstbestimmten Erwerbsbiografie: Während die klassischen sozialen Fragen, die sozialen Lebenslagen von Arbeitnehmern und die jeweils spezifischen Interessen von Berufsgruppen etc. schon seit langer Zeit ein Thema sind, rücken in diesem „arbeitnehmerzentrierten“ Diskurs auch neue Fragen ins Zentrum bzw. er geht Allianzen mit anderen Diskursen ein. So finden Argumente der feministischen Diskurse zunehmend Eingang und Akzeptanz auch in traditionellen industriegewerkschaftlichen Milieus, und es verbinden sich die Themen „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie die Absicherung von biografischen Übergängen mit klassischen Arbeitnehmer-Themen. Demzufolge wird das traditionelle Normalarbeitsverhältnis auch aus einer normativen Perspektive in Frage gestellt. Nötig sei das „Reformprojekt eines neuen Normalarbeitsverhältnisses“⁴⁶ und eine „qualitative Tarifpolitik“, die neue Themen aufgreife wie eine Arbeitszeit, die sich an den Bedürfnissen der Familien ausrichte, Bildungszeiten und das Arbeitsleben stärker auf die Bewältigung der demografischen Veränderungen ausrichte. In den Mittelpunkt rücken dabei in besonderer Weise die Übergänge entlang einer Erwerbsbiografie (wie Auszeiten für Care-Tätigkeiten, Bildungsphasen oder auch der Wechsel zwischen selbstständigen und nicht-selbstständigen Erwerbsformen) und die daraus folgenden Lebensrisiken. Eine zentrale Leitidee ist hier das „Recht auf selbstbestimmte Erwerbsbiografie“⁴⁷ bzw. die

42 Staab 2016, S. 94ff.

43 Dörre 2015, S. 278

44 Bude 2015, S. 24

45 Nachtwey 2016

46 Hofmann 2015, S. 46, Denkwerk Demokratie 2014

47 Kocher u. a. 2013

Anforderung an die Tarifpolitik, aber auch die staatliche Politik, diesem Ziel Rechnung zu tragen.

Topos der sozialen Gerechtigkeit: Ein zentraler normativer Topos dieses Diskurses ist das Ziel der „sozialen Gerechtigkeit“, wobei dieses Verständnis von Gerechtigkeit auf einer Kombination von Verteilungs-, Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit sowie Chancengleichheit basiert. Auf der Ebene der Primärverteilung wird eine „gerechte“ Entlohnung eingefordert. Auch wenn z. B. in der Forderung „wer den ganzen Tag arbeite, müsse von seiner Arbeit seine Familie ernähren können“ die Idee der Bedarfsgerechtigkeit mitschwingt, dominiert die Idee der Leistungsgerechtigkeit, der zufolge Qualifikation und Arbeitsaufwand eine entsprechende Entlohnung zur Folge haben müsse. Auch auf die Ebene der Sekundärverteilung nimmt der Topos der sozialen Gerechtigkeit Bezug. Kritisch gesehen wird die wachsende Schere von Einkommen und Vermögen sowie die als unzureichend angesehene Besteuerung von Kapitaleinkommen und Vermögen (siehe Kapitel 2 - Diskurs „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“): „Es wird zunehmend Aufgabe der staatlichen Sozialpolitik sein, die niedrigen Einkommen der Bevölkerung zu unterstützen und Formen der Beschäftigungssicherheit verfügbar zu machen, die Familien helfen und gleichzeitig die Flexibilität des Arbeitsmarktes nicht einschränken. Es ist ein neuer Sozialvertrag erforderlich.“⁴⁸

Topos der demokratischen Teilhabe und der sozialen Partnerschaft: Vor allem aus der Tatsache einer strukturellen Machtungleichheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aber auch demokratietheoretischen Begründungen leitet dieser Diskurs Rechte ab, die eine kollektive Vertretung von Arbeitnehmern ermöglichen und diese institutionell absichern (siehe auch Kapitel 2 – Diskurs „Soziale Demokratie“). Gefordert wird die „Teilhabe am Sagen und Haben“ in der Wirtschaft. Dabei bewegen sich konkrete Forderungen stets im Spannungsfeld von umfassenden wirtschaftsdemokratischen Konzepten (auf den Ebenen des Staates, der Unternehmen, des Betriebs und der individuellen Ebene) bis hin zu eher kleinteiligen Gestaltungsoptionen der Mitbestimmung. Die wirtschaftsdemokratischen Begründungen und Forderungen dieses Diskurses sind jedoch seit längerer Zeit eher defensiv ausgerichtet. Sie werden herausgefordert durch Globalisierung, Europäisierung, Finanzialisierung von Unternehmensentscheidungen, Verbetrieblichung, die Aufspaltung von Belegschaften und in der Zukunft sicher auch durch weitere Entwicklungen, die mit der Digitalisierung einhergehen. In jüngster Zeit wurde auf die Erfolge der Sozial-

48 Crouch 2015

partnerschaft bei der Bewältigung der Finanzkrise und die „positive Bilanz“⁴⁹ der Mitbestimmung hingewiesen. Auffällig ist jedoch, dass die Idee der Mitbestimmung derzeit vor allem auf die konkrete institutionelle Praxis ausgerichtet ist und weder Teil eines gesellschaftspolitischen Diskurses ist noch ein zentrales Thema der Demokratietheorie.⁵⁰

Topos der politischen Gestaltung der Arbeitswelt: Die digitale Transformation der Arbeitswelt wird in diesem Diskurs als zentrale politische Gestaltungsaufgabe gesehen. Dabei wird darauf verwiesen, dass auch in früheren Umbrüche Fortschritte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer politisch durchgesetzt werden mussten: „Gerade auf die industrielle Revolution folgte ja zunächst keineswegs Wohlstand für alle, sondern ungeheures Massenelend, das nicht Jahre, sondern Jahrzehnte vorherrschte. Erst die entstehende Arbeiterbewegung und der Aufstieg des Sozialstaates macht der Misere ein Ende – nichts ging dabei von allein, nicht bewegte sich zum Guten ohne politische Gestaltung, ohne staatliche Regulierung, ohne gesellschaftliche Auseinandersetzungen, ohne gewerkschaftliche Kämpfe.“⁵¹ Die digitale Transformation wird hier auch als Chance gesehen, arbeitspolitische Ziele durchzusetzen: „Der weitere Entwicklungspfad menschlicher Arbeit hängt also nicht nur von der Technik an sich ab. Entscheidend ist, in welcher Art und Weise es uns gelingt, ihre Potenziale für eine menschliche Zukunft der Arbeitswelt zu heben, die qualifiziert, nachhaltig und kooperativ ist.“⁵² Die Kritik richtet sich gegen ein zu enges Verständnis von Industrie 4.0: „Die Vision einer Industrie 4.0 ist ingenieurexpertokratisch verfasst und damit technologisch geprägt.“⁵³ Daher müsse die bevorstehende Transformation stets die Einbettung der Technologie den sozio-ökonomischen Kontext mitdenken und diesen mitgestalten. Ein wichtiges Stichwort lautet hier „soziale Innovation“: „Das Konzept sozialer Innovation schließt partizipative Formen der Arbeits- und Technikgestaltung ein, führt aber mit der Möglichkeit zur Analyse und Gestaltung von Transformationsprozessen als intentionale Neukonfiguration sozialer Praktiken über Industrie 4.0 hinaus und erlaubt eine Einordnung in den weiteren Zusammenhang digitaler Transformation.“⁵⁴

Der Trend der digitalen Arbeit wird in diesem Diskurs jedoch nicht einheitlich bewertet bzw. je nach Rolle und Blickwinkel der Akteure werden die

49 Hexel 2009, S. 8

50 Demirovic 2007

51 Bsirske 2016, S. 65

52 Hofmann/Kurz 2016, S. 79

53 Kopp/Schwarz 2017, S. 95

54 ebd., S. 96

Herausforderungen unterschiedlich gewichtet. Teils steht die Problematisierung wie einer „Amazonisierung der Arbeitswelt“ oder die Gestaltung von „Crowdworking“ im Fokus. Andere blicken stärker auf die industriellen Kernbereiche der deutschen Wirtschaft: „Denn die weitere Digitalisierung entscheidet sich nicht an ihren Rändern. Sicher sind Crowdworker und die hippe Startup-Szene des Digitale Life sowie andere Spielarten neuer, oft prekärer Erwerbsarbeit ein Phänomen – aber nicht der Kern der Veränderung.“⁵⁵ Gleichwohl laufen die wesentlichen politischen Schlussfolgerungen auf vier Aspekte hinaus. Erstens eine Erweiterung der kollektiven Mitbestimmungsrechte und eine Stärkung der Tarifbeziehungen und Sozialpartnerschaft. Zweitens eine Anpassung des Arbeits- und Datenschutzes sowie des Sozialrechtes an die neuen Bedingungen und Erwerbsformen. Drittens ein Ausbau von individualrechtlichen Optionen und staatlicher Förderung u. a. in den Feldern der Qualifizierung und der selbstbestimmten Gestaltung von Arbeitszeiten. Und viertens eine gerechte Verteilung etwaiger Produktivitätsgewinne bzw. der „digitalen Dividende“ und die gezielte Schaffung neuer Arbeitsplätze u. a. in gesellschaftlichen Bedarfsebenen wie den sozialen Dienstleistungen.

4.3 Diskurs „New Work“

Der Diskurs „Gute Arbeit“ betont die politischen Rahmenbedingungen, die sozialen Rechte sowie die Notwendigkeit kollektiver Interessenvertretung als Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen. Auch der Diskurs „New Work“ hat seinen Fokus auf „gute“ Arbeitsbedingungen, stellt aber die tradierten (kollektiven) Formen der Interessenvertretung sowie das Arbeitsrecht teilweise infrage. Er nimmt dabei Bezug auf Arbeits- und Lebensformen von Künstlern oder der Bohème, wie es sie schon sehr lange gibt, Arbeitsformen der Alternativkultur der 70er und 80er Jahre, aber auch Arbeitsformen der frühen „New Economy“ der Jahrtausendwende. Geführt wird dieser Diskurs vor allem von Vertretern jüngerer Generationen, die den frühen Umgang mit Computern gelernt und für die das Leben „im Internet“ eine Normalität ist (Kapitel 2.1). Ein weiterer Impuls für diesen Diskurs kommt aus der Entwicklung von neuen Innovationsmethoden und Managementpraktiken wie dem Design Thinking oder agilen Arbeitsmodellen, die auf Kreativität, Selbstorganisation und auch auf disruptive Lösungen hervorbringendes Denken abzielen. Der Diskurs entfaltet seine Wirkung über Berichte aus jungen Unternehmen, vornehmlich der IT- und Software oder Medienbranche und publizistische Beiträge jüngerer Au-

55 Hofmann/Kurz 2016, S. 74

tor/innen. Der Begriff der „New Work“ ist ursprünglich ein Konzept des amerikanischen Philosophen Frithjof Bergmann, der an die Stelle der traditionellen Lohnarbeit eine Kombination aus Erwerbsarbeit, Eigenproduktion (auf hohem technologischen Niveau) und selbstbestimmter Arbeit setzen wollte.⁵⁶ Er wurde inzwischen von einer neuen, sich selbst als „New Work-Bewegung“ bezeichnenden Szene adaptiert, die allerdings den gesellschaftskritischen und alternativökonomischen Impetus Bergmanns nur bedingt übernimmt. Beispielhaft für diese Szene steht der „New Work Award“, der vom sozialen Netzwerk XING verliehen wird.

Der Diskurs ist Ausdruck eines „Kreativitätsdispositivs“, das eine Ästhetisierung „des Neuen“ forciert und Elemente der „Künstlerarbeit“ auf die Erwerbsarbeit außerhalb des Feldes der Kunst überträgt. Dabei geht es um eine „Dopplung von Kreativitätswunsch und Kreativitätsimperativ: Man will kreativ sein und man muss es.“⁵⁷ Daher richtet der Diskurs seine Kritik auf die tradierten „fordistischen“ Strukturen: Auf Bürokratie, Hierarchie, Säulenkarrieren, Präsenzkultur, Silodenken und traditionelle Führung. Das „neue Arbeiten“⁵⁸ ist in diesem Diskurs der Versuch einer Synthese aus „guter Arbeit“ (oft aber nur für Hochqualifizierte bzw. „Wissensarbeiter/innen“) und dynamischer kapitalistischer Wettbewerbsfähigkeit. Zuweilen wird in modernen Unternehmen wie Google der Ausdruck einer modernen, anzustrebenden Arbeitskultur gesehen. Gegen Konformität, Kontrolle und Konkurrenz werden Schlüsselbegriffe gesetzt wie: Vertrauen, Transparenz, Eigenverantwortung, Selbstverwirklichung, Team, Kooperation und Kollaboration, Individualität und Netzwerk.

Als ein einschlägiger Text dieses Diskurses kann das Buch „Thank God It's Monday“, verfasst vom Team des Unternehmens Dark Horse Innovation gewertet werden, vor allem, weil es drei wesentliche Quellen des Diskurses zusammenführt. Die Autorinnen und Autoren rechnen sich selbst der „Generation Y“ zu, ihr gemeinsames Unternehmen „Dark Horse“ ist Produkt eines Studiengangs des Innovationsansatzes Design Thinking und dieses Unternehmen selbst ist ein Prototyp eines Startups moderner Formen der Wissensarbeit. In ihrem Vorwort schreiben sie: „Wir hatten wenig Lust, uns von nun an auf vorgegebenen Lebensbahnen die Sporen geben zu lassen, um gegeneinander im Kreis zu sprinten...Weil die verfügbare Arbeit nicht unseren Erwartungen entsprach und wir jung und naiv waren schickten wir uns an, die Arbeit zu ändern. Wir gründeten eine Firma, in der wir so flexibel, kooperativ und kreativ arbeiten konnten, wie wir uns das wünschten.“⁵⁹

56 https://de.wikipedia.org/wiki/New_Work

57 Reckwitz 2012, S. 10

58 Frank/Hübschen 2005, S. 41

59 Dark Horse 2014, S. 10f.

Topos des „Neuen“: Ein Kerngedanke dieses Diskurses ist, dass durch das Zusammenwirken von Digitalisierung und Wertewandel etwas „Neues“ entstehe, das dem alten Denken und Handeln fundamental entgegenstehe. Das alte Denken und die bestehenden Routinen und Institutionen würden diesem Wandel nicht mehr gerecht. „Wir alle spüren, dass etwas zu Ende geht, etwas Bedeutendes, das uns sehr vertraut ist und das uns über einen großen Zeitraum hinweg den Rahmen die, Struktur gegeben hat, innerhalb derer wir uns gedanklich bewegt und nach der wir unser Handeln ausgerichtet haben.“⁶⁰ Erforderlich sei ein neuer Umgang mit Komplexität, eine andere Form der Nutzung menschlicher Fähigkeiten, mehr Vernetzung und Interdisziplinarität. Zuweilen bricht dieser Neu-Topos aber auch mit der alten Fortschrittsidee. Die Prägung durch „Erfolgsrezepte des 20. Jahrhunderts- höher, weiter, schneller; alle gegen alle; mehr ist immer besser; was kostet die Welt“⁶¹ müsse überwunden werden.

Topos „Kreativ –und Wissensarbeit braucht Freiheit“: Die zentrale Leitfigur in diesem Diskurs ist der kreativ Tätige oder der Wissensarbeiter bzw. die Wissensarbeiterin. Schon in früheren Analysen wurde diese Sozialfigur charakterisiert, ob als „Symbolanalytiker“⁶² oder Angehöriger der „creative class“.⁶³ Dieser Topos wendet sich gegen die Normierungen und Reglementierungen der industriellen Produktionsweise. Es komme nicht so sehr darauf an, wann und wo man arbeite, sondern auf das Ergebnis. In der konsequenteren Ausprägung wird lohnabhängige Erwerbsarbeit zugunsten eines „Leben jenseits der Festanstellung“⁶⁴ abgelehnt. In der Kreativwirtschaft sei der Solo-Selbstständige oder der Freelancer längst die Norm, so die Internetbotschafterin der Bundesregierung, Gesche Joost.⁶⁵ Sascha Lobo und Holm Friebe stilisieren sich selbst als eine „digitale Boheme“.⁶⁶ Aus der traditionellen Boheme übernehmen sie die Ansprüche der Selbstbestimmung, die informelle Gruppenstruktur, die Spontaneität und den alternativen Lebensstil. Sie kombinieren diesen mit der nicht-hierarchischen, netzwerkartigen und verlinkten Internetkultur. Vernetzung ist hier eine zentrale Anforderung, denn das soziale Kapital würde gegenüber dem ökonomischen und dem kulturellem Kapital (formale Bildungsabschlüsse) an Bedeutung gewinnen. Die digitale Wirtschaft wie-

60 Weinberg 2015, S. 12

61 Brandes et al 2014, S. 19

62 Reich 1993, S. 189ff.

63 Florida 2002

64 Friebe/Lobo 2006

65 Joost 2014

66 Friebe/Lobo 2006

derum mache es leichter, mit eigenen Ideen selbstständig zu arbeiten. Verwandt mit Bergmanns „New-Work-Ansatz“ ist das Plädoyer von Friebe/Lobo, einen „Brotjob“ zum Geldverdienen mit anderen Tätigkeiten zu kombinieren. Sie verorten sich dabei gesellschaftspolitisch jenseits von Neokonservatismus, „linkem Spießertum in den Gewerkschaften“ und traditioneller Alternativkultur.⁶⁷

Differenzierte Stimmen, die das Sicherheitsbedürfnis nicht aus habitueller Attitüde vollends dementieren, formulieren es so: „Die Entscheidung, sich der gängigen Struktur zu entziehen und Freiberufler zu werden, ist häufig eine Bewegung aus der Negation heraus: Es ist nicht immer eine Entscheidung für das Freelancertum, sondern häufig eine Entscheidung gegen die Anstellung.“⁶⁸

Aber auch in vielen modernen Unternehmen vor allem der Wissens- und Kreativarbeit spielt dieser Topos eine zentrale Rolle. Elemente der „Künstlerarbeit“ sickern so in die Arbeit von Angestellten ein. Die Normen der traditionellen Arbeitsgesellschaft werden vor allem als einschränkend und hinderlich empfunden: „Kreativität hält sich nicht an Bürozeiten.“⁶⁹ Elke Frank und Thorsten Hübschen überschreiben einen ganzen Abschnitt ihres Buches „Out of Office“ (aus der Perspektive des Unternehmens Microsoft) mit „Wir Wissensarbeiter“. Sie nennen drei entscheidende Faktoren: Vertrauen, Verständnis für den Kontext sowie Intuition und Kreativität: „Wissensarbeit ist keine Routinetätigkeit und kann es auch nicht sein, weil Wissensarbeit Grundlagen für neues schafft – für neues Wissen.“⁷⁰ Unter Rückgriff auf Erkenntnisse der Hirnforschung, der Sozialpsychologie, der Organisationsentwicklung aber auch mit häufigem Verweis auf die „Generation Y“ wird auch in der abhängigen Erwerbsarbeit eine Abkehr von tradierten Routinen gefordert. Die Kritik richtet sich gegen Arbeitsformen und -bedingungen, die zu sehr auf das Reproduzieren von bestehendem Wissen ausgerichtet sind: die „Amtsstube“, den festen Büroarbeitsplatz, Nine-to-five-Jobs, Kontrolle und Präsenzplichten. „Kreatives Arbeiten kann jedoch nicht verordnet werden, sondern verlangt emotional und physische Umgebungen, die sie ‚beflügeln‘, gegen die sie sich nicht erst durchsetzen muss.“⁷¹

Topos der Agilität und Selbstorganisation im „demokratischen Unternehmen“: Die Kritik an Hierarchien und Entscheidungsverfahren der industriell geprägten Arbeitswelt äußert sich auch in Bezug auf die Bin-

67 Friebe/Lobo 2006, S. 130

68 Dark Horse 2014, S. 75

69 Beitzer 2013, S. 251

70 Frank/Hübschen 2015, S. 33

71 Weinberg 2015, S. 144

nenorganisation und Entscheidungsprozesse in den Unternehmen. Die Bedeutung von Information und Wissen für die Wertschöpfung und Wissensarbeit sei das wichtigste Asset von Unternehmen. Die Schlüsselworte lauten hier Agilität und Teamarbeit. Wissensarbeit sei das „zentrale Anwendungsfeld für kollaborative Arbeitsformen, agile Entwicklungskonzepte und ein Empowerment der Teams.“⁷² Es gehe um neue Methoden, um „herauszufinden, was Nutzer wirklich wollen und brauchen.“⁷³ Dies erfordere Empathie, Interdisziplinarität und Iteration und Methoden wie das Design Thinking.⁷⁴ So schreiben die Autoren des Buches „Management Y“, das für Methoden wie Agile, Scrum und Design Thinking wirbt, in ihrem Vorwort: „Lassen Sie uns gemeinsam eine zukunftsfähige Arbeitswelt schaffen! Eine, die den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist. Mit einer Arbeitskultur, in der Menschen aus echter Begeisterung ihr Bestes geben.“ Sie plädieren für „Augenhöhe statt Unterordnung, Gemeinsinn statt Silodenken, gemeinsam entwickeln statt anordnen“.⁷⁵

Als vorbildlich gilt die „rasende Kollaboration“⁷⁶ wie bei Google, das Arbeiten in Teams, der ständige Austausch von Ideen. Derartige Konzepte seien nicht mit den herkömmlichen Formen der Organisation, dem Zuständigkeitsdenken von Abteilungen und hierarchischer Führung möglich. Befördert werde eine neue Organisationskultur auch durch den Wunsch der Beschäftigten anders zu arbeiten: „Wissensarbeiter wollen nicht unbedingt führen, aber sie wollen auch nicht unbedingt folgen. Sie funktionieren schlichtweg nicht gut in strengen Hierarchien“.⁷⁷

Auch hier werden in der konsequenten Variante Hierarchien abgelehnt, wie zum Beispiel im Unternehmen Dark Horse: „Die Generation Y hat keinen Bock mehr, Chef zu sein – weder ihr eigener noch der von anderen.“⁷⁸ Dem gegenüber stehen Überlegungen und Strategien, Unternehmen nicht ohne Hierarchien aber durchaus „flacher“ zu organisieren: „Ein zentraler Aspekt menschlicher und damit agiler und innovativer Unternehmen besteht darin, mehr Selbstorganisation zu ermöglichen. Das heißt erstens, Mitarbeiter bezüglich des eigenen Umfelds wie auch der Unternehmensgeschicke entscheiden zu lassen, und zweitens, den Stab der Führung bei Bedarf blitzschnell weiterzureichen.“⁷⁹

72 Boes u. a. 2015, S. 67

73 Dark Horse 2014, S. 41

74 Brandes u. a. 2014, S. 54ff.

75 ebd., S. 9

76 Schulz, T. 2015a, S. 228

77 Frank/Hübschen 2015, S. 53

78 Dark Horse 2014, S. 92

79 Zeuch 2015, S. 27

Damit müsse sich auch die Führung im Unternehmen wandeln. Der Umgang mit Komplexität sei nur durch Vernetzung, Interdisziplinarität und Teamarbeit möglich: „Das Team steht im Fokus, nicht mehr der Einzelne-Arbeitsprozesse bewegen sich in Schleifen, nicht mehr linear, und der Arbeitsplatz wird zu einem flexiblen Ort der kreativen Zusammenarbeit, nicht mehr ein Ort des Einzelkämpfertums.“⁸⁰

Der Diskurs über das „demokratisch(er)e Unternehmen ist aber teils unverbunden mit dem Konzept verfassten Mitbestimmung, teils sogar konträr: „Die verfasste Mitbestimmung ist jedoch weit entfernt davon, im betrieblichen Alltag von den Menschen als Demokratie erlebt zu werden. Die Bereiche, in denen mitbestimmt werden kann, sind gesetzlich vorgeschrieben und auch die Betriebsratsgremien sind hierarchisch verfasst“.⁸¹ Die Bedeutung der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft wird nicht völlig negiert, aber relativiert: „Gewerkschaften und Arbeitgeber führen klassische Duopol-Diskussionen und verteidigen ihre Pfründe. Das Ziel ist es jedoch, das Individuum zu stärken. Die Sozialpartnerschaft wird nicht abgeschafft, sondern es wird eine neue Konfiguration geben. Trio statt Duo – Arbeitgeber, Gewerkschaften und das Individuum.“⁸²

Insofern drückt dieser Diskurs nicht nur der Anspruch auf mehr Beteiligung in der Arbeitswelt aus, sondern auch einen möglichen Konflikt zwischen der Denk- und Lebenswelt der Wissensarbeiter und bestehenden Institutionen und Regeln: „Überforderte Arbeitgeber, Arbeitnehmervertreter und ihr Führungskräfte ringen um die Macht, wo eigentlich keine mehr ist. Die neu gewonnenen Freiheiten wie transparente und kollaborative Kommunikation müssen sie erst anwenden, um so auch wertschätzen zu können. Das macht die Digitalisierung zur gesellschaftlichen Kulturfrage...Die üblichen Verdächtigen - Institutionen - klopfen schon mit scheinbaren Wahrheiten an die Tür, mit dem Ruf nach mehr oder auch weniger Regulierung. Dabei suchen Menschen zunehmend nach individuellen Lösungen für diese Herausforderungen und gaben sich nicht mehr mit Pauschalitäten zufrieden.“⁸³

Auch die bestehenden gesetzlichen Regelungen widersprächen der Wissensarbeit. Das Arbeitsrecht beruhe auf der „Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts.“⁸⁴ Die Alternativlösung basiert auf dem Leitbegriff des „Vertrauens“, der sich z. B. im Modell der Vertrauens-Arbeitszeit konkretisiert. Dieser stünde gegen das Misstrauen, das gesetzlichen Regulierungen zugrunde liege.

80 Weinberg 2015, S. 71

81 Boes u. a. 2015, S. 61

82 Sattelberger 2015, S. 17f.

83 Bertelsmann-Stiftung 2015, S. 6

84 Frank/Hübschen 2015, S. 242

Eine beteiligungsorientierte Unternehmensorganisation wird auch nicht nur aus Gründen der Innovationsfähigkeit für erforderlich gehalten, sondern auch im Zuge des Wettbewerbs um hoch qualifizierte Fachkräfte. Laszlo Bock, der Leiter des Personalressorts von Google plädiert aus Wettbewerbsgründen für Beteiligung und Transparenz: „Der wachsende, weltweit mobile Kader begabter und motivierter Fachkräfte und Unternehmer verlangt nach dieser Art Umgebung. In den nächsten Jahrzehnten werden die begabtesten, besonders hart arbeitenden Menschen auf diesem Planeten sich dorthin bewegen, wo sie sinnvolle Arbeit tun und das Schicksal ihrer Organisation mitbestimmen können.“⁸⁵

Topos der neuen Werte und der Synthese von Arbeit und Leben: Die erwähnten Entwicklungen haben diesem Diskurs zur Folge zur Konsequenz, dass die Grenzen zwischen Erwerbs- und Privatleben flüssiger werden: „Die Gesellschaft als Ganze wird vom Informationsraum durchdrungen und vernetzt. Diese neue soziale Handlungsebene macht die Arbeitswelt und die Lebenswelt einander anschlussfähig und bewirkt, dass die Kommunikation im Privatbereich die Art und Weise, wie im Unternehmen kommuniziert wird, beeinflusst. Die Arbeitswelt endet nicht mehr wie früher an der Tür des Unternehmens, sondern beeinflusst die lebensweltlichen Bereiche mit.“⁸⁶ Arbeits- und Lebenswelt werden nicht mehr klar getrennt, sondern verschmelzen. Die Rede ist daher oft nicht mehr von der Work-Life-Balance, sondern vom Work-Life-Blending. Die Personal- und Organisationsberatung spricht inzwischen auch von einer „Industrie-, Arbeits- und Lebenswelt 4.0 (IAL 4.0)“.⁸⁷ Zum Leitbild wird die selbstbestimmte Organisation von Arbeit und Leben: „Vormittags raus in die Sonne gehen, dafür nachts am Schreibtisch sitzen, in den Dreißigern den Feierabend mit dem Schulschluss der Kinder takten, dafür in den Sechzigern noch mal richtig aufdrehen – für die Stechuhr-Generation kann das wie ein süßes Versprechen klingen. Nach Freiheit, zum Beispiel.“⁸⁸

Es wird nicht nur die Reglementierung der „alten Arbeitswelt“ hinterfragt, sondern auch das Statusdenken und die Karrierewege. So propagiert die Plattform XING: „Die Arbeitswelt befindet sich im Umbruch. Die Digitalisierung macht das Arbeiten von überall aus möglich. Freiheitsgrade werden wichtiger als Statussymbole. Loyalitäten gegenüber Arbeitgebern nehmen ab. Der Job muss eine klare Antwort auf die Sinnfrage geben. Lebensqualität und Vereinbarkeit von Freizeit und Beruf sind für viele

85 Bock 2016, S. 49

86 Boes u. a. 2015, S. 62

87 Becker, M. 2015

88 Borchardt 2012, S. 100

Menschen wichtiger als ein hohes Gehalt.“⁸⁹ Und XING-CEO Thomas Vollmöller ergänzt: „Natürlich gibt es weiterhin Menschen, die gezielt klassisch Karriere machen wollen. Auf der anderen Seite gibt es aber eine Vielzahl von ganz verschiedenen alternativen Modellen, von der Freiberuflichkeit über serielle Festanstellung bis hin zu allerlei Teilzeitmodellen. Man könnte sagen: Genauso wie heute Patchwork-Familien existieren, gibt es Patchwork-Arbeiter.“⁹⁰

Für einen noch radikaleren Bruch mit dem Karrieredenken steht der Erlebnisbericht einer Journalistin, die nach ihrer Erfahrung in einer Partei-zentrale mit dem Buch „Arbeit ist nicht unser Leben“ eine „Anleitung zur Karriereverweigerung“ verfasst hat, in der sie mit den Zwängen und Spielregeln bzw. mit dem Dispositiv der Lohnarbeit abrechnet. Ihre provokanten Thesen lauten: „Karriere macht dumm“, „Ehrgeiz macht uns krank“ oder „Der freie Markt macht unfrei“.⁹¹

4.4 Doppeldiskurs „Ende der traditionellen Erwerbsarbeit“

Dieser Diskurs hat einen gemeinsamen analytischen Ausgangspunkt, das mögliche Ende der traditionellen Erwerbsarbeit durch Automatisierungsfortschritte sowie eine ähnlich gelagerte Schlussfolgerung – die Notwendigkeit einer weitreichenden Neuorientierung der Verteilungs- und Sozialpolitik. Zugleich differenziert er sich in zwei Strömungen bzw. Teildiskurse.

Der erste Teildiskurs ist eher im wachstums- und kapitalismuskritischen Lager verortet. Er kann als der „emanzipatorisch-wachstumskritische“ Diskurs bezeichnet werden. Er hat Wurzeln in der Alternativkultur und den sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre und wird auch aktuell vor allem von „postmateriellen“ Milieus gestützt und hat eine enge Verbindung zum Postwachstums- und Transformationsdiskurs (Kapitel 2.2). Er fordert persönliche Selbstverwirklichung, sieht diese jedoch weniger in der bestehenden Gesellschaftsformation und durch die Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft verwirklicht und stellt daher grundsätzlich infrage, ob die gegenwärtige auf Erwerbsarbeit zentrierte Gesellschaft zukunftsfähig ist. Selbst dieser Teildiskurs könnte wiederum in weitere Subdiskurse untergliedert werden. Er wird repräsentiert durch Vertreterinnen und Vertreter der Ökologiebewegung, des Feminismus, der Gewerkschaft-

89 <https://newworkaward.xing.com/wettbewerb>

90 Vollmöller 2015

91 Faßmann 2014

ter, Grundeinkommensbefürworter oder sozialkritische Technikexperten u. a. aus der Hacker-Szene. Sein gemeinsamer Fokus liegt darin, dass „Arbeit“ nicht nur als „Erwerbsarbeit“ gedacht werden könne, sondern auch andere Formen der Arbeit eine zentrale Bedeutung hätten. Es gehe um ein „neues Arbeitsverständnis, das die vielfältigen Arbeitsformen jenseits des Marktes (zum Beispiel Sorge-Arbeit, bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit) mit der Erwerbsarbeit integriert und dieses Ganze der Arbeit hierarchiefrei und naturverträglich gestaltet.“⁹² Zentral sei die öffentliche Sicherstellung von Basisgütern, um ein „gutes Leben“⁹³ zu ermöglichen.

Der zweite „technologiezentriert-liberale“ Teildiskurs basiert nicht auf einer wachstums- oder kapitalismuskritischen Sichtweise, sondern wirft die Frage auf, ob die durchaus erwünschte Entfaltung des digitalen Kapitalismus noch Beschäftigung und Kaufkraft für alle garantieren könne. Er wird maßgeblich repräsentiert von überwiegend amerikanischen Technologieexperten, aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmensseite, die enorme Automatisierungspotenziale voraussagen und daher für eine andere Verteilung der digitalen Rendite plädieren. Kern dieses Diskurses ist die These, dass die bevorstehende Welle der Automatisierung historisch eine neue Qualität habe, da erstmalig alle Branchen und Berufe von ihr betroffen seien. Entgegen früherer Phasen der Automatisierung böten die neuen technologischen Entwicklungen das Ersetzen eines großen Teils menschlicher Arbeitskraft in allen Branchen und Berufen und auf allen Qualifikationsebenen. Beide Teildiskurse – zwischen denen es durchaus Übergänge und Grenzgänger gibt – knüpfen damit an früheren Debatten über das „Ende der Arbeit“⁹⁴ an.

Topos der allumfassenden Automatisierung: Eine diesen Diskurs stark beeinflussende Wirkung hat in den letzten Jahren eine Studie der Oxford-Wissenschaftler Frey und Osborne gehabt, der zufolge 47 Prozent der Beschäftigten in den USA potenziell von Automatisierung bedroht seien.⁹⁵ Bemerkenswert ist diese Studie auch in diskursanalytischer Hinsicht. Zwar haben viele weitere Studien diese Studie kritisch hinterfragt und verdeutlicht, dass die quantitativen Beschäftigungseffekte in den nächsten Jahrzehnten eher gering oder sogar positiv sein würden.⁹⁶ Dennoch wird die Studie von Frey und Osborne in zahlreichen Vorträgen und Zeitungsartikeln als die Referenzstudie zitiert. Der „Faszination“ einer menschen-

92 Deutscher Bundestag 2015, S. 688

93 Skidelsky/Skidelsy 2012, S. 201

94 Vgl. Rifkin 1997

95 Frey/Osborne 2013

96 u. a. BMAS/ZEW 2015

entleerten Produktionswelt der Roboter und Algorithmen – ob nun als Utopie oder Dystopie – können sich die Medien auch aufmerksamkeitsökonomisch nicht entziehen. Überschriften wie „Roboter vernichten Millionen Jobs“⁹⁷ sind seit einiger Zeit häufig in der Presse zu lesen.

So titelte das Magazin „Der Spiegel“, der in anderen Ausgaben durchaus auch differenzierter über die Effekte der Digitalisierung der Arbeitswelt berichtete, im September 2016: „Sie sind entlassen! Warum Computer und Roboter die Arbeit wegnehmen – und welche Berufe morgen noch sicher sind“. In diesem Text kommen die Autoren zu der Einschätzung: „Bedroht sind nicht mehr nur Stellen in der Produktion, wo schon seit Jahrzehnten in den Werkhallen Armeen von Industrierobotern schrauben, schweißen und lackieren. Nun sind die Maschinen fähig, auch Tätigkeiten in Büros und Betrieben zu übernehmen, zumindest einen gewissen Teil. Es sind qualifizierte, gut bezahlte Jobs in Dienstleistung oder Handwerk, die bislang dem Menschen vorbehalten schienen. Jetzt kann es fast jeden treffen.“⁹⁸

Technologien wie Machine Learning (also „lernende“, sich selbst optimierende Algorithmen) würden menschliche Fähigkeiten ergänzen oder ersetzen: „Erfahrung, Wissen und Intuition werden durch Software nachgebildet, Statistiken, Optimierungs- und Wahrscheinlichkeitsrechnungen ersetzen die oft eher unscharf begründeten, einfach zu beeinflussenden Entscheidungen des Menschen.“⁹⁹ Ein viel zitiertes Beispiel ist der IBM-Supercomputer „Watson“, der sich in der Quizsendung „Jeopardy“ bereits den menschlichen Top-Kandidaten überlegen zeigte und dessen Technologie nun auch Anwendungen in der Wirtschaft (z. B. in Anwaltskanzleien) zugrunde liegt. Kurz und Rieger schließen aus dieser Entwicklung: „Wir stehen erst am Beginn einer weiteren Beschleunigung der rechnergestützten Automatisierung und Robotisierung, die sich bis in den Kernbereich menschlicher Fähigkeiten ausdehnt: das Denken.“¹⁰⁰

Die Beiträge dieses Diskurses begründen ihre Einschätzung mit anekdotischen aber auch plastischen „Automatisierungsbeispielen“ aus vielen Branchen und Bereichen des Wirtschaftslebens – von der Landwirtschaft, über die industrielle Produktion, den Dienstleistungssektor bis hin zu wissensintensiven Tätigkeiten. Den Kritikern dieser Einsicht wird altes pfadabhängiges Denken unterstellt, die das Ausmaß der Veränderungen nicht erkennen würden: „Der Fehler einer solch naiven Fortschreibung der Vergangenheit in die Zukunft liegt in der Verkennung einer grundsätzlich an-

97 Eckert 2016

98 Der SPIEGEL 36/2016, S. 11

99 Kurz/Rieger 2013, S. 245

100 edb., S. 12

deren Qualität und Dynamik der anstehenden Technologiewellen.“¹⁰¹ Hofstetter unterstellt hier ein spezifisch deutsches Denken, auch aufgrund der Rückständigkeit auf dem Gebiet der Software.¹⁰²

Daraus wird die Notwendigkeit eines politischen Umdenkens gefordert: „Im Endeffekt ist Arbeitslosigkeit, solange es noch ungedeckten Bedarf und Mangel auf der Welt gibt, ein lautes Warnsignal dafür, dass wir schlicht nicht gründlich darüber nachdenken, was zu tun ist. Wir sind nicht kreativ genug, bei der Lösung der Probleme, vor die uns die gewonnene Zeit und Energie der Menschen stellen, deren Jobs wegautomatisiert wurden.“¹⁰³

Topos der Verschärfung der Ungleichheit: Die Digitalisierung führe in Verbindung mit anderen Trends dazu, dass das Winner-Takes-All-Prinzip (siehe Kapitel 3) zu einer stärkeren Konzentration von Einkommen und Vermögen bei einer kleinen Elite führe. Zugleich sei eine Polarisierung der Beschäftigung und der Einkommen festzustellen, der zufolge vor allem die Mittelschicht vom Wohlstandzuwachs entkoppelt würde. Martin Ford verweist für die USA darauf, dass ein Produktionsarbeiter im Jahr 2013 durchschnittlich 13 Prozent weniger als 1973 verdiente. Zugleich habe die Produktivität um 107 Prozent zugelegt. Zudem seien im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts keine neuen Arbeitsplätze entstanden.¹⁰⁴

Topos der „Digitalisierungsdividende“: Eine Verbindung beider Teildiskurse wiederum ist der Verweis auf eine mögliche und notwendige neue Logik der Verteilung der „Digitalisierungsdividende“. Da viele Innovationen und Geschäftsmodelle auf staatlichen Vorleistungen basieren und zudem die Bürger über ihre Daten und selbst geschaffenen Inhalte einen produktiven Beitrag leisten bzw. die „digitale Allmende“ erst schaffen würden, müssten die so erzielten (Produktivitäts-)Gewinne auch wieder an die Gesellschaft zurückfließen. Zunehmend nähern sich auch Akteure hierzulande an die These von Theoretiker der Künstlichen Intelligenz an, dass ein Zustand der „Abundance“, also des Überflusses denkbar sei, in der Wertschöpfung vor allem durch Maschinen und Algorithmen erfolge: „Die Besteuerung folgt zu einem großen Anteil der Produktivität. Früher und in Teilen auch heute noch haben Menschen durch Mehrarbeit mehr Wertschöpfung produziert, die dann besteuert worden ist und die Sozialsysteme finanziert hat. Wenn Produktivität zukünftig vor allem an Maschinen und die Auswertung von Daten gekoppelt ist, könnte die Be-

101 Rieger 2016

102 Hofstetter 2016, S. 307

103 Brynjolfsson/McAfee 2014, S. 221

104 Ford 2015, S. 10

steuerung stärker auf den darauf beruhenden Gewinnen aufbauen und weniger auf der Einkommensteuer des Einzelnen.“¹⁰⁵

Auch der Ökonom Richard Freeman erkennt in der Künstlichen Intelligenz und der Robotik ein hohes Automatisierungspotenzial. Er befürchtet aber weniger eine hohe Arbeitslosigkeit, als vielmehr niedrige Löhne, gerade weil Roboter zunehmend die hochproduktive Arbeit erledigen würden. Er formuliert drei Gesetze der „Robo-nomics“: Erstens einen zunehmenden technischen Fortschritt, zweitens sinkende Kosten für Roboter und drittens eine Verlagerung der Einkommen auf die „Besitzer der Roboter“. Die Folge könne ein „neuer Feudalismus des Roboter-Zeitalters“ sein. Seine Antwort liegt in einem auch staatlich unterstützten Kapitalanteil der Arbeitnehmer an den Unternehmen und somit eine Gewinnbeteiligung an der Arbeit der Roboter.¹⁰⁶

Topos der sozialen Absicherung jenseits der Lohnarbeit: Es sei unsicher, ob eine Integration und Einkommenssicherung aller Bürgerinnen und Bürger über die Lohnarbeit noch zu bewerkstelligen sein. In der Alternative zum Ziel der Vollbeschäftigung wird die Absicherung durch ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ teils in Kombination mit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeiten gesehen. Diese Idee knüpft an älteren Ideen und auch in den letzten Jahrzehnten immer wieder geführte Debatten an. Auch wenn der Begriff des bedingungslosen Grundeinkommens inzwischen gängig ist, wurden in der Vergangenheit sehr unterschiedliche Konzepte vom eher liberalen Bürgergeld (das viele andere Transferleistungen ersetzen soll) über Modelle einer negativen Einkommensteuer bis zu einer umfassenden, nicht bedarfsgeprüften Grundsicherung verstanden. „Es könnte eine Lösung sein – nicht heute, nicht morgen, aber in einer Gesellschaft, die sich durch die Digitalisierung grundlegend verändert hat. Ich versuche, nicht in starren Strukturen zu denken, sondern zu sehen, was sich in der Welt verändert und wie wir darauf reagieren könnten, wenn die Dinge so eintreffen, wie wir sie erwarten. Wir müssen unsere Gesellschaft absichern. Deswegen die Idee des Grundeinkommens. Wir dürfen solche Ideen nicht allein deshalb ablehnen, weil sie uns aus heutiger Sicht unbrauchbar scheinen.“¹⁰⁷

Im technologiezentriert-liberalen Teildiskurs werden das Grundeinkommen oder andere Ansätze wie die negative Einkommensteuer als Antwort (auch) auf die bevorstehende Automatisierung gesehen. Der Sozialstaat des 19. Jahrhunderts sei den Herausforderungen des 21. Jahr-

105 Höttges 2016

106 Freeman 2016

107 Höttges 2016

hunderts nicht mehr gewachsen. Das Grundeinkommen sei „liberal“, „gerecht“ und „effektiv“. ¹⁰⁸ Viele Konzepte, die in diesem Teildiskurs vertreten werden, wollen die Finanzierung des Grundeinkommens mit der Abschaffung anderer Sozialleistungen wie den Sozialversicherungen kombinieren. In diesem Diskurs findet sich zudem das Argument, dass das „Race against the machine“ auch durch Qualifizierung nicht zu gewinnen sei. Bereits jetzt führe der Qualifikationsanstieg nur zur Entwertung der Qualifikationen. Zudem sei nur durch ein Grundeinkommen sicherzustellen, dass der Kapitalismus weiter funktioniere, weil nur so auch die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten werden könne. Ford befürchtet eine Inflation der Qualifikationen: „Letzten Endes wird man sich auch nicht wirksam vor einer Automatisierung schützen können, in dem man sich mehr Bildung und mehr Fähigkeiten aneignet.“ ¹⁰⁹

Der emanzipatorisch-wachstumskritische Teildiskurs baut das Automatisierungsszenario in seine davon unabhängigen Begründungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. ¹¹⁰ Es verbinde „die Traditionen der Sozialkritik und der Künstlerkritik“ ¹¹¹ am Kapitalismus. In einer reichen Gesellschaft müsse es ein soziales Recht auf Teilhabe geben, das vom Zwang auf Erwerbsarbeit v.a. unattraktiver Tätigkeiten unabhängiger mache. Bedarfsgeprüfte Grundsicherungen (wie „Hartz IV“) werden als bürokratisch und repressiv angesehen. Ein Grundeinkommen würde das Recht auf „Muße“ befördern, Eigenarbeit ermöglichen, Care-Tätigkeiten honorieren und so auch den Wachstumsimperativ kapitalistischer Ökonomien unterminieren und seine negativen Auswirkungen (Ökologie, Zunahme von Stress, etc.) reduzieren. Eine neuere Begründung des Grundeinkommens greift den Gedanken Verteilung der „Digitalen Dividende“ auf und verbindet dieses mit der Vergütung von Künstlern und normalen Bürgern für ihren Beitrag zur Wertschöpfung: „Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zieht die Konsequenz aus dieser zunehmenden Ökonomisierung der peer production. Es geht dabei um eine Umverteilung der Gewinne jener Unternehmen, die auf der Nutzbarmachung freier, kreativer Kollaboration der Massen basieren, an die eigentlichen Produzenten.“ ¹¹² Radikale Vertreter dieses Teildiskurses sehen im Grundeinkommen nur den Übergang zu einer Wirtschaft und Gesellschaft der Commons. ¹¹³

108 Straubhaar 2017, S. 185

109 Ford 2015, S. 14

110 u. a. Wright 2017, S. 307ff.

111 Braun 2014, S. 150

112 ebd., S. 165

113 Mason 2016

5. Diskursprojekte und Diskursallianzen und einer modernen Wirtschafts- und Arbeitspolitik

Was folgt nun aus dem Dargestellten? Es stellt sich die Frage, welche neuen Themen, Widersprüche und Deutungsmuster aufkommen und wie diese die politische Diskurslandschaft neu ordnen könnten. Lassen sich ausgehend von den arbeitspolitischen Diskursen im erweiterten Diskurskontext kohärente Diskurswelten erkennen oder geraten diese durch die Megatrends, v.a. die Entwicklung der Digitalisierung ins Wanken? Wo entstehen neue Konflikte, wo mögliche neue Gemeinsamkeiten? Welche neuen Entwicklungen und Diskurse sind ideologisch „heimatlos“ und insofern politisch „umkämpft“? Die Analyse der Diskurse zeigt, dass, die Auseinandersetzung über die Arbeitswelt der Zukunft komplexer und widersprüchlicher ist, als es der klassische Konflikt von Kapital und Arbeit oder eine Sicht auf parteipolitische Differenzen nahelegt.

Auf den ersten Blick lassen sich Muster erkennen, die den historisch gewachsenen und bekannten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskurswelten bzw. Grundströmungen entsprechen:

Die „arbeitnehmerorientiert-sozialstaatliche“ Diskurswelt hat „Gute Arbeit“ sowie soziale Gerechtigkeit zum erklärten normativen Anspruch und tritt für einen gestaltenden Staat ein. Damit gibt es eine direkte Verbindungslinie zum Wirtschaftsdiskurs „Gerechte Verteilung und soziale Regulierung“ und zum Diskurs der „sozialen Demokratie“. Den Wertewandel und die „Genderfrage“ aufgreifend hat sich diese Diskurswelt vor allem hinsichtlich einer erweiterten Sicht auf die geschlechtliche Arbeitsteilung und pluraler Ansprüche im Sinne eines „neues Normalarbeitsverhältnis“ in der jüngeren Vergangenheit modernisiert. Die demografische Herausforderung wird vor allem hinsichtlich der Alterssicherung auch als Verteilungsfrage angesehen. Die Antworten auf die Globalisierungsfrage changieren in dieser Diskurswelt zwischen einer positiven Sicht auf die Wertschöpfung und Beschäftigung in den Exportbranchen und dezidierte Globalisierungskritik und der Forderung nach einem „sozialen Europa“. Ebenso ambivalent wird die Digitalisierung der Arbeit bewertet. Um die

Risiken zu begrenzen, wird im Wesentlichen auf eine Erweiterung der klassischen Instrumente der Tarifpolitik sowie des Arbeits- und Sozialrechts gesetzt.

Die „konservative-liberale“ Diskurswelt denkt – bei all ihren vor allem gesellschaftspolitisch-kulturellen Binnendifferenzierungen – die Arbeit vom Primat des Wachstums und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Daher verbindet sie die Diskurse der „flexiblen Arbeit“ und „Marktfreiheit und schlanker Staat“. Sie vertritt eher ein schwaches Demokratiekonzept, teils der „Liberalen Marktbürgerdemokratie“, teils der „Expertendemokratie“ sowie ein deutliches Bekenntnis zum internationalen Freihandel. Während die Qualität der Arbeit in diesem Diskurs keine zentrale Rolle spielt, ist der Bezug auf die Wertediskurse sowie den New-Work-Diskurs strategischer Natur: Die Beschäftigten, zumal die Generation Y selbst würden mehr „Freiheit“ und „Flexibilität“ einfordern. Die Digitalisierung wird mit Blick auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit vor allem als „Chance“ und Innovationstreiber gesehen. Doch angesichts der Herausforderung durch v.a. US-amerikanische Geschäftsmodelle koexistieren in dieser Diskurswelt das industriepolitische Anliegen der Wettbewerbsfähigkeit und zugleich ein zumindest gewisses gesellschaftspolitisches Unbehagen über die Auswirkungen der Digitalisierung amerikanischer Prägung und die mögliche Automatisierung.

Die „alternativökonomisch-ökologische“ Diskurswelt propagiert Dezentralität und ökologische Nachhaltigkeit. Allerdings liegt der arbeitspolitische Fokus hier in besonderer Weise auf der „immateriellen“ Kreativ- und Wissensarbeit mit einer Schnittmenge zum „New Work-Diskurs“ sowie der Care-Arbeit. Hier wird am deutlichsten auf einen alternativen und dezentralen Pfad der Digitalisierung „von unten“ gesetzt, bis hin zu einer Hoffnung auf eine postkapitalistische Gemeingüterökonomie der Kollaboration und des Teilens und Tauschens, flankiert durch Modelle wie ein Grundeinkommen. Diese Diskurswelt ist maßgeblicher Träger der (linken) Globalisierungskritik und setzt in besonderer Weise auf das Konzept der „Bürgerdemokratie“. Die bekannte „antiinstitutionelle“ Haltung dieser Diskurswelt setzt sich in das digitale Zeitalter fort. Allerdings fällt auf, dass der mögliche Produktivkraftsprung der Digitalisierung hier in Bezug auf die „stoffliche Produktion“ kaum mit der Nachhaltigkeitsfrage verknüpft ist. Eine Thematisierung der durch Digitalisierung möglichen Steigerung der Ressourceneffizienz findet man in Bezug auf bestimmte Technologiefelder (z. B. Smart Grids, eMobility) eher im Wirtschaftsdiskurs des „Grünen Wachstums“, der ohnehin quer zu diesen Diskurswelten liegt.

Ob sich in wirtschafts- und arbeitspolitischer Hinsicht ausgehend von internationalen Entwicklungen auch eine stabile „rechtspopulistische“ Diskurswelt etabliert, ist gegenwärtig nicht auszumachen. Zumindest ist zu

erkennen, dass soziale Abstiegsängste und kulturelle Konflikte nicht nur mit den klassischen rechtspopulistischen Topoi der „Überfremdung“ verknüpft werden, sondern auch mit einer „rechten“ Globalisierungskritik sowie einer die Möglichkeiten der Digitalisierung strategisch nutzenden auch „demokratiepolitisch“ begründeten Mobilisierung „Wir hier unten und drinnen“ gegen „Die da oben und die Anderen da draußen“.

Doch jedes weitere Bemühen die hier betrachteten Diskurse – zumal der Digitalisierung – in diese eher traditionellen politischen Diskurswelten einzubauen, würde die Grenze zwischen Analyse und Karikatur überschreiten. Auf den zweiten Blick zeigen sich auch Muster, die quer zu diesen Diskurswelten liegen. Zwar haben diese Diskurswelten noch immer ein zentrales Versprechen bzw. einen narrativen und normativen Kern. Doch zugleich sind auch Überlappungen und diskursübergreifende Allianzen zu erkennen. So werden der wirtschaftspolitische Diskurs „Made in Germany“ und seine digitale Neuauflage „Industrie 4.0“ sowohl von Seiten der Wirtschaft als auch den (Industrie-)Gewerkschaften geführt. Die Kritik an den „Plattformmonopolen“ (wenn auch aus unterschiedlichen Motiven) und den gesellschaftlichen Konsequenzen der Nutzung von Big Data und Künstlicher Intelligenz verläuft nicht entlang der bekannten politischen Interessen- und Lagergrenzen.

Auch lassen sich nicht alle arbeitspolitischen Diskurse ohne weiteres diesen Diskurswelten zuordnen. So wurde dargestellt, dass im Diskurs „Ende der traditionellen Erwerbsarbeit“ sehr unterschiedliche Akteure eine gemeinsame Analyse (Ende der Arbeit durch Automatisierung) und entsprechende sozialpolitische Schlussfolgerungen (wie diverse Modelle eines Grundeinkommens) teilen. Auch lässt sich der Diskurs „New Work“ kaum mit den traditionellen Diskursen über Wirtschaft, Demokratie und Arbeit in Deckung bringen. Und schließlich wirkt die Digitalisierung als weiterer Megatrend auf eine gesellschaftliche Stimmungslage ein, in der progressive und regressive Deutungsangebote um politische Vorherrschaft ringen. So werden die bekannten sozialen und kulturellen Konfliktlinien überlagert und verschärft durch die Auseinandersetzung um ein „Rückwärts“ oder „Vorwärts“ und um „Öffnung“ oder „Schließung“ der Gesellschaft.

Es mangelt offenkundig an einer progressiven Fortschrittserzählung, die die erwähnten Megatrends mit einer normativen Idee von Wirtschaft, Arbeit und Gerechtigkeit verbindet. Ein gewisses Manko (das auch hier nicht beseitigt wird) kann zudem darin gesehen werden, dass die Diskurse, die „Arbeitnehmeranliegen“ thematisieren, zwar über normative Leitbegriffe (wie „Gute Arbeit“ oder „soziale Gerechtigkeit“) verfügen, aber kaum über eigene Narrative und Semantiken der Interpretation des „Neuen“. Denn Begriffe wie „Industrie 4.0“ oder „Generation Y“ entfalten in der

öffentlichen Debatte eine enorme Wirkung. Sie stehen als Chiffre für das „Neue“, reduzieren dabei aber auch Komplexität und Widersprüche.

Zumindest kann festgehalten werden: Die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt ist eine Umbruchsituation, die als „Momentum“ oder auch Gelegenheitsfenster für eine diskurspolitische Öffnung zur Gestaltung der Arbeitswelt angesehen werden kann.

Sinnvoll scheint es daher, gerade an der Schnittstelle von Digitalisierung und Arbeit sowohl die materiellen Trends als auch die begleitenden Diskurse (so z. B. auch der „Management-Diskurse“ im Wirtschaftsumfeld) gezielt zu beobachten.

Diskursallianzen und Diskursprojekte für eine demokratische Transformation der digitalen Arbeitswelt

Ausgehend von den dargestellten großen Trends, aber auch in Reaktion auf ökonomische und ökologische Krisen erlangte der etwas unscharfe Begriff der „Transformation“ in den letzten Jahren Konjunktur. Grundsätzlich unterscheiden lassen sich im Zusammenhang der Fragestellungen dieses Textes ein technologisch-ökonomischer Transformationsbegriff, der in besonderer Weise die Digitalisierung als zentralen Treiber gesellschaftlicher Veränderungen sieht und ein politisch-gestaltender Transformationsbegriff, der wiederum zu unterscheiden ist in einen inkrementell-pfadabhängigen, der auf die politische Gestaltung der ökonomisch-technologischen Transformation abzielt und einen strategisch-visionären, der einen politisch intendierten Pfadwechsel hin zu einem sozial-ökologischen Gesellschaftsmodell anstrebt.

Ein realpolitisches Diskursprojekt der „demokratischen Transformation“, das sowohl einen technologisch-ökonomistischen Determinismus als auch die teils illusionären, teils auch wiederum deterministischen Vorstellungen eines unausweichlichen „Ende des Kapitalismus“ und einer bevorstehenden „sozial-ökologischen Ökonomie der Gemeingüter“ vermeidet, müsste von den realen ökonomisch-sozialen Bedingungen ausgehen und konkrete mögliche Pfade und Optionen der Gestaltung von Wirtschaft und Arbeitswelt benennen und dabei darauf abzielen, neue gesellschaftliche Allianzen und somit auch Diskursallianzen zu organisieren. Dabei kristallisieren sich im Rahmen dieser Analyse drei Kernthemen heraus:

Erstens gibt es eine nicht unerhebliche Kritik an den möglichen ökonomischen, aber auch gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung, auch wenn sich diese teilweise völlig losgelöst der arbeitspolitischen Fragen artikuliert. Die demokratiepolitischen sowie die Werte- und Digitalisierungsdiskurse weisen auf einen befürchteten „Kontrollverlust“ hin, sowohl persönlich-biografisch als auch gesellschaftlich. Neben andere Trei-

ber des Kontrollverlustes wie der Globalisierung tritt die Befürchtung eines technologiegetriebenen neuen Kontroll- und Bewährungsregimes. Es geht also darum, Autonomie und Souveränität sowohl für den Einzelnen als auch die demokratische Gesellschaft zu erhalten bzw. wieder zu erlangen. Zum einen ist die Frage, ob die Idee der Beteiligung und Mitbestimmung in der Arbeitswelt über eine bloße defensive Verteidigung hinaus revitalisiert und in einen größeren demokratiepolitischen Kontext gestellt werden kann. Zum anderen geht es darüber hinaus auch darum, demokratische Prinzipien über den betrieblichen Rahmen hinaus im digitalen Kapitalismus in den Blick zu nehmen. Die aktuell die „demokratische Frage“ dominierende und Konfliktlinie zwischen Bürgern auf der einen und Staat und Eliten auf der anderen Seite, birgt das Risiko, regressive und populistische Deutungen und soziale Spaltungen zu befördern. Es gilt, Bürgerinnen und Bürger (auch als Arbeitnehmer) darin zu befähigen, aktiv auf die sich vollziehende Transformation aktiv Einfluss zu nehmen. Dabei sollten auch die progressiven Potenziale der nicht organisierten Wissensarbeiter sowie der bewussten Konsumenten als wichtige Akteure einer Politisierung von Wirtschaft und Arbeit verstanden werden.

Zweitens wären die volkswirtschaftlichen und verteilungspolitischen Voraussetzungen einer nachhaltigen „High-Road“-Ökonomie im internationalen Wettbewerb zu thematisieren. Entgegen arbeits(markt)politischer Diskussionen früherer Jahrzehnte, in denen es u. a. um standortpolitische Debatten und die Begrenzung der Lohn(neben)kosten ging, stehen heute andere Themen auf der Agenda. Gerade der Diskurs „Industrie 4.0“ bietet Chancen, arbeitspolitische Anliegen wieder stärker auf die Agenda zu setzen. Im Zentrum dieses Diskurses stehen zum anderen die Befähigung zur Innovation im internationalen Wettbewerb und zum einen die Anpassung des (knapper werdenden) Arbeitskräfteangebots an die Anforderungen der digitalen Wirtschaft. Zumindest in den Kernbranchen der deutschen Volkswirtschaft ist noch ein Verständnis für sozialpartnerschaftliche Aushandlungen vorhanden. Aber es mangelt jenseits allgemeiner Verweise auf die „wichtige Rolle der Industrie“ oder die „Bedeutung von Bildung“ an einem Diskurs über die gesellschaftlichen und staatlichen Voraussetzungen von Innovation. Mit Blick auf das Innovationsystem und die Synthese von ökonomischer Innovation und sozialer Gerechtigkeit sind hier die wirtschaftstheoretischen und diskurspolitischen Überlegungen internationaler Ökonomen als beispielhaft hervorzuheben. Mariana Mazzucato versteht ihren Beitrag über die innovationspolitische Rolle des Staates als „Appell, die Art und Weise zu ändern, wie wir über den Staat sprechen, über seine Rolle in der Wirtschaft; ein Appell seine Rolle mit

anderen Worten und Bildern zu beschreiben.“¹ So kritisiert sie das fehlende „Bindeglied zwischen dem Mikro- und Makroaspekt“ in der Wirtschaftswissenschaft und die „Verbindung zwischen der keynesianischen Ausgabenpolitik und den Schumpeterschen Investitionen in Innovationen.“² Joseph E. Stiglitz und Bruce C. Greenwald verbinden ihr Plädoyer für eine lernende Volkswirtschaft mit einem Hinweis auf die zentrale Rolle wirtschaftspolitischer Deutungsmuster für die Entwicklung wirtschaftspolitischer Pfade: „Ein Verständnis dessen, wie sich Glaubenssysteme ändern – und inwieweit sich diese verändern lassen –, sollte ein zentraler Bestandteil der Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftsgeschichte sein.“³

Drittens geht es um eine „neue Kritik der Arbeit“, die eben nicht nostalgisch-verklärend auf die vermeintlich heile Welt der „Industrie 2.0/3.0“ blickt und das Gestern als Maßstab nimmt, sondern stärker den Widerspruch zwischen der Realität und den heutigen bzw. künftigen Möglichkeiten ins Zentrum rückt. Vor allem muss eine neue Kritik der Arbeit neues „brückenbildendes Sozialkapital“ zwischen den sozialen Interessen sowie kulturellen und habituellen Prägungen verschiedener Erwerbstätigengruppen aufbauen, will man vermeiden, dass die Kluft zwischen Globalisierungs- und Digitalisierungsverlierern einerseits und der kosmopolitischen Wissensarbeiter/innen-Elite wächst. International zeigt sich zumindest in der wissenschaftlichen Debatte eine gewisse Rückbesinnung auf die sozialen Interessen aber auch Lebensführungsfragen der „Arbeiter“ im weiteren Sinne, die sich in den Diskursen der liberalen Mittelschichten nicht mehr wiederfinden. Schließlich wäre die demografische Herausforderung mit den Konzepten gesunderhaltender und Guter Arbeit sowie der selbstbestimmten Erwerbsbiografie zu verbinden, auch im Sinne einer Stabilisierung und nachhaltigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Von diesen Grundüberlegungen ausgehend lassen sich mögliche Diskursprojekte ableiten:

Autonomie und Beteiligung: Gerade für die Mitbestimmungspolitik oder allgemein demokratische Prinzipien in der Wirtschaft stellt sich zentrale die Frage, ob die Mitbestimmung eher als blockierender oder unterstützender Faktor der Digitalisierung angesehen wird bzw. ob umgekehrt die Digitalisierung mehr Beteiligung voraussetzt oder nicht. Mitbestimmung ist im gewerkschaftlichen Binnen-Diskurs als wesentlicher Kern der Interessenpolitik natürlich ein zentrales Element. Darüber hinaus ist die verfasste

1 Mazzucato 2014, S. 249

2 ebd., S. 48

3 Stiglitz/Greenwald 2014, S. 435

Mitbestimmung als wesentliches Instrument einer demokratischen Aushandlung der Umbrüche der Arbeitsgesellschaft – unbeschadet der hohen Akzeptanz in der Bevölkerung – aktuell kein zentrales Anliegen in den politischen und öffentlichen Diskursen über Wirtschaft, Arbeit und Demokratie. Vor allem fällt auf, dass die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb und im Unternehmen selbst in den emanzipatorischen Demokratie-Diskursen, auch über die vermeintlichen Spannungen zwischen Eliten und Bürgern kaum ein Thema zu sein scheint. Bekenntnisse zur Mitbestimmung findet man in parteipolitischen Programmatiken v.a. links der Mitte, sie werden aber in häufig defensiv als Teil des wirtschaftlich erfolgreichen deutschen Sozialmodells begründet. Auch in der Wirtschaft gibt es allgemeine Bekenntnisse v.a. zur Sozialpartnerschaft auch im digitalen Wandel, oft aber auch nur im Sinne eines Erhalts des Status Quo. Zudem wird die verfasste Mitbestimmung von drei Kräften herausgefordert. Erstens steht sie in einer globalen und europäischen Wirtschaft unter Druck. Zweitens wird die Frage aufgeworfen, ob sie mit dem nötigen Tempo der digitalen Wirtschaft noch mithalten könne und ob sie nicht ein Hemmnis für schnelle Entscheidungen und Innovationsprozesse (u. a. bei der Einführung neuer IT-Systeme) sei. Drittens gibt es zur verfassten Mitbestimmung und zum Arbeitsrecht eine „kulturelle“ Distanz, die sich vor allem im „New Work“-Diskurs auch bei Wissensarbeiterinnen und Wissensmitarbeiter und HR-Vordenkerinnen und Vordenker zeigt, vor allem im Sinne Abkehr von repräsentativen und gesetzlichen Demokratie-Konzepten auch im Betrieb zugunsten von direkten (aber unverbindlichen) Beteiligungskonzepten. Die Wertediskurse, aber auch die demokratie- und die arbeitspolitischen Diskurse verweisen jedoch auf einen gestiegenen Anspruch auf Autonomie und Beteiligung. Welche Wirksamkeit der New Work-Diskurs haben wird, ist gegenwärtig noch nicht auszumachen, ebenso wenig, ob er wirklich ein kohärenter Diskurs sein wird oder ob er sich in Teildiskurse splittet, denn zwischen der „digitalen Bohème“, Wissensarbeiter/innen und HR-Strategen bzw. Unternehmens-„Personalern“ besteht ja keineswegs nur Einigkeit. Gleichwohl sind seine maßgeblichen Trägerinnen und Träger eine neue Generation von Wissensarbeitern, die als zentrale Multiplikatoren in Wirtschaft, Medien und Wissenschaft wirken werden. Gerade für die Gewerkschaften ist es von strategischer Bedeutung, eine diskursive Verknüpfung der Anliegen von „prekär“ Beschäftigten, Normalarbeitnehmer/innen und dieser „modernen Erwerbstätigenfraktion“ in abhängigen und selbstständigen Erwerbsformen herzustellen. Der Anspruch auf Autonomie und Beteiligung müsste mit sozialen Interessen und einer neuen Balance individueller und kollektiver Rechte verbunden werden. Über die klassischen Institutionen und Regeln der Mitbestimmung hinaus gibt es Ansätze der Partizipation und Demokratie, die derzeit

nicht dokumentiert, systematisiert und in einem „großen“ Leitbilddiskurs zusammengeführt werden, der die verfasste Mitbestimmung und „New Work“ nicht als Gegensätze, sondern als sich ergänzende Konzepte betrachtet.

Ein zweiter Aspekt ist die Vorreiterrolle der Wissensarbeiter/innen hinsichtlich eines neuen Normalarbeitsverhältnisses. Von zentraler Bedeutung ist ein neuer Diskurs über moderne Sozialstaatlichkeit, der ein neues Normalarbeitsverhältnis absichert, aber die (nicht zwingend abhängige) Erwerbsarbeit ins Zentrum stellt. Ohne zu negieren, dass ein stabiles und langfristiges Beschäftigungsverhältnis für die große Mehrheit der Erwerbstätigen weiterhin ein zentraler Anspruch ist, wäre die „selbstbestimmte Erwerbsbiografie“ mit etwaigen Brüchen, Wechseln und Übergängen stärker zu gewichten und die Institutionen des Sozialstaates müssten auf diese ausgerichtet werden. Ein solches Konzept wäre auch als arbeits- und sozialpolitisches Alternativangebot zum gegenwärtig populären „bedingungslosen Grundeinkommen“ und all den mit diesem vermeintlichen Allheilmittel verbundenen illusionären Hoffnungen zu verstehen.

Digitale Ökonomie und Soziale Marktwirtschaft: In den wirtschafts- und arbeitspolitischen Diskursen werden grundlegende Fragen der Verteilung, der Bewertung von Arbeit, aber auch der ökologischen Nachhaltigkeit aufgeworfen. An der Schnittstelle der Diskurse über Globalisierung, Digitalisierung, Wertewandel und Wirtschaft stellt sich die Frage der Vereinbarkeit der digitalen Ökonomie mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Diskurs über die Verbindung von digitaler Ökonomie und Sozialer Marktwirtschaft könnte über folgende Projekte geführt und unterstützt werden:

Erstens: Die Herausforderung der Sozialen Marktwirtschaft und der europäischen Werte durch die „kalifornische Ideologie“ und die von ihr hervorgebrachten Geschäftsmodelle erzeugt ein Unbehagen, das quer durch die Gesellschaft geht. Inwieweit dies nur eine Elitenkritik ist und wie groß dieses Unbehagen in der breiten Gesellschaft ist, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden. Hier besteht jedoch durchaus ein Resonanzraum für einen „eigenen Weg“ der Digitalisierung. Gleichwohl: Ist in der Zukunft ein bestimmter „Kipp-Punkt“ z. B. der kommerziellen Nutzung von Kunden- und Beschäftigtendaten oder der plattformvermittelten Erwerbsarbeit einmal überschritten, werden wirtschaftsnahe Akteure und Diskurse diesen neuen „Sachzwang“ akzeptieren. Zudem zeigen sich im Diskurs „New Work“ auch kulturelle Bezüge zur „kalifornischen Ideologie“. Es gilt also zu verdeutlichen, dass es alternative Optionen gibt, neue digitale Geschäftsmodelle mit „Guter Arbeit“ und einem verantwortlichen Umgang mit Daten zu verbinden. Denkbar wären Projekte, die innovative

Geschäftsmodelle der digitalen Ökonomie unter Einhaltung sozialer und bürgerrechtlicher Standards fördern, zertifizieren oder zumindest „good practices“ kommunizieren. Ebenso wäre in diesem Zusammenhang die Frage einer nachhaltigen Industriepolitik aufzuwerfen, die den digitalen Produktivkraftsprung nicht nur zur Steigerung der Arbeits- sondern auch und vor allem der Ressourcenproduktivität nutzt. In einen Diskurs über „nachhaltige Geschäftsmodelle“ wären auch die bewussten Konsumenten einzubinden, denn die (vermeintlichen) Ansprüche und die Möglichkeiten der Konsumenten sind ein wesentlicher Treiber des (auch digitalen) Wandels und der Herausbildung neuer Geschäftsmodelle. Auf der einen Seite führt dies zu potenziellen neuen Konflikten zwischen „Konsument“ und „Produzent“ (u. a. Kosten und Preistransparenz, Geschwindigkeit und zeitliche Verfügbarkeit). Auf der anderen Seite gibt es auch ein kritisches Verbraucherbewusstsein und den Wunsch nach nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen. Verbraucherinnen und Verbraucher werden neben Kapital und Arbeit als „dritte Kraft“ betrachtet. Die Möglichkeiten einer Politisierung einer Interessenskongruenz zwischen Arbeitnehmern und Konsumenten, die ja als „Interrollenkonflikt“ bei vielen Personen subjektiv ausgehandelt werden, müssten weiter erforscht, aber vor allem praktisch erprobt werden.

Zweitens: Bei der Frage nach der „richtigen“ Wirtschaftspolitik mangelt es der öffentlichen Debatte derzeit an neuen Leitbildern und Paradigmen. Zwar ist das wirtschaftsliberale Paradigma in der aktuellen (Innen-)Politik nicht mehr dominant wie noch in den 1990er Jahren, es existiert aber weiter in der Wissenschaft, in wichtigen Institutionen und vor allem im Alltagsbewusstsein. Auf der anderen Seite gibt es allgemeine politische Formeln wie „sozial-ökologische Transformation“, „soziales Wachstum“ oder „inklusives Wachstum“ (mit durchaus auch differenzierten Vorschlägen auf der konkreten Policy-Ebene), interessante (populär-)wissenschaftliche Einzelbeiträge sowie verschiedene theoretische Ansätze, die wirtschaftsliberale Mythen (homo oeconomicus, unsichtbare Hand und „freie“ Märkte, Effizienz von Märkten etc.) widerlegen. Doch diese sind kaum in der akademischen Welt, und schon gar nicht in der politischen Debatte sowie im Alltagsbewusstsein miteinander verknüpft. Ein denkbares Projekt wäre die Entwicklung eines neuen Paradigmas einer interdisziplinären pluralen (politischen) Ökonomie. Ein solches „Crossover der progressiven Ökonomie“ zielt ab auf die Verknüpfung von (polit-)ökonomischen, innovationstheoretischen, soziologischen und psychologischen Konzepten, die verdeutlichen, dass eine „gute Wirtschaft“ nicht nur das Ergebnis von Einzelleistungen ist, sondern Voraussetzungen hat, die der „freie“ Marktwettbewerb selbst nicht schaffen kann.

Drittens: Eine Kernfrage, die das vorgenannte Projekt etwas konkretisiert ist diejenige, wie eigentlich im modernen digitalen Kapitalismus Wissen, Innovationen und Werte entstehen. Denkbar wäre es, die Verteilungsdebatte vom Kopf auf die Füße zu stellen und nicht nur nach dem Output der Markt- und Haushaltseinkommen sowie der Vermögen zu fragen, sondern nach dem Input und so auch ein Re-Framing der Begründung von Gewinn- und Vermögenssteuern vorzunehmen. Privat angeeignete Gewinne erscheinen legitim, ganz unabhängig, welche Quellen der Wertschöpfung ihnen zugrunde liegen. Dass staatliche Vorleistungen wie Forschung und Infrastruktur, gesellschaftliche Reproduktionsarbeit, natürliche Ressourcen und in der digitalen Wirtschaft zunehmend „Kundenarbeit“ und Kundendaten oder auch Strategien des „Rent Seeking“ (u. a. Monopolprofite auch aufgrund der geschilderten Netzwerkeffekte) die Basis privater Gewinnaneignung sind, ist im öffentlichen Diskurs allenfalls punktuell präsent, aber nicht Gegenstand einer breiteren Auseinandersetzung. In Bezug auf die Nutzung von ökologischen Ressourcen gibt es zumindest einen gewissen Konsens, dass es sich um knappe Gemeingüter handelt, deren Nutzung einen „Preis“ haben muss. Dies findet seinen politischen Ausdruck in ökologischen Steuern und Umweltzertifikaten. Doch auch das Wissen ist ein gesellschaftliches Gemeingut, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass es nicht übernutzt, sondern seine Verbreitung den gesellschaftlichen Wohlstand mehrern kann. Die kritische Wissensökonomie, die sich mit den Wohlstandseinbußen der Monopolisierung von Wissen („geistigem Eigentum“) beschäftigt, ist aber kaum mit anderen wirtschaftlichen Theorien und Konzepten verbunden. So wie die Gesellschaft als „Innovationssystem“ zu betrachten ist, müsste sie auch als arbeitsteiliges „Wertschöpfungssystem“ angesehen werden. Dabei gilt es auch einen tautologischen Begriff von „Produktivität“ zu überwinden (wenig produktive Arbeit kann nur niedrig entlohnt werden und weil sie niedrig entlohnt ist, leistet sie einen geringen Beitrag zur Produktivität). Gerade gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen (Care aber auch andere Services wie Lieferdienste) müssten in Bezug auf ihren gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsbeitrag (z. B. keine steigende Frauenerwerbsquote ohne professionelle Carearbeit) aber auch betriebswirtschaftlichen Beitrag (kein Amazon ohne Picker, Packer und Paketfahrer) bewertet werden. Denkbar wäre eine Art „neuer ökonomischer Gesamtrechnung“ als diskursives Dach mit Analysen auf der Makro-, Meso- und Mikroebene, die einen alternativen Blick auf die Wirtschaft ermöglicht und somit die gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie die „Vorleistungen“ für private Gewinnaneignung in ein anderes Framing fasst.

Humanisierung der Arbeit in der Wirtschaft 4.0: Am Schnittpunkt vor allem der Diskurse über Demografie und Digitalisierung sowie der arbeitspolitischen Diskurse rücken Möglichkeiten der (auch arbeitspolitisch sinnvollen) Produktivitätssteigerung und der „gesunden Arbeit“ in den Blickpunkt. Bereits gegenwärtig ist die Industrie 4.0 der (auch sozialpartnerschaftlich unterstützte) Hoffnungsträger eines deutschen oder europäischen Wegs in die digitalisierte Wirtschaft. Zugleich ist gegenwärtig offen, welche neuen Formen im Zusammenspiel von Mensch-Technik-Organisation sich herausbilden. Hier stellt sich die Frage, welche Anreize und Regeln denkbar sind, um eine arbeitspolitisch sinnvolle Nutzung z. B. digitalen Assistenzsystemen zu fördern und ob hier nicht eine Win-Win-Konstellation im Sinne eines Leitmarktes für „Gute-Arbeit-Technologien“ denkbar ist. Zwar weitet die industriesoziologische Forschung ihren Blick inzwischen über das produzierende Gewerbe hinaus. Doch gerade der wachsende „Dienstleistungstaylorismus“ verdient mehr Aufmerksamkeit und Kritik.

Trotz inzwischen wieder bestehender größer angelegter Arbeitsforschungsprogramme auch der Bundesregierung existiert kein neues „Humanisierungsparadigma“ für die digitale Ökonomie. In Zusammenwirken von Politik und Sozialpartnern wäre ein solches neues „Humanisierungsparadigma“ für alle Branchen und Tätigkeiten zu entwickeln, das künftigen Forschungs- und Förderprogrammen zugrunde liegen sollte.

Literatur

- Abensour, Miguel (2012): Demokratie gegen den Staat, Berlin.
- Adamowksy, Natascha (2015): Vom Internet zum Internet der Dinge. Die neue Episteme und wir, in: Sprenger/Engemann (Hrsg.): Internet der Dinge, Bielefeld.
- Adler, Frank/Schatzschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München
- Allmendinger, Jutta (2016): Was wollen wir weitergeben, Interview in „Die Zeit“ 9/2016, S. 13-15.
- Anderson, Chris (2007): The Long Tail. Nischenprodukte statt Massenmarkt. Das Geschäft der Zukunft, München.
- Anderson, Chris (2013): Makers. Das Internet der Dinge: Die nächste industrielle Revolution, München.
- Arbeitskreis Smart Service Welt/acatech (2015 Hrsg): Smart Service Welt – Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Internetbasierte Dienste für die Wirtschaft. Abschlussbericht, Berlin.
- Astheimer, Sven (2014): „Der Mythos vom prekären Arbeitsmarkt“, FAZ vom 28.11.2014
- Atkinson, Anthony B. (2016): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart
- Barber, Benjamin (1994): Starke Demokratie, Hamburg.
- Bauman, Zygmunt (2003): Flüchtige Moderne, Frankfurt/Main.
- BDA – Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (2015): Chancen der Digitalisierung nutzen. Positionspapier, Berlin.
- Becker, Lisa (2015): „Übertriebene Abstiegsangst“, FAZ v. 11.4.2015.
- Becker, Manfred (2015): „Auf dem Weg zur Industrie 4.0“, Personalmagazin 12/2105, S. 14-17
- Beitz, Berthold (2011): Begrüßung anlässlich des Festaktes zum 200. Geburtstag der Gründung der Firma Krupp am 20. November 2011,

http://www.kruppstiftung.de/upload/Jubil_um_200_Jahre_Krupp_Begrundungsworte_Berthold_Beitz.pdf

- Beitzer, Hannah (2012): Lila Mikrokosmos, in: Beise/Jacobs (2012 Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit, München.
- Benner, Christiane (2015): Amazonisierung oder Humanisierung der Arbeit durch Crowdsourcing?, in: dies. (Hrsg.): Crowdwork – Zurück in die Zukunft, Frankfurt/Main.
- Benner, Christiane (2015): Crowdwork – Zurück in die Zukunft. Perspektiven digitaler Arbeit, Frankfurt/Main.
- Bertelsmann-Stiftung (2015 Hrsg.): Proklamation Zukunft der Arbeit (Vorwort), Gütersloh.
- Bertram, Hans/Deuflhard, Carolin (2015): Die überforderte Generation. Arbeit und Familie in der Wissensgesellschaft, Berlin/Toronto
- Beise, Marc/Jacobs, Hans-Jürgen (2012 Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit, München.
- BITKOM (2015): Digitale Souveränität. Positionsbestimmung und erste Handlungsempfehlungen für Deutschland und Europa, Berlin.
- Bock, Laszlo (2016): Work Rules! Wie Google die Art und Weise, wie wir arbeiten und leben verändert, München
- Boes, Andreas (2017): Qualifizieren für das Arbeiten im globalen Informationsraum, WSI-Mitteilungen 2/2017, S. 155-157
- Boes, Andreas/Bultemeier/Anja/Gül, Katrin/Kämpf, Tobias/Langes, Barbara/Lühr, Thomas, Marrs, Kira/Ziegler, Alexander (2015): Zwischen Empowerment und digitalem Fließband: Das Unternehmen der Zukunft in der digitalen Gesellschaft, in: Sattelberger/Welpe/Boes (Hrsg.): Das demokratische Unternehmen, München.
- Bogost, Ian (2015): Der Internet der Dinge, das wir nicht brauchen, in: Sprenger/Engemann (Hrsg.): Internet der Dinge, Bielefeld.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Bolz, Norbert (2017): Die Pöbel-Demokratie, in: Cicero 3/2017, S. 15-22.
- Borchardt, Alexandra (2012): Mittags in der Sonne, nachts am Schreibtisch, in: Beise/Jacobs (2012 Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit, München.
- Bostrom, Nick (2014): Superintelligenz. Szenarien einer kommenden Revolution, Berlin.
- Bieling, Hans-Jürgen (2014): Politische Ökonomie des Welthandels – Transformationsprozesse und Machtbeziehungen, in: Apuz 1-3 2014, S. 40-46.
- Blühdorn, Ingolfür (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin.

- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015a): Grünbuch Arbeiten 4.0, Berlin.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015b): Gewünschte und erlebte Arbeitsqualität, Forschungsbericht 456, Berlin.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): Weißbuch Arbeiten 4.0, Berlin
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales/nextpractice (2016): Wertewelten Arbeiten 4.0, Berlin
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales/ZEW – Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (2015): Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland, Forschungsbericht 455, Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Inneren (2015): Jedes Alter zählt. Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung, Berlin.
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2006): Ökologische Industriepolitik. Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung, Berlin.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2015): Stärkung von Investitionen in Deutschland – Expertenbericht, Berlin.
- Bofinger, Peter/Habermas, Jürgen/Nida-Rümelin, Julian (2012): „Einspruch gegen die Fassadendemokratie“, FAZ vom 3. 8. 2012
- Brand, Ulrich (2014): Das bornierte Streben nach Profit, in: FAZ vom 16.7.2014.
- Brandes, Ulf/Gemmer, Pascal/Koschek, Holger/Schültken, Lydia (2014): Management Y. Agile, Scrum, Design Thin & Co. So gelingt der Wandel zur attraktiven und zukunftsfähigen Organisation, Frankfurt/New York.
- Braun, Ilja (2014): Grundeinkommen statt Urheberrecht? Zum kreativen Schaffen in der digitalen Welt, Bielefeld.
- Brinkmann, Henrik/Dierks, Benjamin/Schmidt, Armando García (2016): Einführung: Zehn Konfliktfelder wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Deutschland, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Wachstum im Wandel. Chancen und Risiken für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, Gütersloh.
- Brost, Marc/Wefing, Heinrich (2015): Geht alles gar nicht. Warum wir Kinder, Liebe und Karriere nicht vereinbaren können, Reinbek bei Hamburg.
- Bryant, Thomas (2011): Alterungsdiskurs und Todesgefahr – der deutsche Demografiediskurs (1911-2011), in: Apuz 10-11/2011, S. 40-46
- Brynjolfsson, Erik/McAfee, Andrew (2014): The Second Machine Age, 2014
- Brynjolfsson, Erik (2016): Nicht jeder kann ein digitaler Superstar sein, Interview in: Süddeutsche Zeitung vom 23.8.2016

- Bsirske, Frank (2016): Digitalisierung und Beschäftigung: Prognosen und Perspektiven, in: Schröder/Urban (Hrsg.): Gute Arbeit, Ausgabe 2016, Frankfurt/Main.
- Buchenau, Martin, u. a. (2017): Intelligenz 4.0, Handelsblatt vom 3.3.2017
- Bude, Heinz (2014): Gesellschaft der Angst, Hamburg.
- Bude, Heinz (2015): Brennpunkte sozialer Spaltung, in: Mau/Schöneck (Hrsg.): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten.
- Bude, Heinz/Staab, Philipp (2016, Hrsg.): Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen, Frankfurt/New York.
- BUND u. a. (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Frankfurt/Main.
- Burmeister, Kai; Böhning, Björn (2004, Hrsg.): Generationen und Gerechtigkeit, Hamburg.
- Callaghan, Helen/Hees, Alexandra (2013): Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit, MPIfG Discussion paper, 13/14, Köln.
- Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg.
- Castells, Manuel (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Teil 1 der Trologie „Das Informationszeitalter“, Opladen.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt/Main.
- Crouch, Colin (2015): „Wir brauchen einen neuen Sozialvertrag“, Handelsblatt vom 30.4.2015.
- Dark Horse (2014): Thank God it's Monday!: Design Thinking – Wie wir die Arbeitswelt revolutionieren, München.
- Della Porta, Donatella (2017): Progressive und regressive Politik im späten Neoliberalismus, in: Geiselberger (Hrsg.): Die große Regression, Berlin.
- Denkwerk Demokratie (2014): Ein neues Normalarbeitsverhältnis, Werkbericht Nr.5, Berlin.
- Demirovic, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven, Münster.
- Deutscher Bundestag (2006): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur Verankerung der Generationengerechtigkeit (Generationengerechtigkeitsgesetz), Drucksache 16/3399, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/13300, Berlin.
- Deutschmann, Christoph (2017): Finanzialisierung als Mehrebenenphänomen: Chancen und Probleme einer soziologischen Erklärung, in:

- Faust/Kädtler/Wolf: Finanzmarktkapitalismus? Problemaufriss und Einführung, Frankfurt/New York.
- Di Fabio, Udo (2016): „In der Populismusfalle“, Handelsblatt vom 30.9.2016
- Donges, Martin und Hartmut Rosa: Macht der Kapitalismus krank?, Streitgespräch in FAS vom 26.6.2016
- Döpfner, Mathias (2015): Lieber Eric Schmidt, in: Schirmmacher (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt/Main.
- Dörre, Klaus (2015): Digitalisierung- neue Prosperität oder Vertiefung gesellschaftlicher Spaltungen?, in: Hirsch-Kreinsen/Ittermann/Niehaus, (2015 Hrsg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen, Baden-Baden.
- Dullien, Sebastian/Herr, Hansjörg/Kellermann, Christian (2009): Der gute Kapitalismus...und was sich nach der Krise ändern müsste, Bielefeld.
- Eckert, Daniel (2016): Roboter vernichten Millionen Jobs, Die Welt vom 27.8.2016.
- Eggers, Dave (2015): Der Circle, Köln.
- Enzensberger, Hans Magnus (2015): Wehrt euch!, in: Schirmmacher (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.
- Fassmann, Alix (2014): Arbeit ist nicht unser Leben. Anleitung zur Karriereverweigerung, Köln.
- Faust, Michael/Kädtler, Jürgen, Wolf, Harald (2017): Finanzmarktkapitalismus? Problemaufriss und Einführung, in (dies./Hrsg.): Finanzmarktkapitalismus? Der Einfluss der Finanzialisierung auf Arbeit, Wachstum und Innovation, Frankfurt/New York.
- Feld, Lars (2014): „Solide Finanzpolitik hat keine Lobby“, FAZ vom 5.12.2014.
- Fischer-Lescano, Andreas/Möller, Kolja (2012): Der Kampf um globale Rechte: Zart wäre das Größte, Berlin.
- Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class, New York.
- Floridi, Luciano (2015): Die 4. Revolution. Wie die Infosphäre unser Leben verändert, Berlin.
- Ford, Martin (2015): Aufstieg der Roboter. Wie unsere Arbeitswelt gerade auf den Kopf gestellt wird - und wie wir darauf reagieren müssen, Kulmbach.
- Forschungsunion/acatech (2013): Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Abschlussbericht des Arbeitskreises Industrie 4.0, Frankfurt/Main.

- Frank, Elke/Hübschen, Thorsten (2015): Out of Office. Warum wir die Arbeit zu erfinden müssen, München.
- Fratzscher, Marcel (2014): Die Deutschland-Illusion. Warum wir unsere Wirtschaft überschätzen und Europa brauchen, München.
- Fratzscher, Marcel (2016): Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München
- Freeman, Richard B. (2016): Who Owns the Robots Rules the World, Harvard Magazine May-June/2016,
<http://harvardmagazine.com/2016/05/who-owns-the-robots-rules-the-world>.
- Frey, Carl Benedikt/Osborne, Michael A. (2013): The Future of Employment. How susceptible are Jobs to Computerisation?, Oxford,
http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf
- Friebe, Holm/Lobo, Sascha (2006): Wir nennen es Arbeit. Die digitale Boheme oder: Intelligentes Leben jenseits der Festanstellung, München.
- Friedman, Milton (2004): Kapitalismus und Freiheit, München
- Friedrich-Ebert-Stiftung / Thementeam „Soziales Wachstum“ (2011): Soziales Wachstum. Leitbild einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik, WISO-Diskurs, Bonn.
- Fücks, Ralf (2013): Intelligent wachsen. Die grüne Revolution, München.
- Fuest, Clemens (2017): Zehn Thesen zur Ungleichheitsdebatte, FAZ vom 12.2.2017
- Fukuyama, Francis (2012): „Wo bleibt der Aufstand von links?“, Interview im „Spiegel“ 5/2012, S. 86-88
- Garsoffsky, Susanne/Sembach, Britta (2014): Die Alles ist mögliche Lüge. Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind, München.
- Geiselberger, Heinrich (2017/Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit.
- Giesa, Christoph (2011): Bürger. Macht. Politik, Frankfurt/New York
- Glötz, Peter (1999): Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München.
- Glück, Alois (2006): Stark + Solidarisch: Die solidarische Leistungsgesellschaft. Leitbild für die Reformpolitik in Deutschland, in: ders./Vogel, Bernhard/Zehetmaier, Hans (Hrsg.): Solidarische Leistungsgesellschaft. Eine Alternative zu Wohlfahrtsstaat und Ellenbogengesellschaft, Freiburg
- Göbel, Heike (2015): Leben mit dem Monster, FAZ vom 22.1.2015
- Gordon, Robert J. (2016): Die Revolution fällt aus, Handelsblatt vom 10.6.2016

- Grünewald, Stephan (2013): Die erschöpfte Gesellschaft. Warum Deutschland neu träumen muss, Frankfurt /New York.
- Han, Byung-Chul (2014): „Sehnsucht nach dem Feind“, Süddeutsche Zeitung v. 17.12.2014.
- Hank, Reiner (2012): Ein Hoch auf die Freiheit, FAZ vom 2.3.2012
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt/New York
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2013): Demokratie. Wofür wir kämpfen, Frankfurt/New York
- Held, Gerd (2015): Die Union verliert ihren Kompass, Die Welt vom 19.2.2015
- Helfrich, Silke und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg. 2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Staat und Markt, Bielefeld.
- Herz, Wilfried (2012): Wie aus der Finanz- eine Schuldenkrise gemacht wurde, Cicero online vom 12. Mai 2012, <http://www.cicero.de/kapital/wie-aus-der-finanz-eineschuldenkrise-gemacht-wurde/49258>.
- Hexel, Dietmar (2009): Never change a winning system. Erfolg durch Mitbestimmung, in: ders. (Hrsg.): Never change a winning system. Erfolg durch Mitbestimmung, Marburg.
- Hickel, Rudolf (2012): Zerschlagt die Banken. Entmachtet die Finanzmärkte. Eine Streitschrift, Berlin
- Hill, Steven (2016): Sharing Economy. Gute Jobs – durch das Internet bedroht, Tagesspiegel vom 5.2.2016
- Hinte, Holger/Zimmermann, Klaus (2013 Hrsg.): Zeitenwende auf dem Arbeitsmarkt. Wie der demografische Wandel die Erwerbsgesellschaft verändert, Bonn.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2015): Einleitung. Digitalisierung industrieller Arbeit, in: ders./Ittermann/Niehaus (Hrsg.): Digitalisierung industrieller Arbeit, Baden-Baden
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Ittermann, Peter/Niehaus, Jonathan (2015 Hrsg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen, Baden-Baden
- Höffe, Ottfried (2009): Demokratie in Zeiten sinkenden Wohlstandes, Vortrag auf der Konferenz „Besser statt mehr – Wohlstand im 21. Jahrhundert“ des Denkerwerks Zukunft
- Hoffmann, Rainer (2015a): Gute Arbeit, Arbeitsgestaltung, Arbeitsforschung auf die Agenda setzen, in: Schröder/Urban (Hrsg.): Gute Arbeit, Ausgabe 2015, Frankfurt/Main.

- Hoffmann, Rainer (2015b): Gestaltungsanforderungen an die Arbeit der Zukunft – elf Thesen, in: ders./Bogedan, Claudia (Hrsg.): Arbeit der Zukunft, Frankfurt/New York
- Hoffmann, Rainer/Bogedan, Claudia (2015 Hrsg.): Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen – Grenzen setzen, Frankfurt/New York
- Hofmann, Jörg (2015): Qualitative Tarifpolitik als Zukunftsaufgabe, in: Schröder/Urban (Hrsg.): Gute Arbeit, Ausgabe 2015, Frankfurt/Main.
- Hofmann, Jörg/Kurz, Constanze (2016): Industrie 4.0 – Industriearbeit der Zukunft im digitalen Wandel, in: Schröder/Urban (Hrsg.): Gute Arbeit, Ausgabe 2016, Frankfurt/Main.
- Hofstetter, Yvonne (2016): Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt, München.
- Horn, Gustav (2011): Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert, Frankfurt/New York
- Höttges, Timotheus (2015): Europäische Standards setzen. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist auch wünschenswert, Internationale Politik Juli/August 2015, S. 26-29
- Höttges, Timotheus (2016): „Der Unterschied zwischen Mensch und Computer wird in Kürze aufgehoben sein“, Interview mit Timotheus Höttges, Die ZEIT 1/2016.
- Hurrelmann, Klaus/Albrecht, Erik (2014): Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert, Weinheim.
- Hürtghen, Stefanie/Voswinkel, Stephan (2016): Ansprüche an Arbeit und Leben – Beschäftigte als soziale Akteure, WSI-Mitteilungen 7/2016, S. 503-512
- Institut der deutschen Wirtschaft – IW (2014 Hrsg.): Industrie 4.0. Thema Wirtschaft - Informationen für Lehrerinnen und Lehrer, Nr. 141, Köln.
- Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München.
- Jarvis, Jeff (2009): Was würde Google tun? Wie man von den Erfolgsstrategien des Internet-Giganten profitiert, München.
- Jeschke, Sabina/Andersch, Tammo/Schulze, Karsten/Fritzsche, Dorothée/Marquardt, Katharina/Meisen, Tobias/Richert, Anja/Hofmann, Max/Tummel, Christian (2015): Industrie 4.0 ante portas, in: Sprenger/Engemann (Hrsg.): Internet der Dinge, Bielefeld
- Joost, Gesche (2014): „Nine to five, das war einmal“, Handelsblatt vom 18.12.2014
- Kaeser, Joe (2015): Wir brauchen mehr „Think Big“. Darin können wir viel von den USA lernen, in: Internationale Politik Juli/August 2015, S. 30-37

- Kagermann, Henning (2016): Die Arbeiter bleiben in der Fabrik, FAS vom 14.2.2016
- Kaku, Michio (2014): Die Physik der Zukunft. Unser Leben in 100 Jahren, Reinbek bei Hamburg.
- Keane, John (2009): The Life and Death of Democracy, London.
- Keese, Christoph (2014): Silicon Valley. Was aus dem mächtigsten Tal der Welt auf uns zukommt, München.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2012): Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates, Hamburg.
- Klages, Helmut (2001): Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten?, in Apuz 29/2001, S. 7-14.
- Klein, Naomi (2014): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt/Main.
- Klimmer, Markus/Selonke, Jürgen (2017): #Digital Leadership. Wie Top-Manager in Deutschland den Wandel gestalten, Heidelberg.
- Kocher, Eva/Groskreutz, Henning/Nassibi, Ghazaleh/Paschke, Christian/Schulz, Susanne/Welti, Felix/Wenckebach, Johanna/Zimmer, Barbara (2013): Das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie. Arbeits- und sozialrechtliche Regulierung für Übergänge im Lebenslauf: Ein Beitrag zu einem Sozialen Recht der Arbeit, Baden-Baden.
- Knauß, Ferdinand (2014): „Deutschland riskiert die Bevölkerungskatastrophe“, Wirtschaftswoche vom 23.6.2104, <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/demografie-deutschland-riskiert-die-bevoelkerungskatastrophe-/10076370.html>
- Kopp, Ralf/Schwarz, Michael (2017): Industrie 4.0 aus der Perspektive sozialer Innovationen, WSI-Mitteilungen 2/2017, S. 89-97.
- Koppetsch, Cornelia (2014): Die Wiederkehr der Konformität?, Apuz 49/2104, S. 37-43
- Koppetsch, Cornelia (2015): Gefühlte Gleichheit. Gerechtigkeit in Paarbeziehungen, in: Mau/Schöneck (Hrsg.): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten
- Kramer, Ingo (2014): Wettbewerbsfähigkeit in Freiheit und Verantwortung, Rede auf dem Arbeitgebertag 2014, [http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/32DFA89434055555C1257D8600314497/\\$file/IK-Rede-DAT2014.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/32DFA89434055555C1257D8600314497/$file/IK-Rede-DAT2014.pdf)
- Ingo, Kramer (2017): Wohltaten muss man erst erwirtschaften, Interview im Handelsblatt vom 27.3.2017
- Krause, Rüdiger (2016): Digitalisierung der Arbeitswelt – Herausforderungen und Regelungsbedarf, Gutachten zum 71. Deutschen Juristentag, München

- Kreimeier, Nils (2015): Digitalisierung – von Otto bis zu Bahn, Capital online v. 16.4.2105, <http://www.capital.de/dasmagazin/digitalisierung-von-otto-bis-zur-bahn.html>
- Kucklick, Christoph (2014): Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst, Berlin.
- Kurz, Constanze/Rieger, Frank (2013): Arbeitsfrei. Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die uns ersetzen, München
- Kurzweil, Ray (2016 [1999]): Die Intelligenz der Evolution. Wenn Mensch und Computer verschmelzen, Köln.
- Lakoff, George/Johnson, Mark (2011): Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern, Heidelberg.
- Landwehr, Achim, Historische Diskursanalyse (2009), Frankfurt/New York.
- Lanier, Jaron (2014): Wem gehört die Zukunft?, Hamburg.
- Leggewie, Claus (2011): Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie, Hamburg.
- Lemb, Wolfgang (2015): Ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell braucht „Gute Industriepolitik“, in: (ders./Hrsg.): Welche Industrie wollen wir? Nachhaltig produzieren – Zukunftsorientiert wachsen, Frankfurt/New York
- Lobo, Sascha (2014): Auf dem Weg in die Dumphöhle, Spiegel Online vom 3.9.2014, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/sascha-lobo-sharing-economy-wie-bei-uber-ist-plattform-kapitalismus-a-989584.html>
- Lobo, Sascha (2015): Daten, die das Leben kosten, in: Schirrmacher (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.
- Macpherson, C.B. (1967): Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt/Main
- Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (2013 Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek
- Marshall, Thomas M. (1992 [1981]): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/New York.
- Mason, Paul (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin.
- Mau, Steffen (2015): Die halbierte Meritokratie, in: ders./Schöneck (Hrsg.): (Un-)Gerechte (Un-) Gleichheiten, Berlin
- Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (2015): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten, S. 36-45
- Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München.
- Merkel, Wolfgang (2015): Ungleichheit als Krankheit der Demokratie, in: Mau/Schöneck (Hrsg.): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten

- METALL NRW/IG Metall NRW (2015): Digitalisierung, Industrie 4.0 und Arbeit 4.0. Gemeinsame Erklärung von METALL NRW – Verband der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen e.V. und der IG Metall Bezirksleitung NRW
- Michelsen, Danny/Walter, Franz (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin.
- Michéa, Jean-Claude (2014): Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft, Berlin.
- Miegel, Meinhard (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin
- Mikfeld, Benjamin (2012): Alte und neue Wege aus der großen Krise. Eine Landkarte aktueller politischer Diskurse über die Zukunft von Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft, Werkbericht Nr. 1 des Denkwerk Demokratie, Berlin.
- Milanovic, Branko (2016): Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Berlin
- Morozov, Evgeny (2013): Smarte neue Welt. Digitale Technik und die Freiheit des Menschen, München.
- Morozov, Evgeny (2015): „Kommt uns bloß nicht mit digitalem Sozialismus, FAZ vom 16.3.2015
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt/Main.
- Münkler, Herfried (2008): Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin
- Münkler, Herfried (2010): Mitte und Maß. Der Kampf und die richtige Ordnung, Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin.
- Nahrendorf, Rainer (2015): „Rentenzeitbombe und andere Übel“, The European, <http://www.theeuropean.de/rainer-nahrendorf/9483-das-bestaendige-scheitern-nachhaltiger-politik>
- Naisbitt, John (2015): „Der Horizont reicht meist nur bis zum nächsten Wahltag“, Interview mit John Naisbitt, in: Apuz 31-32/2105, S. 3-6.
- Neckel, Sigward (2016): Refeudalisierung des modernen Kapitalismus, in: Bude/Staab (Hrsg.): Kapitalismus und Ungleichheit, Frankfurt/New York
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen
- Nullmeier, Frank (2004): Der Diskurs der Generationengerechtigkeit in Wissenschaft und Politik, in: Burmeister/Böhning (Hrsg.): Generationen und Gerechtigkeit, Hamburg.

- Oettinger, Günther (2015): Von 0:4 zu 4.0. Wenn Europa mit Amerika mithalten will, braucht es eine digitale Strategie, in: Internationale Politik, Juli/August 2015, S. 20-25.
- Ortega y Gasset, José (1997 [1931]): Der Aufstand der Massen, Frankfurt/Wien.
- Pariser, Eli (2012): Filter Bubble. Wie wir im Internet entmündigt werden, München.
- Pauen, Michael/Welzer, Harald (2015): Autonomie. Eine Verteidigung, Frankfurt/Main.
- Piper, Nikolaus (2015): „Globalisierung wirkt“, in Süddeutsche Zeitung vom 17.1.2015.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Pongratz, Hans J/Voß, G. Günter (2003): Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Erwerbsformen, Berlin.
- Porter, Michael E./Heppelmann, James E. (2014): Wie smarte Produkte den Wettbewerb verändern, Harvard Business Manager, Dezember 2014, S. 2-28.
- Randers, Jorgen (2012a): 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome, München.
- Randers, Jorgen (2012b): „Der Westen sollte China kopieren“, Wirtschaftswoche online v. 8.5.2012, <http://www.wiwo.de/technologie/umwelt/interview-mit-jorgen-randers-die-effiziente-chinesische-regierung/6603708-2.html>
- Reckitz, Andreas (2012): Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung, Berlin.
- Reich, Robert B. (1993): Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie, Frankfurt/Main.
- Rieger, Frank (2016): „Wir schaffen uns ab“, FAZ vom 24.1.2016
- Rifkin, Jeremy (1997): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/Main.
- Rifkin, Jeremy (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Frankfurt/NewYork
- Rodrik, Dani (2011): Das Globalisierungs-Paradox. Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft, München.
- Roland Berger Strategy Consultants (2016): Trend Compendium 2030, <https://www.rolandberger.com/gallery/trend-compendium/tc2030/content/assets/trendcompendium2030.pdf>
- Röpke, Wilhelm (2015): Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich

- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität, Hamburg.
- Rosanvallon, Pierre (2016): Die gute Regierung, Hamburg.
- Roth, Roland (2011): Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg.
- Rudzio, Kolja (2016): Es ist Liebe, Die ZEIT 10/2016. S. 19-20.
- Rürup, Bert (2012): Interview in „Focus Online“ vom 24.2.2012
- Saint Victor, Jacques de (2015): Die Antipolitischen, Hamburg.
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München
- Sattelberger, Thomas (2015): Zur Einführung – ein Gespräch mit Thomas Sattelberger, in: ders./Welpel/Boes (Hrsg.): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungsstrukturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, München
- Sattelberger, Thomas/Welpel, Isabell/Boes, Andreas (2015 Hrsg.): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungsstrukturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, München
- Sauer, Dieter (2013): Die organisatorische Revolution, Umbrüche der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg.
- Sauer, Stefan (2014): „Job, Karriere und Arbeitsplatz. Gute Arbeit, schlechte Arbeit“, FR-Online vom 29. April 2014, <http://www.fr-online.de/wirtschaft/job--karriere-und-arbeitsplatz-gute-arbeit--schlechte-arbeit,1472780,26986538.html>
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt/New York.
- Schirmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott, München.
- Schirmacher, Frank (2015): Das Armband der Nellie Kroes, in: ders. (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.
- Schirmacher, Frank (2015 Hrsg.): Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte, Berlin.
- Schmidt, Eric/Cohen, Jared (2013): Die Vernetzung der Welt. Ein Blick in unsere Zukunft, Reinbek bei Hamburg.
- Schneider, Hilmar (2012): „Die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit verwischt“, Interview mit Hilmar Schneider, in: Beise/Jacobs (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit, München.
- Scholz, Trebor (2016): Plattform-Kooperativismus. Wie wir uns die Sharing Economy zurückholen können, in: Stary, Patrick (Hrsg.): Digitalisierung

- der Arbeit. Arbeit 4.0, Sharing Economy und Plattform-Kooperativismus, Manuskripte Neue Folge 18, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Schröder, Lothar (2016): Die digitale Treppe. Wie die Digitalisierung unsere Arbeit verändert und wie wir damit umgehen, Frankfurt/Main.
- Schröder, Lothar/Urban Hans-Jürgen (2015, Hrsg.): Gute Arbeit, Ausgabe 2015, Frankfurt/Main.
- Schröder, Lothar/Urban-Hans-Jürgen (2016, Hrsg.): Gute Arbeit, Ausgabe 2016, Frankfurt/Main.
- Schuknecht, Ludger (2015): „Viel Sparpotenzial“, Handelsblatt vom 20.4.2015.
- Schulz, Martin (2015): Warum wir jetzt kämpfen müssen, in: Schirmmacher (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.
- Schulz, Thomas (2015a): Was Google wirklich will. Wie der einflussreichste Konzern der Zukunft unsere Zukunft verändert, München
- Schulz, Thomas (2015b): „Das Morgen-Land“, Der Spiegel 10/2015, S. 20-29
- Schuster, Jacques (2014): „Satanischer Freihandel“, Die Welt vom 16.1.2014.
- Schwab, Klaus (2012): Das kapitalistische System passt nicht mehr in die Welt, Interview im Stern vom 25.1.2012
- Schwab, Klaus (2016): Die vierte industrielle Revolution, München.
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Siems, Dorothea (2014): Jetzt wird durchreguliert, Die Welt vom 12.12.2014
- Sirlitschtov, Antje (2015): TTIP – Geburt eines Monsters, Tagesspiegel vom 13.1.2015.
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2012): Wieviel ist genug. Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, München.
- Slee, Tom (2016): Deins ist Meins. Die unbequemen Wahrheiten der Sharing Economy, München.
- Sommer, Bernd/ Welzer, Harald (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München
- Spath, Dieter (2013 Hrsg.); Ganschar, Oliver/Gerlach, Stefan/Hämmerle, Moritz/Krause, Tobias/ Schlund, Sebastian: Produktionsarbeit der Zukunft – Industrie 4.0, Stuttgart.
- Sprenger, Florian/Engemann, Christoph (2015): Internet der Dinge. Über smarte Objekte, intelligente Umgebungen und die technische Durchdringung der Welt, Bielefeld.
- Staab, Philipp (2014): Macht und Herrschaft in der Servicewelt, Hamburg.

- Staab, Philipp (2016): Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus, Hamburg.
- Stalder, Felix (2016): Kultur der Digitalität, Berlin.
- Stiglitz, Joseph E./Greenwald, Bruce C. (2014): Die innovative Gesellschaft. Wie Fortschritt gelingt und warum grenzenloser Freihandel die Wirtschaft bremst, München.
- Straubhaar, Thomas (2013): Wirtschaft im Wandel: Globalisierung, Technologie, Deindustrialisierung, in: Hinte/Zimmermann (Hrsg.): Zeitwende auf dem Arbeitsmarkt, Bonn.
- Straubhaar, Thomas (2016): Keine Sorge vor dem Untergang, Handelsblatt vom 15.8.2016
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des Kapitalismus, Berlin.
- Streeck Wolfgang (2017): Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus, in: Geiselberger (Hrsg.): Die große Regression, Berlin.
- Thiel, Peter (2014): From Zero to One. Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet, Frankfurt/New York.
- Tullius, Knut/Wolf, Harald (2016): Moderne Arbeitsmoral: Gerechtigkeits- und Rationalitätsansprüche von Erwerbstätigen heute, WSI-Mitteilungen 7/2016, S- 493-502.
- Turowski, Jan/Mikfeld, Benjamin (2013): Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse. Überlegungen für eine strategische Diskursführung, Werkbericht Nr. 3 des Denkwerk Demokratie, Berlin.
- Vassiliadis, Michael (2013): Industriepolitik für den Fortschritt. Erfolgsfaktoren und Herausforderungen für den Industriestandort Deutschland, in: (ders./Hrsg.): Industriepolitik für den Fortschritt, Hannover
- Varian, Hal (2014): Google macht und Angst, Herr Varian, Interview mit Hal Varian, FAS vom 25.8.2014
- Vollmöller, Thomas (2015): „Bewerber haben heute viel mehr Macht“, Interview mit Thomas Vollmöller, FAS vom 20.2.2015.
- Walter, Franz (2013): Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft, in: Marg/Geiges/ Butzlaff ders. (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger, Reinbek.
- Weber, Hannes (2016): Demografie als Problem – und als Lösung, in: FAZ vom 10.10.2016, S. 6
- Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München
- Weinberg, Ulrich (2015): Network Thinking. Was kommt nach dem Brockhaus-Denken?, Hamburg.

- Wengeler, Martin/Ziem, Andreas (2010): Wirtschaftskrisen im Wandel der Zeit: Eine diskurslinguistische Pilotstudie zum Wandel von Argumentationsmustern und Metapherngebrauch, in: Landwehr, Achim (Hrsg.): Diskursiver Wandel, Wiesbaden 2010, S. 33–52.
- Windolf, Paul (2005 Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Sonderheft 45/2005 der KZfSS, Wiesbaden.
- Wippermann, Carsten (2011): Milieus in Bewegung - Werte, Sinn Religion und Ästhetik in Deutschland: Forschungsergebnisse für die pastorale und soziale Arbeit, Würzburg.
- Vassiliadis, Michael (2013): Industriepolitik für den Fortschritt – Erfolgsfaktoren und Herausforderungen für den Industriestandort Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Industriepolitik für den Fortschritt, Hannover.
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg.
- Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.
- Zeh, Juli (2015): Schützt den Datenkörper, in: Schirmmacher (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.
- Zimmermann, Klaus F. (2013): Reflexionen zur Zukunft der Arbeit, in: Hinte, Holger/ders. (2013 Hrsg.): Zeitenwende auf dem Arbeitsmarkt. Wie der demografische Wandel die Erwerbsgesellschaft verändert, Bonn.
- Zeuch, Andreas (2015): Alle Macht für niemand. Aufbruch der Unternehmensdemokraten, München.
- Zuboff, Shoshana (2015a): Die neuen Massenausforschungswaffen, in: Schirmmacher (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.
- Zuboff, Shoshana (2015b): Der menschliche Faktor, in: Schirmmacher (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.
- Zuboff, Shoshana (2015c): Schürfrechte am Leben, in: Schirmmacher (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus, Berlin.